

F 57 281
Chef von Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861



Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MR 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Fred Vavrousek, Verlags- und Herstellungsort Wien.
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt!

Montag, 4. Jänner 1988

Blatt 1

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Ferienspiel international (2/FS: 31.12.)
- 1987 war ein Rekordjahr der Stadterneuerung (3/FS: 31.12.)
- Zwei Milliarden für die Instandhaltung der Gemeindebauten (3/FS: 2.1.)
- Der „Schmid Hansl“ ist gestorben (4/FS: 31.12.)
- Ausstellungsprogramm 1988 des Wiener Stadt- und Landesarchivs (5/FS: 1.1.)
- Mobil Oil spendete für Sozialeinrichtungen (6/FS: 3.1.)
- Verkehrsberuhige Zone in der Sautergasse (7/FS: 3.1.)
- Stadterneuerung: Empfohlenes Bauvolumen übersteigt 10-Milliarden-Grenze (8)
- Schloß Wilhelminenberg: Fassade ist fertig (11)
- Feuerwehr rät: Christbaumkerzen nicht mehr anzünden (12)
- Mayr fordert Beschäftigungsoffensive für Wien (13)
- Wiener ÖVP fordert Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit (14)
- Grabwidmung für Schmid Hansl (nur FS: 31.12.)
- 1987 hatte die Feuerwehr mehr als 30.000 Einsätze (nur FS: 1.1.)
- Das Wiener Neujahrsbaby kam um 0 Uhr 7 (nur FS: 1.1.)
- Azaleen für die Pensionistenheime

Kultur:

- Theodor-Körner-Ausstellung im Bezirksmuseum Landstraße (9)
- 10. Todestag von Univ.-Prof. Dr. Gödel (10)

BLATTLINIE: Information der Massenmedien über aktuelle Ereignisse im Bereich der Stadt Wien.

Der Medieninhaber Stadt Wien ist an folgenden anderen Medienunternehmen beteiligt: Wiener Messen und Congress Ges.m.b.H. mit ihren Tochterunternehmen Wiener Werbezentrale Ges.m.b.H., Ekazent Bautenverwaltung Ges.m.b.H., Gewista Werbegesellschaft mit den Tochterunternehmen Kinoreklame Ges.m.b.H. und Warthallenwerbung Ges.m.b.H., Jugend & Volk Verlagsgesellschaft, Wiener Stadthalle Kiba Betriebs- und Veranstaltungsgesellschaft mit Beteiligung an der Austria Wochenschau Ges.m.b.H., Kabel-TV Wien Ges.m.b.H. mit der Beteiligung an Tele-Kabel Ges.m.b.H., Vereinigte Bühnen Wien Ges.m.b.H.

Ferienspiel International

Folklore und Bauchtänze im Rathaus

Wien, 31.12. (RK-LOKAL) Nigerianische Volkslieder, syrische Bauchtänze und kurdische Folklore gibt es vom 2. bis 6. Jänner 1988 täglich im Rahmen des Wiener Ferienspiels im Rathaus. Während die Sprößlinge im Rahmen der Aktion „Ich und Du in unserer Stadt“ auf unterhaltsame Entdeckungsreise durch die Kontinente gehen, steht Eltern und Begleitern eine „Internationale Spezialitätenecke“ zur Verfügung. (Schluß) jel/rr

Bereits am 31. Dezember 1987
über Fernschreiber ausgesendet!

1987 war ein Rekordjahr der Stadterneuerung

Wien, 31.12. (RK-KOMMUNAL) 1987 war ein Rekordjahr für die Wiener Stadterneuerung. Nie zuvor haben so viele Hauseigentümer für die Modernisierung ihrer Gebäude Förderungsgelder des Landes Wien erhalten. Für 438 Wohnhaussanierungen, die ein Gesamtbauvolumen von 2,371 Milliarden Schilling umfassen, wurden Annuitätenzuschüsse des Landes gesichert. 1986 waren es „nur“ 190 geförderte Wohnhaussanierungen, 1987 gab es damit eine Zunahme um 130 Prozent.

Mit dem heurigen Ergebnis besteht auch die Aussicht, das vorläufige Ziel — 500 geförderte Wohnhaussanierungen jährlich — im kommenden Jahr zu erreichen. (Schluß) ah/rr

Bereits am 31. Dezember 1987
über Fernschreiber ausgesendet!

Zwei Milliarden für die Instandhaltung der Gemeindebauten

Wien, 2.1. (RK-KOMMUNAL) 2,036 Milliarden Schilling wurden 1987 für die bauliche Instandhaltung und Verbesserung des städtischen Wohnhausbesitzes aufgewendet.

Mehr als die Hälfte dieses Betrages — etwa 1,2 Milliarden Schilling — wurden für laufende Instandsetzungs- und Reparaturarbeiten aufgewendet. So auch für die Instandsetzung von 5.750 Leerwohnungen vor der Wiedervermietung an neue Gemeindemieter; Weiters für die Erneuerung von Rauchfängen und Dächern, die Anbringung von Wärmefassaden, die Erneuerung des Anstrichs an Fenstern und Türen in etwa 27.000 Wohnungen und die Neubelegung von Hofwegen. 7.405 Elektrogebrechen und 11.120 Gas-Wasser-Gebrechen mußten behoben werden.

In 30 der 2.009 städtischen Wohnhausanlagen wurden Baumängel im Ausmaß von 112,2 Millionen Schilling behoben, wobei die Kosten nicht den Mietern angelastet werden.

Weitere 152,3 Millionen Schilling wurden für die Instandhaltung der technischen Einrichtungen, wie etwa für 4.805 Aufzüge und 5.365 Waschküchen, aufgewendet.

246,5 Millionen Schilling wurden für echte Verbesserungsmaßnahmen, die nach dem Wohnhaussanierungsgesetz gefördert werden, aufgewendet, so etwa für Wärme- und Schallschutzfenster oder für Wärmedämmfassaden.

236,1 Millionen Schilling kostete der nachträgliche Einbau von Aufzügen in städtischen Wohnhäusern. 151 Aufzüge wurden fertiggestellt, mit dem Bau von 151 weiteren Aufzügen wurde begonnen. Gemeinsam mit der Magistratsabteilung 24 werden zehn städtische Althäuser, die vor 1918 errichtet wurden, mit einem Kostenaufwand von 162,8 Millionen Schilling saniert.

Mit dem Gesamtvolumen von über zwei Milliarden Schilling wurden 1987 1.086 Firmen mit durchschnittlich fast 4.500 Arbeitern beschäftigt, wobei seit dem Sommer die Beschäftigung bei über 5.000 Arbeitern liegt.

Gegenüber 1982 haben sich die Erhaltungsausgaben für städtische Wohnhäuser verdoppelt, gegenüber 1980 sogar vervierfacht. (Schluß) ah/rr

Bereits am 2. Jänner 1988
über Fernschreiber ausgesendet!

Der „Schmid Hansl“ ist gestorben

Wien, 31.12. (RK-LOKAL) Hans Schmid, genannt der „Schmid-Hansl“, ist in der Nacht zum Silvester in Wien gestorben. Er galt als einer der großen Interpreten des Wienerliedes. Schmid-Hansl war zuletzt bei der Feier seines 90. Geburtstages, Ende November, in der Öffentlichkeit aufgetreten. Für seine Verdienste um das Wienerlied wurde Hans Schmid seitens der Stadt Wien mehrfach geehrt. Er ist Träger des Silbernen und des Goldenen Ehrenzeichens des Landes Wien. Außerdem war ihm heuer der Ehrenring der Stadt Wien verliehen worden.

Seit 50 Jahren Wienerlied-Sänger

Hans Schmid, geboren am 1. Dezember 1897 in Wien, war nach der Handelsschule in den verschiedensten Berufen tätig. Nach 1945 verlegte er sich auf das Schankgewerbe und wurde 1952 selbständiger Kaffeehausbesitzer in dem nach ihm benannten Etablissement im 18. Bezirk. Schon als junger Mann war er außerordentlich an der Musik interessiert. Als ausgezeichnete Tenor trat er noch während seiner Kaufmannszeit in Heurigenetablissemments auf, wo er 1938 als Wienerliedsänger für die Schallplatte entdeckt wurde. In seinem Konzertcafe wurde Hans Schmid zum wahrscheinlich bedeutendsten Wienerlied-Sänger der letzten 50 Jahre. Die Zahl seiner Schallplatten seit 1939 ist kaum mehr exakt aufzuzählen. Unter den bekanntesten sind Titel wie „Der Lausbub“ oder „Geh, Pepperl plausch net“. (Schluß) red/rr

Bereits am 31. Dezember 1987
über Fernschreiber ausgesendet!

Ausstellungsprogramm 1988 des Wiener Stadt- und Landesarchivs

Bereits am 1. Jänner 1988
über Fernschreiber ausgesendet!

Wien, 1.1. (RK-LOKAL) Mit einem interessanten Programm setzt das Wiener Stadt- und Landesarchiv 1988 seine Ausstellungstätigkeit fort: Die kleinen Ausstellungen, die ausgewählte Themen der Wiener Stadtgeschichte behandeln, werden im Rathaus — in der Schmidthalle, vor den Archivräumen (Stiege 6, 1. Stock) bzw. im Arkadenhof — gezeigt.

Das Landesarchiv bietet zu den einzelnen Expositionen kostenlos kleine Informationsbroschüren, in denen die größeren Zusammenhänge des jeweiligen Themas dargelegt werden. Die Ausstellungen, die vor allem volksbildnerische Ziele verfolgen, werden später — zum Teil neu adaptiert und durch Exponate aus den Bezirken ergänzt — in Bezirksmuseen zu sehen sein.

1988 werden folgende Ausstellungen im Rathaus gezeigt:

- „Industrie und Eisenbahn in Wien. Von den Anfängen bis 1938“. Stiege 6, 1. Stock: 11. Jänner bis 7. April.
- „Verschwundene Wiener Theater“. Schmidthalle: 11. Jänner bis 7. April; Stiege 6, 1. Stock: 11. April bis 30. Juni.
- „Wiens Wandlung zur Großstadt. Die 80er Jahre des vorigen Jahrhunderts“. Schmidthalle: 11. April bis 30. Juni; Stiege 6, 1. Stock: 4. Juli bis 30. September.
- „Wien im Urteil seiner Besucher“. Schmidthalle: 4. Juli bis 30. September; Stiege 6, 1. Stock: 3. Oktober bis 30. Dezember.
- „Anton Behsel. Kartograph und Bauinspektor“. Schmidthalle: 3. Oktober bis 30. Dezember.
- „Die Familie Strauß“. Arkadenhof: 20. Juni bis 30. September.

Die Ausstellungen des Wiener Stadt- und Landesarchivs sind Montag bis Freitag (Feiertage ausgenommen) von 8 bis 18 Uhr zu sehen. (Schluß) am/rr

Mobil Oil spendete für Sozialeinrichtungen

Wien, 3.1. (RK-LOKAL) Sachspenden im Wert von rund 100.000 Schilling stellte Mobil Oil Austria vor kurzem für Sozialeinrichtungen zur Verfügung. Allein in den letzten fünf Jahren wurden von der Mobil Oil Austria AG insgesamt rund 1,4 Millionen Schilling für die Unterstützung von Sozial-, Gesundheits- und Fürsorgeeinrichtungen sowie für Jugendverbände und Bildungseinrichtungen aufgewendet. Unter den Gegenständen, die Vizebürgermeister Ingrid SMEJKAL symbolisch übergeben wurden, befanden sich ein Holzkletterhaus für ein Kinderheim, Erwachsenenspiele für Pensionistenklubs, therapeutisches Beschäftigungsmaterial für Wiener Pensionistenheime und eine Tiefkühltruhe für die Bewährungshilfe. (Schluß)
red/rr

Bereits am 3. Jänner 1988
über Fernschreiber ausgesendet!

Verkehrsberuhigte Zone in der Sautergasse

Wien, 3.1. (RK-LOKAL) Vor kurzem wurden die im Mai 1987 in Angriff genommenen Arbeiten an einer „verkehrsberuhigten Zone“ in der Sautergasse beendet, die die Bezirksgrenze zwischen Ottakring und Hernals bildet.

Der Gehsteig dieses 450 Meter langen Bereichs zwischen der Wurlitzer-gasse und der Heigerleinstraße — der Gesamtaufwand liegt bei 11,4 Millionen Schilling — wurde mit gelben Betonplatten gepflastert. Bei der unterteilten Fahrbahn wurde die Fahrspur in Asphalt und der Abstellstreifen in Würfelpflaster ausgebildet.

Zur Begrünung legte man insgesamt 31 Baumscheiben mit einer Gesamtfläche von 420 Quadratmeter entlang der Fahrbahnfläche an; in 27 davon wurden Bäume, in die restlichen vier Sträucher gepflanzt. (Schluß) pz/rr

Bereits am 3. Jänner 1988
über Fernschreiber ausgesendet!

Stadterneuerung: Empfohlenes Bauvolumen Übersteigt 10-Milliarden-Grenze

Wien, 4.1. (RK-KOMMUNAL) Im Dezember überstieg das vom Wiener Stadterneuerungsfonds zur Durchführung empfohlene Bauvolumen für Wohnhaussanierungen die 10-Milliarden-Schilling-Grenze. Fast 1.500 Sanierungen von Wohnhäusern mit zusammen fast 70.000 Wohnungen wurden in den drei Jahren des Bestehens des Stadterneuerungsfonds zur Durchführung empfohlen. Mehr als ein Drittel der Vorhaben ist bereits im Bau oder schon fertiggestellt. Allein 1987 wurde ein Bauvolumen von über zwei Milliarden Schilling ausgelöst.

Weitere 1.000 Anträge auf geförderte Wohnhaussanierungen wurden beim Stadterneuerungsfonds bereits eingereicht und werden derzeit geprüft. Man rechnet damit, daß jährlich etwa 500 Wohnhaussanierungen mit einem Bauvolumen von 3 Milliarden Schilling in Wien in Bau gehen und damit etwa 5.000 Bauarbeitsplätze gesichert werden.

Das Wirtschaftsforschungsinstitut stellt in seinem Konjunkturbericht fest, daß die doppelt so hohe Steigerung des Auftragsvolumens der Bauwirtschaft in Wien im Vergleich zu Gesamtösterreich vor allem auf einen Auftragsanstieg in der Stadterneuerung zurückgeht. (Schluß) ah/bs

Theodor-Körner-Ausstellung Im Bezirksmuseum Landstraße

Wien, 4.1. (RK-KULTUR) Im Bezirksmuseum Landstraße, in der Sechskrügelgasse 11, ist vom 8. Jänner bis 28. Februar eine Ausstellung des Stadt- und Landesarchivs über das Leben und Wirken von Theodor Körner zu sehen. Weiters zeigt das Bezirksmuseum ab 8. Jänner bis 7. Februar eine Ausstellung über den St. Marxer Friedhof und setzt in diesem Zeitraum die Ausstellungen „Eulenspiegelereien“ und „130 Jahre Eisenbahn im 3. Bezirk“ wegen des großen Erfolges fort.

Die beiden neuen Ausstellungen werden am Freitag, dem 8. Jänner, um 19 Uhr von Bezirksvorsteher Rudolf BERGEN eröffnet. Dabei wird auch ein Tonfilm über den St. Marxer Friedhof präsentiert. Das Bezirksmuseum ist jeweils Sonntag von 10 bis 12 Uhr und Mittwoch von 16 bis 18 Uhr bei freiem Eintritt geöffnet. (Schluß) gab/rr

10. Todestag von Univ.-Prof. Dr. Gödel

Wien, 4.1. (RK-KULTUR) Der Mathematiker Kurt Gödel wurde am 20. April 1906 in Brünn geboren. 1924 ging er nach Wien, um an der Universität zunächst Physik zu studieren, bevor er sich ganz der Mathematik zuwandte. Schon während seiner Studienzeit schloß er sich dem sogenannten Wiener Kreis um Moritz Schlick an, der besonderes Gewicht auf Grundlagenforschung legte, im Sinne unvoreingenommener logischer Untersuchung im Bereich der Einzelwissenschaften.

Im Alter von 23 Jahren reichte Gödel 1929 seine Dissertation „Über die Vollständigkeit des Funktionenkalküls“ ein. Im Februar 1930 promovierte er zum Dr.phil. Schon 1932 folgte die Einreichung seiner berühmten Arbeit „Über formal unentscheidbare Sätze der Principia Mathematica und verwandter Systeme“ als Habilitationsschrift, die einer der bedeutendsten Beiträge aller Zeiten auf dem Gebiet der mathematischen Logik darstellt und seinen Ruhm in der Gelehrtenwelt begründete. Auf Grund dieser Arbeit erhielt Gödel eine Privatdozentur an der Wiener Universität. Er las über ausgewählte Kapitel der mathematischen Logik und über Axiomatik der Mengenlehre. Im Wintersemester 1938/39 folgte Gödel, der schon 1934 durch ein Stipendium des Institute for Advanced Studies in Princeton Gastvorlesungen in den USA gehalten hatte, einer neuerlichen Einladung dorthin.

Nach seiner Rückkehr nach Wien wurden ihm im mittlerweile vom Deutschen Reich annektierten Österreich große Schwierigkeiten bereitet, so daß er sich dazu entschloß, 1940 endgültig in die Staaten zu emigrieren. 1948 nahm er die amerikanische Staatsbürgerschaft an, 1953 wurde er dann Professor am Institute for Advanced Studies.

Im Lauf seiner vieljährigen Tätigkeit auf höchster wissenschaftlicher Ebene wurden ihm auch die Ehrendokorate der Universitäten Yale und Princeton zuerkannt, und er erhielt als erster im Jahr 1951 den Einstein-Preis.

Anläßlich seines 60. Geburtstages wählte ihn die Österreichische Akademie der Wissenschaften zum Ehrenmitglied. Neben seinen drei berühmten Arbeiten auf dem Gebiet der mathematischen Logik, die einen Umsturz in der Wissenschaft bedeuteten, hat Gödel noch zahlreiche physikalisch und philosophisch ausgerichtete Werke verfaßt. Er starb am 14. Jänner 1978 in Princeton. (Schluß) red/rr

Schloß Wilhelminenberg: Fassade ist fertig

Wien, 4.1. (RK-KOMMUNAL) Der Umbau des im Jahre 1903 im Neo-Empirestil errichteten Schlosses Wilhelminenberg zu einem Gästehaus der gehobenen 3-Sterne-Kategorie macht gute Fortschritte. Das Schloß wird zu einem Schmuckstück am Rande der Großstadt, davon kann sich bereits jetzt jedermann überzeugen, denn die Arbeiten an der Fassade sind abgeschlossen.

Die offizielle Eröffnung des Gästehauses Schloß Wilhelminenberg wird am 23. März stattfinden, das Haus ist von April bis Juli bereits ausgebucht.

Das Gästehaus verfügt über 58 Appartements und 38 Zweibettzimmer. Die Ausstattung entspricht der gehobenen 3-Stern-Kategorie. (Schluß) wh/bz

Feuerwehr rät: Christbaumkerzen nicht mehr anzünden

Wien, 4.1. (RK-KOMMUNAL) Traditionsgemäß werden in den meisten Familien am Dreikönigstag die Kerzen am Christbaum noch einmal angezündet. Ebenso traditionsgemäß sind auch die Christbaumbrände um diese Zeit. Die Wiener Feuerwehr rät daher, die Kerzen an den schon trockenen Bäumen nicht mehr anzuzünden. Besonders gefährlich sind auch die Sternspritzer. Wenn ein trockener Nadelbaum erst einmal richtig brennt, kann meist nur mehr die Feuerwehr helfen. Wer trotzdem unbedingt noch einmal den festlich erleuchteten Baum bewundern möchte, sollte vorsichtshalber einen Handfeuerlöscher oder zumindest ein feuchtes Tuch bereithalten. Sollte der Weihnachtsbaum zu brennen anfangen: Ruhe bewahren und unverzüglich die Feuerwehr über den Notruf Telefon 122 verständigen. (Schluß) du/bs

Mayr fordert Beschäftigungsoffensive für Wien

Schluß mit Benachteiligung durch Verstaatlichte Industrie

Wien, 4.1. (RK-KOMMUNAL/WIRTSCHAFT) Die jüngsten Daten zum Wiener Arbeitsmarkt — die Zahl der Arbeitslosen ist in Wien im Jahr 1987 um 15,1 Prozent gestiegen, in Österreich jedoch nur um 8,3 Prozent — erfordern eine Beschäftigungsoffensive für Wien, erklärte Vizebürgermeister Hans MAYR Montag der „RATHAUSKORRESPONDENZ“. Zwar sei es, so Mayr, auch 1987 gelungen, die Zahl der Arbeitsplätze in Wien um rund 860 oder 0,1 Prozent zu steigern, dies dürfte jedoch vor allem durch private Firmen und öffentliche Investitionen gelungen sein. Völlig ausgelassen habe nach Mayr die Verstaatlichte Industrie in Wien, die bereits seit Jahren in Wien überproportional Arbeitsplätze abbaue. Es muß endlich Schluß sein mit der Benachteiligung Wiens durch die Verstaatlichte Industrie, betonte Mayr.

Als Beleg für die Benachteiligung Wiens kann die Entwicklung der Beschäftigten in der Verstaatlichten Industrie herangezogen werden: Von 1980 bis 1986 reduzierte die Verstaatlichte in Österreich ihren Mitarbeiterstand um 14,9 Prozent, in Wien betrug der Aderlaß im gleichen Zeitraum jedoch 27,8 Prozent. Eine Beschäftigungsoffensive für Wien müsse nach Mayr vor allem folgende Punkte enthalten:

- Schluß mit der Benachteiligung Wiens durch die Verstaatlichte;
- Schnelle Realisierung des Konzepts Neue Bahn mit dem für Wien vorgesehenen Zentralbahnhof;
- Rasche Freigabe der Mittel aus dem Wasserwirtschaftsfonds für Umweltvorhaben in Wien.

Außerdem wird die Stadt Wien durch eine rasche Umsetzung einer neuen Wohnbauförderung für eine verstärkte Wohnbautätigkeit in Wien sorgen. (Schluß) sei/bs

Wiener ÖVP fordert Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit

Wien, 4.1. (RK-KOMMUNAL) Die ÖVP-Stadträte, Ing. Günther ENGELMAYER und Wilhelm NEUSSER, forderten am Montag in einem Pressegespräch gezielte Maßnahmen gegen die steigende Arbeitslosigkeit in Wien. StR. Engelmayer stellte fest, daß die Arbeitslosigkeit im vergangenen Jahr die 40.000er-Marke überschritten und sich damit gegenüber 1980 vervierfacht habe. Der Anteil der Langzeitarbeitslosen vergrößere sich in Wien gegenüber den Bundesländern. StR. Engelmayer bedauerte, daß die Arbeitsmarktbürokratie überfordert sei.

Die beste Arbeitsmarktpolitik sei eine gute Wirtschaftspolitik, sagte StR. Neusser. Es gehe darum, ein Klima und die Rahmenbedingungen für wirtschaftliche Entfaltung zu schaffen.

Konkret fordert die Wiener ÖVP:

- Neue Arbeit schaffen bzw. fördern
- Verbesserungen der wirtschaftlichen Bedingungen
- Neue Strategien gegen die Arbeitslosigkeit
- Besseren Einsatz der Arbeitsmarktförderungsmittel

StR. Neusser wies darauf hin, daß trotz hoher Arbeitslosenzahlen die Wirtschaft nach wie vor nicht genügend qualifizierte Mitarbeiter finde. (Schluß)
fk/rr

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Fred Vavrousek, Verlags- und Herstellungsort Wien,
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zelle. Auf Recyclingpapier gedruckt!

Dienstag, 5. Jänner 1988

Blatt 15

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Neues Jahr bringt Verbesserungen bei Verkehrsbetrieben (17)
- Selbstschutz-Beratung geändert (18)
- Wieder Jazzkonzerte auf der „Johann Strauß“ (19)

Kultur:

- 350. Geburtstag von Ernst Rüdiger Graf Starhemberg (16)

350. Geburtstag von Ernst Rüdiger Graf Starhemberg

Wien, 5.1. (RK-KULTUR) Ernst Rüdiger Graf Starhemberg wurde am 12.1.1638 als Sproß eines alten ursprünglich oberösterreichischen Adelsgeschlechtes in Graz geboren. Er studierte bei den Jesuiten, trat nach der üblichen Kavaliertour in den Hofdienst und fungierte bei der Kaiserkrönung Leopolds I. in Frankfurt als dessen Kämmerer. Dann trat er in den Verwaltungsdienst ein und wirkte als Landrat. Seine Neigung galt jedoch militärischen Dingen. Er kämpfte in den Türkenkriegen unter Montecuccoli in der Schlacht bei St. Gotthard an der Raab und wurde rasch befördert: 1675 zum Generalwachtmeister, 1680 zum Wiener Stadtkommandanten und Oberst der Wiener Stadtguardia, 1682 zum Feldzeugmeister. 1683 wurde ihm das Schicksal der von den Türken bedrohten Haupt- und Residenzstadt Wien anvertraut, deren Errettung den Höhepunkt seines Lebens bedeutete und ihn für die Nachwelt unvergeßlich machte. Er verteidigte die Stadt mit großem persönlichen Mut und taktischem Geschick unter Einsatz der allerletzten Kräfte 60 Tage lang gegen eine gewaltige Übermacht bis zum Entsatz durch die kaiserlich-polnischen Truppen unter König Sobieski am 12. September 1683.

Während der Belagerung hielt er auf eiserne Disziplin und inspizierte selbst trotz mehrfacher Verwundungen und einer Ruhrerkrankung, bei Tag und Nacht die Wälle oder beobachtete von der Türmerstube des Stephansdomes aus die Bewegungen des Feindes.

Starhembergs Verdienste wurden durch zahlreiche Ehrungen anerkannt — er wurde zum Feldmarschall und Ritter des Goldenen Vlieses ernannt, Papst Innozenz XI. sprach ihm persönlich den Dank des christlichen Abendlandes aus. Als Kommandant der kaiserlichen Infanterie zog Starhemberg den flüchtenden Türken nach Ungarn nach. 1686, wurde er bei der Belagerung von Ofen (Buda) schwer verwundet und mußte endgültig aus dem aktiven Felddienst ausscheiden. 1691 wurde er zum Präsidenten des Hofkriegsrates ernannt. In dieser Funktion führte er verschiedene Heeresreformen durch und setzte die Ernennung des Prinzen Eugen zum Oberbefehlshaber im Türkenkrieg durch.

Ernst Rüdiger Graf Starhemberg starb am 4. Jänner 1701 auf seinem Gut in Wösendorf (N.Ö.). Er wurde in einem Sarkophag in der Wiener Schottenkirche bestattet. Weiters erinnern je eine Statue auf dem Rathausplatz, und im Festsaal des Rathauses sowie die Graf Starhemberg-Gasse im 4. Bezirk und die Rüdigergasse im 5. Bezirk an ihn. (Schluß) red/bs

Neues Jahr bringt Verbesserungen bei Verkehrsbetrieben

Wien, 5.1. (RK-KOMMUNAL) Mit Beginn des neuen Jahres treten — wie angekündigt — zahlreiche Verbesserungsmaßnahmen bei den Wiener Verkehrsbetrieben in Kraft.

Ab 7. Jänner fährt die erste Straßenbahn der Linie „44“ früher, nämlich bereits um 5.15 Uhr, ab Dornbach. Darüber hinaus wird das Intervall während der Frühverkehrsspitze verkürzt.

Ebenfalls ab 7. Jänner wird das Intervall der Autobuslinie „7A“ in der Frühspitze an Werktagen (Montag bis Freitag) verkürzt.

Ab Samstag, dem 9. Jänner, verkehrt die Straßenbahnlinie „25“ an Werktagen mit einem Intervall von siebeneinhalb Minuten anstelle bisher zehn Minuten.

Ab Montag, dem 11. Jänner, wird die neue Autobuslinie „19A“ in Betrieb genommen. Diese Linie führt ab Favoritenstraße/Alaudagasse zur Jura-Soyfer-Gasse und über die Franz-Koci-Straße zur Alaudagasse zurück. In den Früh- und Nachmittagsspitzen verkehrt die Linie „19A“ bis Inzersdorf/Laxenburger Straße, wobei die Frühkurse über die Großmarktstraße und die Nachmittagskurse über die Oberlaaer Straße zur Laxenburger Straße geführt werden. An Sonn- und Feiertagen ist diese Linie nicht in Betrieb.

Ab 11. Jänner wird, auf Wunsch zahlreicher Fahrgäste, die Betriebszeit der Autobuslinie „34A“ verlängert. Der letzte Bus der Linie „34A“ fährt daher ab Nußdorfer Straße um 23 Uhr anstelle bisher 22.45 Uhr.

Ebenfalls ab 11. Jänner verkehren die Linien „26“, „38“, „40“, „41“ und „51A“ mit kürzeren Intervallen.

Die Wiener Verkehrsbetriebe informieren ihre Fahrgäste mittels Fahrplanaushängen an den Haltestellen dieser Linien.

Die Autobuslinie „38A“ wird — auf Grund der Jahreszeit — von 7. Jänner bis 29. Jänner im Streckenteil Kahlenberg — Leopoldsberg eingestellt. Ab 30. Jänner bis 20. März verkehrt die Linie „38A“ in diesem Streckenteil nur an Freitagen, Samstagen und Sonn- und Feiertagen. (Schluß) roh/rr

Selbstschutz-Beratung geändert

Wien, 5.12. (RK-LOKAL) Bei der Selbstschutzberatung gibt es eine Änderung: Die zentrale Beratung in der Schmidthalle des Rathauses wird eingestellt. Statt dessen gibt's persönliche oder telefonische Beratung sowie die Zusendung von Informationsmaterial. Informationen und Beratung kann man per Telefon (Stadtinformation, 43 89 89) oder schriftlich mit einem Vordruck, der in der Stadtinformation und den Bürgerdienst-Außenstellen aufliegt, verlangen. Außerdem steht die Magistratsdirektion-Verwaltungsorganisation, Rathaus, 1082 Wien, für Selbstschutzanliegen zur Verfügung.

Experten auf dem Gebiet des Zivil- und Selbstschutzes standen bisher an jedem ersten Donnerstag im Monat im Rathaus für Auskünfte zur Verfügung. Trotz ständiger Propagierung wurde dieser Dienst jedoch kaum in Anspruch genommen, sodaß der Einsatz einer relativ großen Zahl von Fachleuten nicht zu rechtfertigen war. Natürlich legt die Stadt Wien aber weiterhin großen Wert darauf, den Bürgern alle gewünschten Selbstschutz-Informationen zu vermitteln. Wer Auskünfte möchte, kann sie in Hinkunft entweder schriftlich bekommen oder zu einem vereinbarten Termin mit einem oder mehreren Experten sprechen. Die Erledigung solcher Wünsche erfolgt rasch und unbürokratisch.

Neue Selbstschutzkurse

Folgende Selbstschutzkurse finden im Frühjahr 1988 statt:

- im 4. Bezirk vom 9. Februar bis 24. März (Amtshaus, 4., Favoritenstraße 18),
- im 11. Bezirk vom 8. März bis 31. Mai (Zentrum Simmering, Simmeringer Hauptstraße 96 A)
- im 14. Bezirk vom 11. Februar bis 21. April (Volkshochschule Penzing, Lortzinggasse 2) und
- im 20. Bezirk vom 8. Februar bis 25. April (Volkshochschule Brigittenau, Raffaelgasse 11-13).

Die gesamten Kursprogramme mit allen Terminen liegen ab Mitte Jänner in der Stadtinformation auf und werden auf Wunsch auch zugeschickt. (Schluß) and/rr

Wieder Jazzkonzerte auf der „Johann Strauß“

Wien, 5.1. (RK-LOKAL) Die im Vorjahr begonnene Veranstaltungsserie „Sunday Morning Jazz“ auf dem Restaurant-Schiff „Johann Strauß“ hat so großen Anklang gefunden, daß die Jazzkonzerte am Sonntagvormittag auch im neuen Jahr fortgesetzt werden. Sie beginnen jeweils um 11 Uhr und dauern zwei Stunden.

Am 10. Jänner spielt Teddy Ehrenreich, am 17. Jänner musizieren die Red Hot Pots. (Schluß) wh/rr

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861



Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Fred Vavrousek, Verlags- und Herstellungsort Wien,
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zelle. Auf Recyclingpapier gedruckt!

Donnerstag, 7. Jänner 1988

Blatt 20

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Rechtsfürsorge des Jugendamtes (21/FS: 6.1.)
- Im SMZ Ost hat schon der Innenausbau begonnen (22)
- Fast jeder kennt das Kurzentrum Oberlaa (23)
- An acht Sonntagen: „Fahrt zum Schnee“ (24)

Kultur:

- 60. Geburtstag von Ossy Kolmann (25)

Rechtsfürsorge des Jugendamtes

Hilfe für Alleinerzieher

Wien, 6.1. (RK-KOMMUNAL) Finanzielle Probleme sind für Alleinerzieher oft schwer zu bewältigen. Besonders nach Scheidungen gibt es immer wieder Probleme; die Rechtsfürsorge des Wiener Jugendamtes unterstützt die Betroffenen.

In 2.556 Fällen schritten die Bezirksjugendämter als Amtsvormund und in 21.670 Fällen als gerichtlich bestellte Sachwalter oder Kuratoren unehelicher und ehelicher Kinder ein. Das größte Problem stellt dabei die Einbringung von Unterhaltsbeiträgen dar. Im Jahr 1987 wurden bis einschließlich November Beträge in der Gesamthöhe von 320,6 Millionen Schilling eingehoben. Säumige Zahler sind meist die Väter.

Ausgeschöpft werden auch die Möglichkeiten, die das Unterhaltsvorschußgesetz bietet, um damit eine materielle Grundlage für das Heranwachsen der Kinder von Alleinerziehern zu sichern. (Schluß) jel/bs

Bereits am 6. Jänner 1988
über Fernschreiber ausgesendet!

Im SMZ Ost hat schon der Innenausbau begonnen

Stacher: Fertigstellung 1992 - 1994

Wien, 7.1. (RK-KOMMUNAL) Im Krankenhausneubau des Sozialmedizinischen Zentrums Ost wird bereits mit Hochdruck am Innenausbau gearbeitet. Derzeit werden im Untersuchungs- und Behandlungstrakt 1 sowie im Küchen- und Wirtschaftsbereich Wandkonstruktionen montiert und Installationsrohre verlegt. Wie Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER Donnerstag der „RATHAUSKORRESPONDENZ“ mitteilte, haben die 1. und 2. Ausbaustufe des Schwerpunktspitals zusammen einen umbauten Raum von rund 950.000 Kubikmetern. Damit wird das neue Krankenhaus zu einem der größten Gebäude von Wien. Die 1. Ausbaustufe (Ambulanzen und 544 Betten) wird 1992, die 2. Ausbaustufe (Ambulanzen und 256 Betten) 1994 fertiggestellt werden.

5.500 Räume im Krankenhaus

In der 1. und 2. Ausbaustufe wird das Krankenhaus im SMZ Ost rund 5.500 Räume haben. Als Zwischenwände werden Gipskartonständerwände mit schalldämpfender Mineralwolle im Hohlraum in einer Größenordnung von rund 135.000 Quadratmetern aufgestellt. Der Vorteil dieser Wandkonstruktion besteht darin, daß sie relativ leicht umgebaut werden kann. Man ist daher bis zu einem gewissen Grad flexibel, wenn die künftige Entwicklung in der Medizin Änderungen in der Raumaufteilung erforderlich macht. Die 110.000 Quadratmeter umfassenden abgehängten Decken sind zum Teil ebenfalls aus Gipskarton, in den hochinstallierten Bereichen, wo die Leitungen zugänglich sein müssen, aus Metall oder Mineralfaser. Die Bodenbeläge ebenfalls rund 110.000 Quadratmeter — bestehen je nach den Anforderungen aus Fliesen, Kunststein, Kunststoff und Spannteppichen.

2.300 Waschbecken, 1.000 Toiletten, 800 Duschen

Im Sanitärbereich (2.300 Waschbecken, 1.000 Toiletten und 800 Duschen) sind 80.000 Laufmeter Rohre für die Versorgung mit Warm- und Kaltwasser erforderlich und 32.000 Laufmeter Rohre für die Entsorgung. Für die Heizung (3.200 Heizkörper), für Dampf und Kühlwasser müssen Rohre in einer Länge von 17.000 Metern verlegt werden. Außerdem sind 73.000 Laufmeter Rohre zur Be- und Entlüftung zu montieren. Nur innenliegende Räume und Räume mit besonders hygienischen Anforderungen (gefilterte Luft) werden klimatisiert.

Mehr als 16.000 Beleuchtungskörper

Zur Versorgung mit Starkstrom und Schwachstrom (vor allem für die Nachrichtentechnik) werden im neuen Krankenhaus im SMZ Ost 17 Kilometer Elektrokabel verlegt. Immerhin müssen mehr als 16.000 Beleuchtungskörper angeschlossen werden. Besonders wichtig in einem Spital ist natürlich die Notstromversorgung. Bei einem Netzausfall werden vollautomatisch Notstromaggregate gestartet, die die wichtigsten Verbraucher innerhalb von 15 Sekunden mit Strom weiterversorgen können.

Weiterer Terminplan

Noch in diesem Frühjahr beginnt der Innenausbau im Bettenhaus 1, das im Rohbau bereits fertiggestellt ist. Im Frühjahr ist auch das Parkdeck 2 fertig, im Herbst wird der Rohbau der Energiezentrale und des Bettenhauses 2 abgeschlossen. Im Frühjahr dieses Jahres beginnen schließlich die Arbeiten für den Untersuchungs- und Behandlungstrakt 2, im Sommer die Arbeiten für das Bettenhaus 3. Die Kosten für die 1. und 2. Ausbaustufe betragen rund 5,25 Milliarden Schilling (ohne Einrichtung). Wie der Gesundheitsstadtrat hervorhob, konnten bisher sowohl der Terminplan wie auch der Kostenrahmen voll eingehalten werden. In einer 3. Ausbaustufe ist noch die Errichtung einer Psychiatrischen Abteilung mit 180 Betten geplant. (Schluß) sc/bs

Fast jeder kennt das Kurzentrum Oberlaa

70 Prozent der Besucher sind „Stammkunden“ – Nachfrage nach Sportschwimmbekken und Biosaunarium wird nun erfüllt

Wien, 7.1. (RK-LOKAL) Rund 96 Prozent aller Wiener kennen das Kurzentrum Oberlaa, im unmittelbaren Einzugsbereich — also in Favoriten, Simmering und Liesing — beträgt der Bekanntheitsgrad sogar 99 Prozent. Das ist eines der wichtigsten Ergebnisse einer Untersuchung, welche das Institut für Empirische Sozialforschung (IFES) für die Kurbetrieb Heilquelle Wien-Oberlaa Gesellschaft m.b.H. durchgeführt hat. Immerhin beträgt auch in Floridsdorf und Donaustadt der Bekanntheitsgrad des Kurzentrums Oberlaa rund 94 Prozent.

Von der Gesamtstichprobe, die der Wiener Bevölkerung über 14 Jahre entspricht, besuchen nach eigenen Angaben 49 Prozent oft oder gelegentlich ein Hallenbad zum Schwimmen, 33 Prozent ein Thermalbad und 29 Prozent eine Sauna. Innerhalb dieser Gruppe hat das Thermalbad Oberlaa folgende Gästeanteile:

- 80 Prozent aller Thermalbadbesucher,
- 67 Prozent aller Saunabesucher,
- 58 Prozent aller Hallenbadbesucher.

Die Zufriedenheit mit den Anlagen im Kurzentrum Oberlaa drückt sich in der „Treue“ aus. Rund 70 Prozent der Gäste kommen schon länger als drei Jahre, sie können also als echte „Stammkunden“ bezeichnet werden.

Bemängelt wurde von vielen Besuchern des Kurzentrums das fehlende Sportschwimmbekken — mit niedrigerer Wassertemperatur — und das Fehlen eines Biosaunariums. Zwei Biosaunarien sind dieser Tage in Betrieb gegangen. Das Sportschwimmbekken — mit einer Wassertemperatur zwischen 26 und 28 Grad Celsius — wird Anfang Februar in Betrieb genommen.

Damenspende für den Opernball kommt aus der Kurkonditorei Oberlaa

Die Damenspende bei dem am 11. Februar stattfindenden Wiener Opernball kommt aus der Kurkonditorei Oberlaa. Starpatisseur Karl SCHUHMACHER wird ein „Opernballtörtchen“ kreieren, das ab 12. Februar auch im freien Verkauf in den Filialen der Kurkonditorei — Kurzentrum Oberlaa, Fußgängerzone Favoriten, Neuer Markt — erhältlich sein wird.

Es liegen schon Anfragen aus dem Ausland vor. (Schluß) wh/gg

An acht Sonntagen: „Fahrt zum Schnee“

Wien, 7.1. (RK-LOKAL) Vorausgesetzt natürlich, daß die weiße Pracht in den nächsten Tagen vom Himmel fällt: An acht aufeinanderfolgenden Sonntagen in den Monaten Jänner, Februar und März führt das Sportamt der Stadt Wien in Zusammenarbeit mit dem Verein Wiener Jugendkreis heuer bereits zum 20. Mal die beliebten Tagesskifahrten im Rahmen der Aktion „Fahrt zum Schnee“ durch.

Diese Tagesskifahrten sind von der Stadt Wien subventionierte Skikurse, in denen die Teilnehmer, ihrem Können entsprechend, in Kursgruppen eingeteilt werden.

Die Kosten für Kinder und Jugendliche belaufen sich pro Tag auf 90 Schilling (ohne Liftkarte), für Begleitpersonen 130 Schilling. Die Aktion „Fahrt zum Schnee“ wird am 17. Jänner gestartet. Anmeldungen dafür sind am 11. und 12. Jänner jeweils von 14 bis 19 Uhr im Sportamt, Wien 1, Eberndorferstraße 4, 1. Stock, möglich. Eventuelle Restkarten werden am 13. Jänner von 8 bis 11 Uhr ausgegeben.

Die Teilnehmer werden mit modernen Bussen in die schönsten Skigebiete Niederösterreichs gebracht — vorausgesetzt natürlich, daß das Wetter mitspielt.

An acht Abfahrtsstellen ist es in der Bundeshauptstadt möglich, zuzusteigen:

1, Rathausplatz (vor am Rathausaufgang, Burgtheaterseite)	7.30 Uhr
10, Hansson-Zentrum (Favoritenstraße/Ecke Alaudagasse)	7.30 Uhr
11, Enkplatz	7.15 Uhr
14, Hütteldorfer Straße/Ecke Breitenseer Straße	7.45 Uhr
21, Großfeldsiedlung, Kürschnergasse (Parkplatz Ekazent)	7.00 Uhr
21, Schnellbahnhof Floridsdorf	7.15 Uhr
22, Schrödingerplatz (Bezirkszentrum)	7.00 Uhr
23, Steinseekreuzung (Altmannsdorfer Straße/ Anton-Baumgartner-Straße)	7.45 Uhr

Die Rückkunft der Autobusse ist in Wien für 18 Uhr vorgesehen.

Die Kurstermine:

- 17. Jänner: Gruppeneinteilung und Üben in Leistungsgruppen
- 24. Jänner: Üben in Leistungsgruppen
- 31. Jänner: Üben in Leistungsgruppen
- 7. Februar: Üben in Leistungsgruppen
- 14. Februar: Faschingslauf, Üben in Maske und Kostüm
- 21. Februar: Üben in Leistungsgruppen
- 28. Februar: Üben in Leistungsgruppen
- 6. März: Abschlußskirennen für alle Kursteilnehmer.

Weitere Auskünfte über die Aktion „Fahrt zum Schnee“ erteilt das Sportamt unter Tel. 42 800/2799 oder 2733. (Schluß) hof/gg

60. Geburtstag von Ossy Kolmann

Wien, 7.1. (RK-KULTUR) Der Schauspieler und Kabarettist Ossy (Oswald) KOLMANN wurde am 10. Jänner 1928 in Wien-Leopoldstadt geboren. Nach einer Ausbildung zum Fernmeldetechniker wurde er zum Kriegsdienst eingezogen und versuchte sich dann in der amerikanischen Kriegsgefangenschaft im Soldatenkabarett.

Nach dem Krieg ging Kolmann tagsüber seinem Brotberuf nach, abends nahm er bei der Bühnengewerkschaft Dramatischen Unterricht. 1952 wurde er von Direktor Geiger ans „Wiener Werk!“ engagiert. 1958 holte ihn Farkas zum „Simpl“, dessen Ensemble er acht Jahre angehörte. Altmeister Farkas formte ihn zum Profi. Es gab Zeiten, wo Kolmann nebeneinander im „Simpl“, im Volkstheater, im Raimundtheater und in der Volksoper beschäftigt war.

Von 1965 bis 1968 hatte Kolmann Gastengagements am Hamburger Operettentheater. Er feierte dort große Erfolge als Sigismund in Benatzkys „Weißem Rößl“ und als Frosch in der „Fledermaus“. Im Hörfunk war Kolmann jahrelang der „Herr Montag“ in „Autofahrer unterwegs“.

1975 erhielt Kolmann für seine großen humoristischen Leistungen die „Goldene Kamera“.

Seit 1973 bis heute gehört Ossy Kolmann dem Ensemble der Wiener Volksoper an. Große Erfolge feierte er auch als „Sommer-Gastarbeiter“ im Theater an der Wien als Kanzlist Njegus in Lehars Operette „Die lustige Witwe“.

1984 erhielt Ossy Kolmann die „Ehrenmedaille der Stadt Wien in Gold“.
(Schluß) red/bs

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861



Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Fred Vovrousek, Verlags- und Herstellungsort Wien,
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt

Freitag, 8. Jänner 1988

Blatt 26

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Lohnsteuerkarten: Anträge noch bis 29. Jänner (28)
- Ab Montag: Kinderlähmungsimpfung 2. Teil (30)
- Terminvorschau vom 11. bis 22. Jänner 1988 (31)
- Mayr: Wiener Strompreis ist fais (32)

Kultur:

- 100.000. Besucher bei „A Chorus Line“ (27)
- Donauturm: „Blick ins Marchfeld“ (27)
- 70. Geburtstag von Cissy Kraner (29)

100.000. Besucher bei „A Chorus Line“

100. Vorstellung am 20. Jänner – Das Stück bleibt voraussichtlich bis 3. Juli auf dem Programm

Wien, 8.1. (RK-KULTUR) Bei der 83. Vorstellung von „A Chorus Line“ am 3. Jänner registrierte man im Wiener Raimundtheater den 100.000sten Besucher. Die durchschnittliche Auslastung beträgt bisher 89,9 Prozent.

Am 20. Jänner findet die 100. Vorstellung dieses Musicals statt. „A Chorus Line“ wird voraussichtlich bis 3. Juli dieses Jahres auf dem Programm bleiben. Ab September ist im Raimundtheater die deutschsprachige Exklusivauufführung des Musicals „Les Miserables“ von Alain BOUBLIL (Buch) und Claude Michel SCHÖNBERG (Musik) geplant. (Schluß) wh/gg

Donauturm: „Blick ins Marchfeld“

Der Marchfelder Kunstcirkel stellt aus – Vernissage am 11. Jänner

Wien, 8.1. (RK-KULTUR) „Blickpunkt Marchfeld“ ist das Thema der nächsten Ausstellung auf dem Donauturm, die vom Marchfelder Kunstcirkel bestritten wird. Der Marchfelder Kunstcirkel ist eine Gruppe von sechs bildenden Künstlern, deren derzeitiger Lebens- und Arbeitsraum das Marchfeld ist. Der Gruppe gehören auch Doris DEIXLER (Keramik), Otto POTSCH (Bildhauer und Maler), Bibiane WUNDER (Graphik), Herta DRÄXLER (Photographie), Christine RAUCH (Batik) und Gottfried LAF WURM (Malerei und Druckgraphik).

Die Vernissage findet am Montag, dem 11. Jänner, um 19 Uhr auf dem Donauturm statt. Der Leiter des Kulturamts der Stadt Wien, Senatsrat Dr. Heinz TÜNKEL, wird die Ausstellung eröffnen. Als literarischen Beitrag bei der Vernissage wird Friedrich HELLER aus seinen Werken „Marchfeldein“ und „Von Hieb zu Hieb — eine Sandlerpassion“ lesen. Die Ausstellung ist vom 11. bis 22. Jänner täglich zwischen 10 und 22 Uhr in beiden Restaurants des Wiener Donauturms zu sehen. (Schluß) wh/bs

Lohnsteuerkarten: Anträge noch bis 29. Jänner

Wien, 8.1. (RK-LOKAL) Die Ausschreibung der neuen Lohnsteuerkarten für die Jahre 1988 bis 1992 ist mit Ausnahme des 18. Bezirkes, wo noch vereinzelte Mehrfachkarten auszustellen sind, beendet, wobei die neuen Karten in den vergangenen Wochen per Post zugestellt wurden. Alle Arbeitnehmer und Pensionisten, die noch Lohnsteuerkarten benötigen, sie aber nicht erhalten haben, werden eingeladen, die Ausstellung neuer Karten bis zum 29. Jänner in den zuständigen Lohnsteuerkartenstellen zu beantragen. Diese Stellen sind im jeweiligen Magistratischen Bezirksamt untergebracht — mit einer Ausnahme: Im 23. Bezirk befindet sich die Lohnsteuerkartenstelle in der Volksschule Pülsgasse 28.

Es ist ratsam, die Eintragungen in den neuen Karten zu überprüfen und eventuell notwendige Richtigstellungen in den Lohnsteuerkartenstellen vornehmen zu lassen. Die Lohnsteuerkarten sind dann dem Arbeitgeber oder der pensionsauszahlenden Stelle zu übergeben.

Für den Fall, daß innerhalb der nächsten fünf Jahre neue oder zusätzliche Lohnsteuerkarten benötigt werden, können diese ebenfalls in den Lohnsteuerkartenstellen angefordert werden. Werden insgesamt mehr als drei Karten gebraucht, muß die schriftliche Zustimmung des zuständigen Finanzamtes eingeholt werden. (Schluß) sei/gg

70. Geburtstag von Cissy Kraner

Wien, 8.1. (RK-KULTUR) Cissy KRANER ist untrennbar mit dem Wiener Kabarett und dem wienerisch eingefärbten Chanson verbunden. Zu ihren bekanntesten Chansons gehören „Aber der Novak läßt mich nicht verkommen“, „Ich wünsch mir zum Geburtstag einen Vorderzahn“ oder „Ich möcht so gern ein Pinup-Girl sein“. Begleitet wurde und wird sie beim Vortrag meistens von ihrem Ehemann Hugo Wiener.

Cissy Kraner wurde am 13. Jänner 1918 in Wien geboren. Nach der Matura nahm sie Gesangs- und Tanzunterricht und absolvierte einen Kurs für Rhetorik am Neuen Wiener Konservatorium. Ihr erstes Engagement erhielt sie an der Kleinkunsthöhne ABC.

1938 gastierte sie auf Einladung der kolumbianischen Regierung als Mitglied eines Wiener Ensembles in Bogota. In der Folge ließ sie sich in der venezolanischen Hauptstadt Caracas nieder, wo sie eine Bar eröffnete und mit Vorträgen spanischer, englischer und französischer Chansons Erfolge feierte.

1948 kehrte sie nach Wien zurück und wurde — von Karl Farkas entdeckt — Mitglied des legendären „Simpl“-Ensembles, dem sie über 15 Jahre angehörte. Darüber hinaus erlangte Cissy Kraner durch eine Reihe von Schallplatten Popularität und wurde durch zahlreiche Gastspiele in Deutschland, in der Schweiz, in Israel sowie im südamerikanischen Raum auch international bekannt.

Cissy Kraner hat für ihre Leistungen 1973 das „Ehrenkreuz für Wissenschaft und Kunst“ sowie 1984 die „Ehrenmedaille der Stadt Wien in Gold“ erhalten. (Schluß) red/bs

Ab Montag: Kinderlähmungsimpfung 2. Teil

Stacher warnt vor gefährlicher Impfmüdigkeit

Wien, 8.1. (RK-KOMMUNAL) Vom kommenden Montag, den 11. Jänner, bis 23. Jänner findet in Wien der zweite Durchgang der Schluckimpfungsaktion gegen Kinderlähmung 1987/88 statt. Im ersten Durchgang im November haben 6.368 Wienerinnen und Wiener bei den städtischen Gesundheitsstellen eine kostenlose Erstimpfung oder eine Auffrischungsimpfung erhalten. Das waren um 20 Prozent weniger als im Jahr davor. Auf Grund dieser Ergebnisse warnt der Wiener Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER dringend vor einer beginnenden Impfmüdigkeit. Zwar ist die Kinderlähmung in Österreich ausgerottet, doch besteht immer noch die Gefahr, daß diese sehr gefährliche Viruserkrankung aus dem Ausland eingeschleppt wird.

Im Jahr 1985 traten in 15 europäischen Ländern immerhin noch 264 Erkrankungen auf, weltweit waren es in 162 Ländern knapp 30.000 Fälle von Kinderlähmung: Grund genug, sich einer schmerz- und komplikationslosen Impfung zu unterziehen. Der Gesundheitsstadtrat appelliert vor allem an jene Wienerinnen und Wiener beziehungsweise an die Eltern der Kinder, die im vergangenen November an der ersten Schluckimpfung teilgenommen haben, keineswegs auf die zweite Schluckimpfung jetzt im Jänner zu vergessen. Durch diese zweite Impfung erhöht sich bereits der Schutz gegen eine Ansteckung.

Geimpft wird vom 11. bis 23. Jänner

- in den Bezirksgesundheitsämtern Montag, Dienstag und Freitag von 8.30 bis 11 Uhr sowie Mittwoch von 13 bis 15 Uhr,
- in den Bezirksgesundheitsämtern der Leopoldstadt, von Favoriten, Hietzing/Penzing und Währing zusätzlich am 14. und 21. Jänner (Donnerstag) von 17 bis 19 Uhr sowie am 16. und 23. Jänner (Samstag) von 9 bis 11 Uhr,
- in der Impfstelle Amtshaus Schottenring (Eingang Zelinkagasse 3) Montag bis Freitag von 8.30 bis 11 Uhr,
- in den städtischen Mutterberatungsstellen während der Beratungszeiten (bis 16. April),
- in der Mutterberatungsstelle Wien 21, Freytaggasse 32, jeden Donnerstag von 17 bis 19 Uhr (bis 14. April).

In den Bezirksgesundheitsämtern gibt es auch noch Nachzüglertermine, und zwar am Dienstag, dem 22., und am Freitag, dem 25. März, jeweils in der Zeit von 9 bis 11 Uhr. (Schluß) sc/gg

Terminvorschau vom 11. bis 22. Jänner 1988

Wien, 8.1. (RK-KOMMUNAL) In der Zeit vom 11. bis 22. Jänner hat die „RATHAUSKORRESPONDENZ“ vorläufig folgende Termine vorgemerkt (Änderungen vorbehalten):

MONTAG, 11. JÄNNER:

11.00 Uhr, Pressegespräch der ÖVP (Cafe Landtmann)

DIENSTAG, 12. JÄNNER:

11.30 Uhr, Pressegespräch des Bürgermeisters (PID)

MITTWOCH, 13. JÄNNER:

10.00 Uhr, Pressegespräch Bgm. Zilk, Kulturstadträtin Dr. Pasterk und Ballettdirektor Dr. Brunner „Tanz '88“ (PID)

17.00 Uhr, „65 Jahre Pädagogisches Institut“, Vbgm. Smejkal (7, Burggasse 14-16)

DONNERSTAG, 14. JÄNNER:

10.30 Uhr, Gemeinderatsausschuß Konsumentenschutz, Frauenfragen, Recht und Bürgerdienst

FREITAG, 15. JÄNNER:

10.00 Uhr, Gemeinderatsausschuß Umwelt, Freizeit und Sport

11.00 Uhr, Gemeinderatsausschuß Wohnbau und Stadterneuerung

MONTAG, 18. JÄNNER:

9.00 Uhr, Gemeinderatsausschuß Bildung, Jugend, Familie und Soziales

10.30 Uhr, Presseführung durch die Ausstellung „Vuk Stefanovic Karadzic“ (Volkshalle)

11.00 Uhr, Pressegespräch der ÖVP (Cafe Landtmann)

17.00 Uhr, Vertragsunterzeichnung „Müllabkommen“, LH-Stv. Pröll, StR. Braun (NÖ-Landesregierung)

DIENSTAG, 19. JÄNNER:

11.30 Uhr, Pressegespräch des Bürgermeisters (PID)

14.30 Uhr, Gemeinderatsausschuß Verkehr und Energie

16.00 Uhr, Ausstellungseröffnung „Vuk Stefanovic Karadzic“ durch Stadträtin Dr. Pasterk (Volkshalle)

MITTWOCH, 20. JÄNNER:

11.00 Uhr, Festakt anl. „25jähriges Bestehen des Militärkommandos Wien“, Vbgm. Mayr und Militärkomm. von Wien (Wappensaal, Rathaus)

DONNERSTAG, 21. JÄNNER:

12.00 Uhr, Enquete „Aspekte moderner Jugend- und Familienerholung“, Vbgm. Smejkal (Wappensaal, Rathaus)

FREITAG, 22. JÄNNER:

10.00 Uhr, Gemeinderatsausschuß Finanzen und Wirtschaftspolitik (Schluß) ger/gal

Mayr: Wiener Strompreis ist fair

Wien, 8.1. (RK-KOMMUNAL) Umweltinvestitionen, die viel Geld kosten, und zusätzliche Steuerbelastungen durch das zweite Abgabenänderungsgesetz lassen es nicht zu, daß die Wiener Strompreise weiter gesenkt werden, erklärte Vizebürgermeister Hans MAYR Freitag zur ÖVP-Forderung nach einer Senkung des Strompreises um zehn Prozent. Die Wiener E-Werke setzen vorbildliche Umweltschutzinvestitionen: So bekomme das Kraftwerk Donaustadt eine zweite Denoxanlage, im Kraftwerk Leopoldau wird heuer noch eine Denoxanlage in Betrieb gehen und der Vollbetrieb für eine Wärme-Kraft-Kupplung aufgenommen, im Kraftwerk Simmering wird als Ersatz für alte Anlagen der Block 3/4 mit einer modernsten Rauchgaswaschanlage in Angriff genommen. Die Umweltschutzinvestitionen der Wiener E-Werke verbessern die Qualität der Wiener Luft, man solle daher nicht durch populistische Forderungen die richtige Investitionspolitik der E-Werke gefährden, betonte Mayr.

Die Wiener E-Werke werden jedoch aus einem zweiten Titel zusätzlich belastet: Die E-Werke fallen nach dem neuen Abgabenänderungsgesetz unter die Vermögenssteuerpflicht. Abschließend betonte Mayr, die letzte Strompreiserhöhung gab es in Wien im Jahr 1982, seither wurde der Strompreis nur mehr gesenkt. „Der Wiener Strompreis ist ein fairer Preis“, so Mayr. (Schluß) sei/gg

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Fred Vavrousek, Verlags- und Herstellungsort Wien.
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zelle. Auf Recyclingpapier gedruckt!

Montag, 11. Jänner 1988

Blatt 33

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Politik:

Protest gegen Plan des „Traun-Kanals“ (36/FS: 9.1.)

Kommunal/Lokal:

Hohe Baubeschäftigung durch milden Winter in Wien (35/FS: 9.1.)

Unterstützung für Alleinerzieher (37/FS: 10.1.)

Neuer Aufstellungsort für Bruckner-Denkmal (38)

60. Geburtstag von Präsident Dittrich (39)

EBS: Erster Wirbelschichtofen an der Rauchgasreinigung (41)

ÖVP verlangt mehr Politikerverantwortlichkeit in Stadtplanung (42)

Dienstag Pressegespräch des Bürgermeisters (nur FS)

Bezirke:

Sitzung der Bezirksvertretung Wieden (39)

Kultur:

Ernst-Krenek-Preis der Stadt Wien (34/FS: 9.1.)

„Verschwundene Wiener Theater“ (40)

Leseabend im Historischen Museum (nur FS)

Ernst-Krenek-Preis der Stadt Wien 1988

Wien, 9.1. (RK-KULTUR) 1988 kommt der Ernst-Krenek-Preis der Stadt Wien zum zweitenmal zur Vergabe. Der Preis wurde anlässlich des 85. Geburtstages Kreneks gestiftet. Er ist mit 100.000 Schilling dotiert und wird alle zwei Jahre an einen Komponisten oder Musikschriftsteller vergeben. Der erste Preisträger des Krenek-Preises war der Komponist Rene STAAR. Die Bewerbungen für den Ernst-Krenek-Preis 1988 sind bis 31. März an das Kulturamt der Stadt Wien, 1082 Wien, Friedrich-Schmidt-Platz 5 zu richten.

Die Bewerber sollen ihren Wohnsitz in Wien haben oder der Stadt besonders nahe stehen. Der Bewerbung sind ein Lebenslauf mit Beschreibung des künstlerischen Werdeganges und das Werk, das für den Preis eingereicht wird, beizuschließen. Der Preis wird vom amtsführenden Stadtrat für Kultur aufgrund des Vorschlages einer Jury zuerkannt. Die Verleihung erfolgt zu Beginn der Konzertsaison und ist, wenn es sich um eine Komposition handelt, mit der Aufführung des preisgekrönten Werkes verbunden. (Schluß) gab/gg

Bereits am 9. Jänner 1988
über Fernschreiber ausgesendet!

Hohe Baubeschäftigung durch milden Winter in Wien

Wien, 9.1. (RK-KOMMUNAL) Der milde Winter hat bisher eine relativ hohe Beschäftigung auf den Baustellen der Stadt Wien gesichert. Mit 11.736 Arbeitskräften lag die Beschäftigung im Dezember um nur rund 10 Prozent unter den Spitzenwerten des Sommers 1987 (knapp über 13.000 Beschäftigte). Die bedeutendsten Impulse für die Baubeschäftigung durch die Stadt Wien gehen vom Bau und der Erhaltung von Gemeindewohnhäusern und Amtsgebäuden, dem U-Bahn- und Spitalsbau aus. (Schluß) ah/bs

Bereits am 9. Jänner 1988
über Fernschreiber ausgesendet!

Protest gegen Plan des „Traun-Kanals“

Zilk: „Unfaßbarer Schildbürgerstreich“

Wien, 9.1. (RK-POLITIK) Als „unfaßbaren Schildbürgerstreich“ bezeichnete am Samstag der Wiener Bürgermeister Dr. Helmut ZILK den oberösterreichischen Plan eines „Traun-Kanals“, mit dem industrielle Abwässer in die Donau eingeleitet werden sollen, um die Wasserqualität der Traun zu erhalten. „Die Verwirklichung dieses Projekts wäre ein rücksichtsloser Anschlag auf die Donau und ihre Anliegergemeinden, von denen viele derzeit mit Milliardenaufwand ihre Abwasserklärung verbessern“, betonte Zilk. Er erinnerte in diesem Zusammenhang an die laufenden Arbeiten zur Umstellung der Wiener Hauptkläranlage auf vollbiologischen Betrieb, womit der Reinigungsgrad weiter erhöht werden soll.

Der Wiener Landeshauptmann forderte Umweltministerin Marilies FLEMMING auf, gegen das oberösterreichische Projekt Protest einzulegen und es schleunigst zu unterbinden. Sollte das Vorhaben weiterverfolgt werden, müsse Oberösterreich mit massiven Wiener Protestaktionen rechnen, sagte Zilk. „So kann nicht verantwortungsvolle Umweltpolitik betrieben werden. Die Verwirklichung des oberösterreichischen Projekts wäre ein beispielloser Rückfall ins Zeitalter der Umweltverschmutzung“, schloß Zilk. (Schluß) red/gg

Bereits am 9. Jänner 1988
über Fernschreiber ausgesendet!

Unterstützung für Alleinerzieher

Psychologischer Dienst der Stadt Wien hilft

Wien, 10.1. (RK-KOMMUNAL) Weniger an gesellschaftlicher Akzeptanz als an Hilfe bei der Erziehung oder der wirtschaftlichen Versorgung fehlt es Alleinerziehern oft. Unterstützung in Erziehungsfragen, bei Problemen, die sich aus der Situation der Alleinerzieher ergeben, und bei der Kommunikation mit dem ehemaligen Partner bieten die Beratungsstellen des Psychologischen Dienstes des Wiener Jugendamtes. Zur Verfügung stehen:

- Die „Telefonische Erziehungsauskunft“, die Montag bis Freitag jeweils von 8 bis 11 Uhr unter der Nummer 31 93 58 „Erste Hilfe“ und Gelegenheit zu Gesprächen bei Erziehungsproblemen bieten und Kontakte mit anderen Institutionen vermittelt.
- Die „Kinder- und Jugendpsychologischen Beratungsstellen“, die dezentral in einzelnen Bezirken eingerichtet sind und auch am Abend Rat und Hilfe anbieten. Psychologen bieten dort Information, Beratung und längerfristige Betreuung bei familiären Problemen.
- Die „Psychologische Beratung in Scheidungsfragen“ deren Angebot sich speziell an Eltern richtet. Hier wird geholfen, die Trennungssituation leichter zu bewältigen und z.B. Besuchskontakte oder eine Gesprächsbasis zu gestalten.

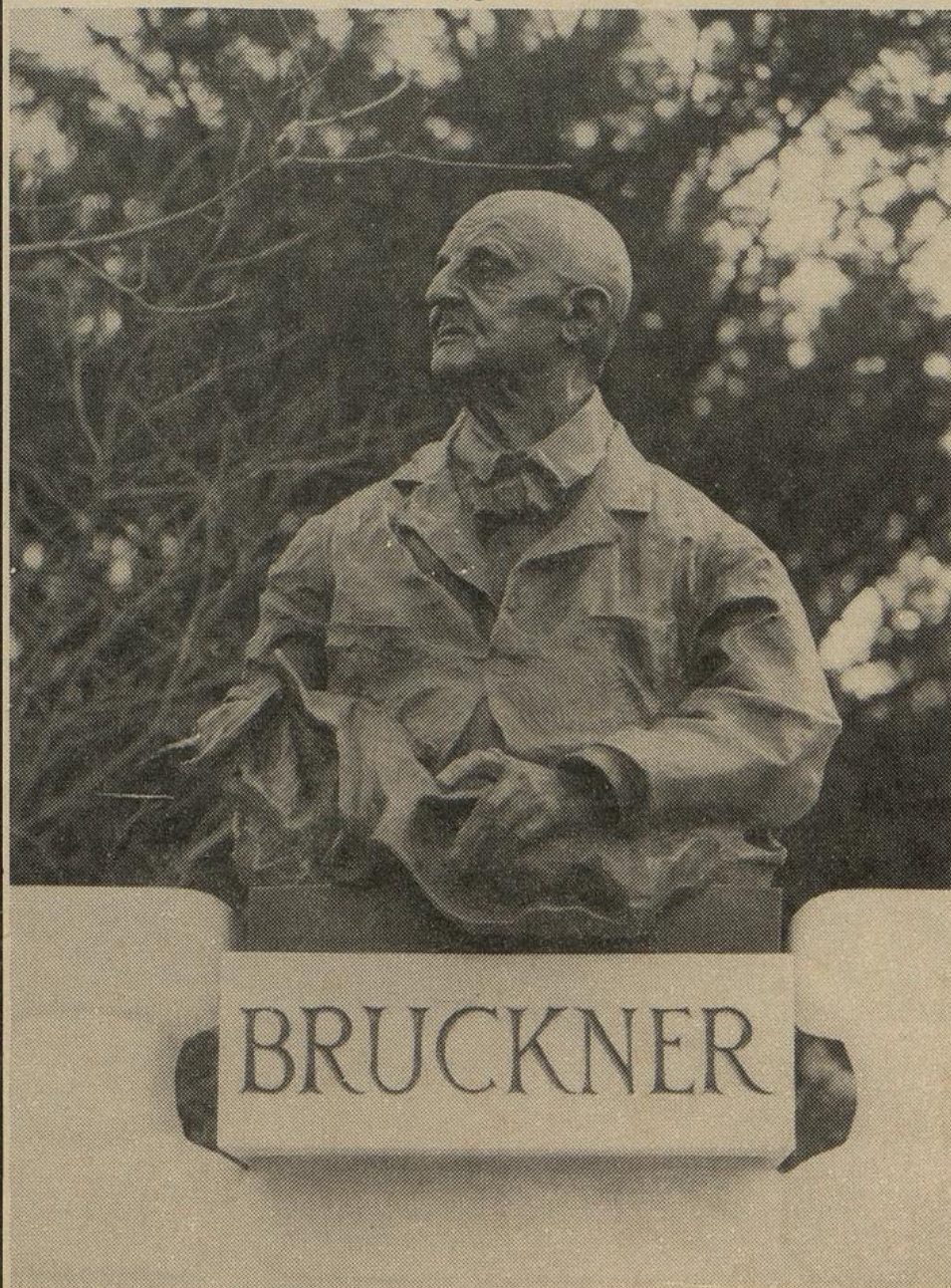
Adressen und Telefonnummern der Beratungsstellen des Psychologischen Dienstes erfährt man im Wiener Jugendamt unter der Telefonnummer 53 114/453 DW. (Schluß) jel/bs

Bereits am 10. Jänner 1988
über Fernschreiber ausgesendet!

Neuer Aufstellungsort für Bruckner-Denkmal

Wien, 11.1. (RK-LOKAL) Das 1899 im Wiener Stadtpark aufgestellte Bruckner-Denkmal wird nach seiner Restaurierung im Garten des ehemaligen Palais Bourgoing, Wien 3, Metternichgasse 8, neu aufgestellt. Im Stadtpark ist anstatt des Original-Denkmal nunmehr eine vereinfachte Ausführung des Bruckner-Denkmal aufgestellt worden.

Diese Maßnahme wurde notwendig, da die Original-Büste von Viktor TILGNER immer wieder von Vandalen beschädigt wurde. Im Palais Bourgoing ist heute eine Abteilung der Hochschule für Musik und darstellende Kunst untergebracht, sodaß das Denkmal öffentlich zugänglich — jedoch unter Aufsicht — bleibt. Das vereinfachte Bruckner-Denkmal im Stadtpark wurde von dem akad. Bildhauer Stefan KAMEYECZKY aus besonders widerstandsfähigem Laaser Marmor geschaffen und am gewohnten Platz aufgestellt. (Schluß) gab/bs



Das Bruckner-Denkmal im Stadtpark.

60. Geburtstag von Präsident Dittrich

Wien, 11.1. (RK-KOMMUNAL) Ing. Karl DITTRICH wurde am 18. Jänner 1928 in Kufstein in Tirol geboren. Er studierte in Wien Technik und erwarb das Ingenieurdiplom. Anschließend war er selbständiger Unternehmer und baute zwei Betriebe auf, ein Isolierstoffwerk in Wien und ein Verpackungswerk in Rohrbach. Seine Tätigkeit stand von Anfang an in enger Beziehung zu den Gremien, die Handel und Wirtschaft vertreten. 1970 wurde er Vizepräsident der Wiener Handelskammer. 1975 übernahm er die Präsidentenfunktion. Im selben Jahr entsand ihn auch die Österreichische Volkspartei als ihren Vertreter in den Bundesrat.

1978 wechselte Ing. Dittrich vom Bundesrat in den Nationalrat. Darüber hinaus ist er seit 1969 Innungsmeister des Bauhilfsgewerbes. 1976 wurde er Obmann des Landesgremiums Wien des österreichischen Wirtschaftsbundes.

1979 wurde ihm aufgrund seiner Leistungen für die österreichische Wirtschaft das Große Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich verliehen. Darüber hinaus ist er Ehrensator der Wirtschaftsuniversität Wien und der Technischen Universität Wien. (Schluß) red/gg

Sitzung der Bezirksvertretung Wieden

Wien, 11.1. (RK-BEZIRKE) Donnerstag, den 14. Jänner, findet um 18 Uhr im Amtshaus 4, Favoritenstraße 18, 1. Stock, eine Sitzung der Bezirksvorstehung Wieden statt. (Schluß) sti/gg

„Verschwundene Wiener Theater“

Eine neue Ausstellung des Landesarchivs

Wien, 11.1. (RK-KULTUR/LOKAL) Theatern, die es heute nicht mehr gibt, hat das Wiener Stadt- und Landesarchiv unter dem Titel „Verschwundene Wiener Theater“ seine erste Ausstellung im neuen Jahr gewidmet. Sie ist von 12. Jänner bis 30. Juni, Montag bis Freitag von 8 bis 18 Uhr, im Rathaus (Schmidthalle), zu sehen. Eine Informationsbroschüre wird kostenlos abgegeben.

Neben Konzert und Oper haben auch Theater (Sprech- und Musiktheater) in der Kunst- und Kulturgeschichte der Stadt einen wichtigen Stellenwert. Viele Theater, die in vergangenen Zeiten das Theaterleben Wiens bereicherten, wurden geschlossen, fielen Katastrophen zum Opfer, wurden teilweise anderen Verwendungszwecken zugeführt — kurz, sie sind aus dem Gedächtnis der heute lebenden Wienerinnen und Wiener großteils verschwunden. Auf eine Reihe dieser „verschwundenen Theater“ weist nun die kleine Ausstellung des Landesarchivs hin: Zum Beispiel die beiden Vorgängerbauten unserer heutigen Staatsoper bzw. des Burgtheaters, das Kärntnertor-Theater und das Alte Burgtheater am Michaelerplatz, oder die Brandkatastrophen zum Opfer gefallenen Bühnen wie das Ringtheater, das Treumanntheater, das Hetztheater und das Stadttheater auf der Seilerstätte, sowie Theater, die bis weit in unser Jahrhundert hinein bespielt wurden, wie das Bürgertheater, das Stadttheater in der Josefstadt, das Harmonietheater (Danzers Orpheum). Auch kleinere Bühnen — von der einfachen Variete- und Operettenbühne bis zum Avantgardetheater — belebten die Wiener Theaterszene (Fürsttheater, Intimes Theater, Johann-Strauß-Theater). Viele später prominente Schauspieler debütierten in derartigen Etablissements.

Mit der Besetzung Österreichs durch das nationalsozialistische Deutschland und der damit verbundenen Gleichschaltung des Kultur- und Geisteslebens begann die Verfolgung von Menschen aus rassistischen, politischen und religiösen Gründen. Das radikale Ausmerzen des jüdischen Geistes- und Kulturlebens durch ein brutales und grausames Regime wirkte sich auch entscheidend auf das Theaterleben der Stadt aus. Die Emigration einer großen Anzahl von bedeutenden Schauspielern, das meist mit dem Tode endende Schicksal vieler, die diesen Schritt nicht mehr setzen konnten, bedeutete einen großen Aderlaß für die Wiener Theaterszene. Dieses tragischen Abschnitts der Geschichte wird ebenfalls in der Ausstellung gedacht. (Schluß) am/bs

EBS: Erster Wirbelschichtofen an der Rauchgasreinigung

Wien, 11.1. (RK-KOMMUNAL) Seit Montag, 11. Jänner, 10 Uhr, werden auch die Abgase des ersten Wirbelschichtofens der Entsorgungsbetriebe Simmering über die Rauchgasreinigung geleitet. Die beiden Drehrohröfen wurden schon im vergangenen Jahr angeschlossen.

Der zweite Wirbelschichtofen wird voraussichtlich am 2. Februar an die Rauchgasreinigung angeschlossen, womit dann alle bei den EBS entstehenden Abgase gereinigt werden.

In den Wirbelschichtöfen wird der in der Hauptkläranlage anfallende Klärschlamm verbrannt. Die Drehrohröfen dienen der Sonderabfallverbrennung, deshalb wurden sie auch als erste an die Rauchgasreinigung angeschlossen. (Schluß) wh/gg

ÖVP verlangt mehr Politiker- verantwortlichkeit in Stadtplanung

Wien, 11.1. (RK-KOMMUNAL) Neue Ideen und neue Arbeitsweisen in der Stadtplanung forderte am Montag in einem Pressegespräch ÖVP-Gemeinderat Dr. Peter MAYR vom neuen Planungsstadtrat.

Projekte sollten nicht mehr nur von einem Beamten entschieden werden dürfen, die Entscheidungen sollten vielmehr von jenen getroffen werden, die politisch dafür zur Rechenschaft gezogen werden könnten, betonte Mayr.

Als Beispiele nannte der ÖVP-Gemeinderat die Planungen zum Europa-platz, „die Entscheidungen fallen in der Gürtelkommission, der Gemeinderat und der zuständige Ausschuß werden die politische Verantwortung tragen müssen für etwas, das sie gar nicht entschieden haben“ sagte Mayr.

Die ÖVP sieht ein „Planungschaos“ kommen, „das durch die Absicht der Bundesbahnen perfekt würde, den Westbahnhof und das gesamte Gelände um rund 11 Milliarden verkaufen zu wollen, weil dieser Bahnhof überflüssig wäre, sollte der Zentralbahnhof am heutigen Südbahnhofgelände gebaut werden“.

Kritik übte Mayr auch an der Erstellung der Bezirksentwicklungspläne: Bisher gäbe es nur für den 3. Bezirk eine solche Planung.

Für die Flächenwidmungs- und Bebauungspläne fordert die ÖVP eine bessere Information der Betroffenen — etwa durch Hausanschlüsse — und eine Begründung der Pläne derart, daß sie in gewissem Maß auch nachvollziehbar sind. (Schluß) If/bs

Chef vom Dienst:
42 800/£971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/£971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Fred Vavrašek, Verlags- und Herstellungsort Wien,
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt!

Dienstag, 12. Jänner 1988

Blatt 43

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Optimale Rauchgaswäsche für die Spittelau (44/45)
- Obersenatsrat Bechyna wird Wiens neuer Stadtbaudirektor (46)
- Frauenservicestelle: Telefon 48 70 66 (47)
- Radwege werden von der MA 48 nicht bestreut (48)

Optimale Rauchgaswäsche für die Spittelau

Wien, 12.1. (RK-KOMMUNAL) Der Wiedererrichtung der durch einen Brand zerstörten Rauchgaswäsche in der Müllverbrennungsanlage Spittelau liegt die Erkenntnis zugrunde, daß im Zeitraum zwischen der ursprünglichen Planung und dem gegenwärtigen Entwicklungsstand ein beachtlicher Technologiewandel, aber auch eine verstärkte Sensibilisierung der Öffentlichkeit eingetreten sind. Allem voran steht als oberstes Gebot ein bestmöglicher Umweltschutz: Unter Berücksichtigung des Standortes ist aus den Anforderungen des Betreibers und der Behörde in Verbindung mit den verfahrensspezifischen technischen Abläufen ein Optimum an Leistung bei einem Minimum an Schadstoffbelastungen zu erzielen. Das betonte Stadtrat Johann HATZL am Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeisters.

Begutachtung durch internationale Experten

Hatzl hat deshalb eine Gruppe von international anerkannten Fachleuten aus dem In- und Ausland eingeladen, die vorliegenden Firmenvorschläge zu beurteilen.

Es handelt sich dabei um ao. Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. techn. Alber HACKL (Leiter der Abteilung Anlagentechnik am Institut für Verfahrenstechnik und Technologie der Brennstoffe an der Technischen Universität Wien sowie Zivilingenieur für Gas und Feuerungstechnik), Senatsrat Dipl.-Ing. Helmut LÖFFLER (Leiter des Luftreinhaltereferates der Magistratsabteilung Umweltschutz, Wien), Dr. Anton STETTLER (Sektionschef im Bundesamt für Umweltschutz Bern, Schweiz), Prof. DDr. Wolfgang STRUNZ (Mikrobiologe, Chemiker und Pharmazeut, Allg. beeid. Sachverständiger für Natur- und Umweltschutz, Pharmazeutische, Kosmetische und Anorganische Chemie, Wien), Dipl.-Ing. Frans VAN DER BRUGGHEN (N.V.tot Keuring van Electrotechnische Materialen, Arnheim, Niederlande), Prof. Dr. Jürgen WOLFRUM (Ordinarius für Physikalische Chemie an der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg, BRD), ao. Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. techn. Werner WRUSS (Institut für Chemische Technologie Anorganischer Stoffe an der Technischen Universität Wien und Zivilingenieur für Technische Chemie).

Einhellige Expertenmeinung

Die angeführten Experten sprechen an die Geschäftsleitung der Heizbetriebe Wien GesmbH. (HBW) einstimmig die Empfehlung aus, für den Einbau der Rauchgasreinigungsanlage in der Müllverbrennung Wien-Spittelau unter Zugrundelegung von Kosten, Leistungen und Risiken das Angebotspaket der Firma Simmering-Graz-Pauker AG (SGP) heranzuziehen; wobei ein Gesamtkomplex von Lösungen für Rauchgasreinigung, Abwasserbehandlung und feste Reststoffe angeboten wird.

Das Ergebnis der Expertenberatungen wird im Rahmen eines Informationsgespräches, das am Freitag, dem 15. Jänner, bei der Heizbetriebe Wien GesmbH. stattfinden wird, allen mit dem Themenkomplex „Müllverbrennungsanlage Spittelau“ Befassten dargelegt werden. Dieser Kreis umfaßt die Mitglieder des Gemeinderatsausschusses für Verkehr und Energie, die betroffenen Bezirksvertretungen, die Geschäftsführung und den Aufsichtsrat der Heizbetriebe Wien GesmbH. sowie Fachleute von den Wiener Stadtwerken und den einschlägigen Dienststellen des Magistrats.

Müllverbrennungsanlage Spittelau erhält auch ein DeNOx-System

Die Expertengruppe wurde auch, den entsprechenden Ankündigungen von Bürgermeister Dr. Zilk und Stadtrat Hatzl folgend, mit der Thematik befaßt, ein DeNOx-System zu überlegen.

In den Ausschreibungsunterlagen war den Anbotslegern aufgetragen worden, bei der Konzeption der Rauchgaswäsche den Platz für ein später einzubauendes DeNOx-System zu berücksichtigen; beide Anbotsleger haben diesem Wunsch entsprochen.

Die Expertenkommission ist im Zuge ihrer bisherigen Arbeit zu dem Ergebnis gekommen, daß es günstiger wäre, bei der Wiedererrichtung der Rauchgasreinigung in der Spittelau gleichzeitig auch ein DeNOx-System zu errichten.

Bei Bewährung in der Praxis würde auch bei der Müllverbrennungsanlage Flötzersteig der Einbau einer solchen Anlage vorgenommen werden.

Damit machen die Heizbetriebe Wien einen weiteren entscheidenden Schritt in Richtung umweltqualitativ hochwertige Müllverbrennungsanlagen. Und zugleich wird damit im Sinne des Anliegens, Wien zur Umweltmusterstadt zu machen, ein wichtiger Beitrag zur weiteren Hebung der Lebensqualität durch eine weitere deutliche Senkung der Umweltbelastung geleistet, schloß Haztl. (Schluß) roh/bs

Forts. von Blatt 44

Obersenatsrat Bechyna wird Wiens neuer Stadtbaudirektor

Wien, 12.1. (RK-KOMMUNAL) Bürgermeister Dr. Helmut ZILK stellte am Dienstag in seinem Pressegespräch den designierten neuen Stadtbaudirektor Obersenatsrat Dipl.-Ing. Herbert BECHYNA vor. Bechyna wird die Nachfolge von Stadtbaudirektor Dipl.-Ing. Ernst FILZ antreten, der Ende März in den Ruhestand tritt.

Wie Zilk betonte, wird durch die bereits jetzt erfolgte Designierung des künftigen neuen Stadtbaudirektors gewährleistet, daß der Wechsel in dieser wichtigen Funktion reibungslos, ohne Unterbrechung und mit einer entsprechenden Einarbeitungszeit des Nachfolgers vor sich geht.

Obersenatsrat Dipl.-Ing. Herbert Bechyna, Jahrgang 1928, studierte an der Technischen Hochschule in Wien Architektur und trat nach einer zweijährigen Tätigkeit in der Privatwirtschaft 1956 in den Dienst der Stadt Wien (Baupolizei). 1977 wurde er zum Leiter der Magistratsabteilung 37, 1981 zum Leiter der Gruppe Baupolizei in der Stadtbaudirektion bestellt. In diesen Funktionen war Bechyna umfassend praktisch mit dem gesamten Baugeschehen im Bereich der Stadt Wien befaßt.

Stadtbaudirektor Dipl.-Ing. Ernst Filz, Jahrgang 1923, trat nach dem Studium an der Technischen Hochschule Wien, Fakultät für Bauingenieurwesen, 1950 in den Dienst der Stadt Wien. 1963 wurde er Leiter der Magistratsabteilung 23 (Gebäude des Gesundheitswesens), 1967 Leiter der Gruppe Hochbau, 1969 Leiter der Gruppe Baukoordinierung und Allgemeines in der Stadtbauamtsdirektion. Seit 1974 neuerlich Leiter der Gruppe Hochbau, erfolgte 1981 seine Bestellung zum Stadtbaudirektor. (Schluß) ger/gg

Frauenservicestelle: Telefon 48 70 66

Wien, 12.1. (RK-KOMMUNAL) Die Frauenservicestelle im Büro von Stadträtin Christine SCHIRMER im Rathaus, 6. Stiege, Halbstock, Zimmer 231, ist ab sofort unter der Telefonnummer 48 70 66 zu erreichen. Mit der Geschäftsgruppe Konsumentenschutz, Recht und Bürgerdienst wurde erstmals in der Geschichte der Stadt ein Ressort geschaffen, das der Bedeutung der Frauenfragen besonders Rechnung trägt. Auf diese Frauenservicestelle und die neue Telefonnummer wies Stadträtin Christine Schirmer Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeisters hin: Hilfe bei Problemen gehört ebenso zu den Aufgaben der Frauenservicestelle wie Kontaktgespräche mit Frauengruppen, Hilfe bei Frauenprojekten oder ganz einfach die Förderung der positiven Mitgestaltung durch Frauen. Die Mitarbeiterinnen sind jeweils Montag bis Freitag von 8.30 bis 15 Uhr und am Donnerstag bis 18 Uhr für alle Fragen, Wünsche und Probleme da. (Schluß) hrs/gg

Radwege werden von der MA 48 nicht bestreut

Wien, 12.1. (RK-KOMMUNAL) Zur Aufforderung von GR. Mag. Robert KAUER (ÖVP), raschest dafür zu sorgen, daß bei Glatteissituationen auch die Radwege gestreut werden sollten, stellt die für den Winterdienst zuständige MA 48 fest, daß im Gemeinderatsausschuß Umwelt und Bürgerdienst im Jänner 1987 einstimmig ein Bericht angenommen wurde, in dem es heißt, daß die MA 48 mit der Schneebeseitigung auf Fahrbahnen von Straßenzügen mit erhöhter Verkehrsbedeutung und öffentlichem Verkehr sowie der Bestreuung der Fußgängerübergänge und Fahrbahnen bei Glätte einen wesentlichen Sicherheitsbeitrag für die überwiegende Mehrheit von Verkehrsteilnehmern, die üblicherweise während der winterlichen Jahreszeit im Straßenbild anzutreffen sind, leistet. Eine zusätzliche Bestreuung von Radwegen im Winter könnte nur unter Einschränkung des bisherigen Aufgabenumfanges oder bei Einsatz von Fremdpersonal vorgenommen werden, was im Hinblick auf die erheblichen Mehrkosten im Vergleich zur Anzahl der bei Schnee und Eis radfahrenden Verkehrsteilnehmer nicht gerechtfertigt erscheint. (Schluß) du/bs

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Fred Vavrašek, Verlags- und Herstellungsort Wien,
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zelle. Auf Recyclingpapier gedruckt!

Mittwoch, 13. Jänner 1988

Blatt 49

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Alle Glassammelwagen haben 2-Kammer-System (50/FS: 12.1.)
- Auch städtische Dienststellen sollen dezentralisiert werden (51/FS: 12.1.)
- Neue Flächenwidmungspläne (52)
- Weitere Aufschließung von Betriebsbaugebieten (53)
- „Meldewesen“ und „Straßennamen“ im Bezirksmuseum Margareten (54)
- Schlachtbetrieb St. Marx: Höchste Zahl an Rinderschlachtungen seit Jahren (55)

Kultur:

- 4. Wiener internationales Tanzfestival „Tanz '88“ (56)

Alle Glassammelwagen haben 2-Kammer-System

Wien, 12.1. (RK-KOMMUNAL) Zu einer Aussendung von GR. Mag. Hilmar KABAS (FPÖ) über eine angebliche Vermischung von Weiß- und Buntglas bei der getrennten Müllsammlung stellt die MA 48 fest: Grundsätzlich haben alle Glassammelwagen ein 2-Kammer-System, getrennt nach Weiß- und Buntglas. Das in der Aussendung erwähnte Fahrzeug ist ein altes Modell, bei dem die Trennung von außen nicht erkennbar ist. Die neuen Modelle sind weiß und grün lackiert, um das 2-Kammer-System auch äußerlich erkennbar zu machen. Außerdem weist eine Aufschrift auf die Glastrennung hin. (Schluß) du/bs

Bereits am 12. Jänner 1988
über Fernschreiber ausgesendet!

Auch städtische Dienststellen sollen dezentralisiert werden

Wien, 12.1. (RK-KOMMUNAL) Zur Kritik von ÖVP-Stadtrat Komm.-Rat Wilhelm NEUSSER an der Anmietung von Büroräumen der Möbelfirma Lutz in Wien 3, Kelsenstraße, durch die Stadt Wien, um darin Teile der Magistratsabteilung 27 und 52 unterzubringen, erklärte Wohnbaustadtrat Rudolf EDLINGER, daß die Dezentralisierung der Stadtverwaltung auch eine Dezentralisierung der Wohnhäuserverwaltung und damit städtischer Dienststellen sinnvoll und notwendig mache. Der Kauf des ehemaligen Eichamtes in der Landesgerichtsstraße widerspreche dem Prinzip, mit den Verwaltungsstellen näher zum Bürger zu kommen.

Diese Kritik komme sehr überraschend, so Edlinger, da die ÖVP der Anmietung der Sitzung des Stadtsenats zugestimmt hat. Unrichtig sei außerdem, daß dieser Standort mit öffentlichen Verkehrsmitteln nicht günstig zu erreichen sei. In unmittelbarer Nähe des Möbelhauses und der künftigen Magistratsdienststellen, die für die Verwaltung und Erhaltung der städtischen Wohnhäuser des 3., 4., 10. und 11. Bezirkes zuständig sein werden, befindet sich eine Haltestelle der Straßenbahnlinie 18. (Schluß) ah/bs

Bereits am 12. Jänner 1988
über Fernschreiber ausgesendet!

Neue Flächenwidmungspläne

Wien, 13.1. (RK-KOMMUNAL) Insgesamt drei neue Flächenwidmungspläne für Teile des 3. und des 23. Bezirks sowie der Plan über eine Bausperre im 17. Bezirk liegen vom 14. Jänner bis 11. Februar zur öffentlichen Einsicht und Stellungnahme auf. Die Auflagezeiten in der Magistratsabteilung 21, Wien 1, Rathausstraße 14-16, 2. Stock: Montag bis Freitag zwischen 8 und 15.30 Uhr, an den „langen Donnerstagen“ bis 17.30 Uhr.

Der Plan im 3. Bezirk betrifft einen Teilbereich des Arsenalts. Es sollen die Voraussetzungen geschaffen werden, das Ensemble des „Alten Arsenalts“ zu ergänzen. Der Neubau soll dem Gebäude des Heeresgeschichtlichen Museums ähnlich sein und ein altes Garagengebäude ersetzen.

In Kalksburg, an der Breitenfurter Straße nahe der Grenzgasse, soll die bestehende Sportanlage auch im Flächenwidmungs- und Bebauungsplan ausgewiesen werden. Außerdem ermöglicht es dieser Plan, den Wald- und Wiesengürtel in diesem Bereich auszuweiten und die Erholungsfunktion sicherzustellen.

In Mauer betrifft der Plan ein 43 Hektar großes Gebiet zwischen Rodauner Straße und Dreiständegasse/Rittlergasse einerseits sowie Maurer Lange-Gasse und Josef-Bühl-Gasse andererseits. Ziele sind die Erhaltung des charakteristischen Erscheinungsbildes dieses Stadtteiles sowie die Ausweisung einer Schutzzone im Bereich Maurer Lange-Gasse.

In Dornbach soll eine zeitlich begrenzte Bausperre zwischen Dornbacher Straße und Promenadegasse verhängt werden. Unter anderem soll während dieser Bausperre geprüft werden, wie weit Einschränkungen der Ausnützbarkeit von Bauplätzen notwendig sind, um die Wohnqualität des Gebietes zu erhalten. Außerdem sollen die Bebauungsbestimmungen so gefaßt werden, daß sie den Voraussetzungen genügen, die in der (bereits festgesetzten) Schutzzone zu beachten sind. (Schluß) and/bs

Weitere Aufschließung von Betriebsbaugebieten

Wien, 13.1. (RK-KOMMUNAL) Im Zusammenhang mit den vom Wiener Wirtschaftsförderungsfonds initiierten Betriebsansiedlungen bzw. -neugründungen ist eine laufende Aufschließung von Betriebsbaugebieten erforderlich.

Der für die Geschäftsgruppe Verkehr und Energie zuständige Stadtrat, Johann HATZL, kündigte gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“ eine zügige Realisierung von Aufschließungsvorhaben im heurigen Jahr an.

Einen der Schwerpunkte werden dabei die ehemaligen „Draschegründe“ bilden; und zwar im 23. Bezirk in den Bereichen Richard-Strauss-Straße, Lamezanstraße, Traviatagasse sowie Kolpingstraße, Slamastraße, Pfarrgasse („Draschegründe-West“); weiters in der Tenschertstraße und der Kolbegasse („Draschegründe-Ost“). Außerdem erfolgen im 23. Bezirk Aufschließungsarbeiten in der Seybelgasse und in der Carlberggasse (Industriegelände Liesing).

Andere Vorhaben umfassen an der Grenze zwischen dem 10. und dem 23. Bezirk das Betriebsbaugebiet „Aldergründe“ (Sulzengasse) sowie im 21. Bezirk im Zuge der Aufschließung des Betriebsbaugebiets „Simmering-Graz-Pauker“ die gewidmete Verkehrsfläche von der Brünner Straße bis Ende Schnellstraße B 3 und schließlich im 22. Bezirk den Bahnweg im Rahmen der Aufschließung des Betriebsbaugebietes „Flughafen Aspern“.

(Schluß) pz/gg

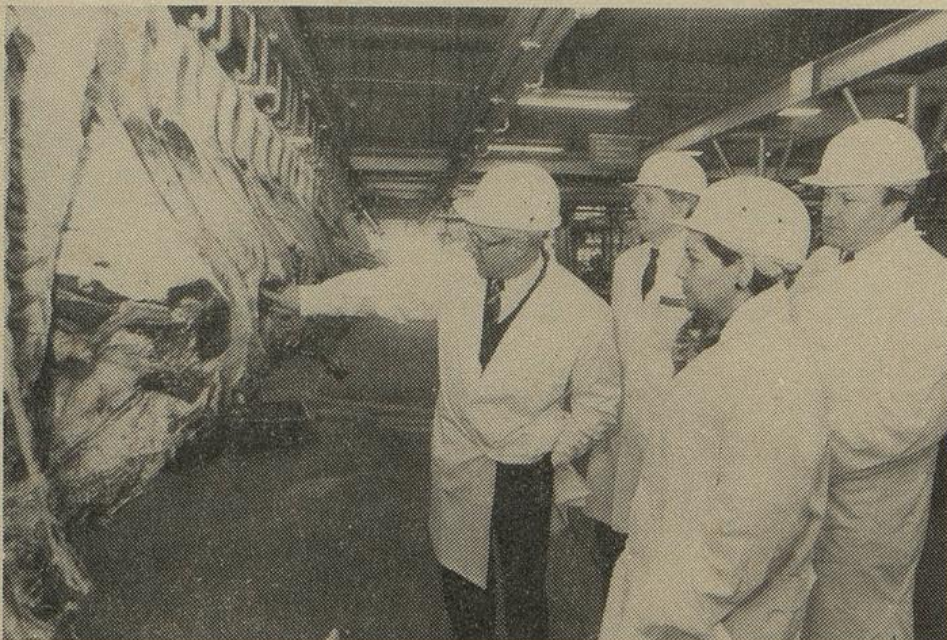
„Meldewesen“ und „Straßennamen“ im Bezirksmuseum Margareten

Wien, 13.1. (RK-LOKAL) Die vom Wiener Stadt- und Landesarchiv gestalteten Ausstellungen „Wohnhaft in Wien. Geschichte und Bedeutung des Meldewesens“ und „Wiener Straßennamen“ sind nun bis 31. März, Montag bis Mittwoch und Freitag, von 8 bis 15.30 Uhr, sowie Donnerstag, von 8 bis 18 Uhr, im Bezirksmuseum Margareten, 5, Schönbrunner Straße 54, zu sehen.

Die kleinen Ausstellungen werden am Donnerstag, dem 14. Jänner, um 18 Uhr, von Bezirksvorsteher Johann WALTER nach einleitenden Worten von Dr. Wolfgang MAYER (Wiener Stadt- und Landesarchiv) eröffnet. (Schluß) am/bs

Schlachtbetrieb St. Marx: Höchste Zahl an Rinderschlachtungen seit Jahren

Wien, 13.1. (RK-KOMMUNAL) Die seit Jahren höchste Schlachtungsquote bei Rindern verzeichnete der Schlachtbetrieb St. Marx im Jahr 1987. Auch bei den Fleischzerlegearbeiten gab es eine kräftige Steigerung auf über eine Million Kilogramm. „Dank der strengen Hygienemaßnahmen und der exakten Fleischkontrollen können die Wiener sicher sein, daß das in St. Marx produzierte Fleisch stets einwandfrei ist. Der hohe Standard des städtischen Schlachthofes wird uns auch von der fleischverarbeitenden Industrie bestätigt“: Das betonte Konsumentenstadträtin Christine SCHIRMER, die kürzlich mit Gewerkschaftspräs. Fritz VERZETNITSCH und Vizepräsident Nationalrat Rudolf PÖDER den Markt- und Schlachtbetrieb St. Marx besichtigte, Mittwoch gegenüber der „RATHAUS-KORRESPONDENZ“. So wurde z. B. auch von den leitenden Managern des Konsum, der größte Fleischbetrieb Österreichs, bei einem Betriebsbesuch bestätigt, daß der Wiener Schlachthof optimal für die Frischfleischverarbeitung ist.



Der Schlachtbetrieb St. Marx ist einer der letzten kommunalen Schlachtbetriebe Österreichs und bildet gemeinsam mit dem Fleischgroßmarkt das Fleischzentrum St. Marx. Im vergangenen Jahr wurden hier 34.229 Rinder — die höchste Schlachtquote seit vielen Jahren — außerdem knapp 85.000 Schweine — der Schweinefleischkonsum dürfte in Österreich zurückgehen —, 1.900 Kälber, über 1.700 Schafe, über 500 Lämmer und rund 500 Pferde und Fohlen geschlachtet.

Insgesamt 1,134.949 Kilogramm Fleisch wurden verarbeitet, das sind um 34 Prozent mehr als 1986 und um 67 Prozent mehr als im Jahr 1985.

Im Fleischgroßmarkt selbst wird ein Drittel des gesamten Wiener Fleischaufkommens vermarktet. Für die hohe Fleischqualität und Hygiene sorgen nicht allein die strengen hygienischen Maßnahmen, sondern auch die Tierärzte der Stadt, die den Gesundheitszustand der angelieferten Tiere ständig kontrollieren und die der Schlachtung folgenden Fleischuntersuchungen vornehmen. Die Stadt Wien beschäftigt — im Gegensatz zu vielen anderen Schlachthöfen speziell im Ausland — ausgebildete Fleischhauer und nicht angelernte Kräfte, außerdem sind, wie erwähnt, die Tierärzte bei jeder Schlachtung dabei. Auch bei dem aus anderen Bundesländern angelieferten Fleisch, das bereits im „Ursprungs-Bundesland“ untersucht wurde, werden neuerliche Kontrollen durchgeführt. Das gilt selbstverständlich auch für Auslandsware. Die strengen Maßnahmen garantieren, daß auf dem Fleischgroßmarkt in St. Marx nur Fleisch bester Qualität angeboten wird. Der Dienstleistungsbetrieb Markt- und Schlachtbetrieb St. Marx erfüllt auch die EG-Normen, mit denen spezielle Anforderungen auch an die Schlachtung gestellt werden. (Schluß) hrs/bs

4. Wiener Internationales Tanzfestival „Tanz '88“

Wien, 13.1. (RK-KULTUR) Bürgermeister Dr. Helmut ZILK, Kulturstadtrat Dr. Ursula PASTERK und Dr. Gerhard BRUNNER stellten am Mittwoch in einem Pressegespräch das Programm des Tanzfestivals „Tanz '88“ vor. Insgesamt finden vom 13. Februar bis 26. März 70 Vorstellungen im Theater an der Wien, in der Wiener Staatsoper, der Secession, dem Theater im Künstlerhaus und dem Theater-Brett statt, wobei renommierte internationale Truppen ebenso vertreten sind wie Vertreter der Tanzavantgarde im Zyklus „New Dance/New Wave“.

Bürgermeister Zilk wies auf die Bedeutung des Wiener Tanzfestivals und die damit verbundene Aufwertung des Tanzes im Wiener Kulturleben hin. Mit einem Rudolf-Nurejew-Stipendium anlässlich des 50. Geburtstages des großen Tänzers — jungen Wiener Tänzern sollen damit Auslandsaufenthalte an wichtigen Tanzakademien ermöglicht werden — und einem Festivalfonds zur Einladung junger Choreographen aus dem Donauraum während des Festivals sollen weitere Beiträge zur Förderung des Tanzes in Wien und auch zur Stellung der Stadt als kulturelle Drehscheibe geleistet werden.

„Tanz '88“ wird am 13. Februar vom Joffrey Ballet im Theater an der Wien eröffnet, das drei verschiedene Programme zeigt. Das Wien der Jahrhundertwende aus amerikanischer Sicht präsentiert die Music-Theatre Group mit der Produktion „Vienna:Lusthaus“. Es folgt das Nederlands Dans Theater mit Choreographien von Jiri Kylian und Nacho Duato und schließlich die „Jose Limon Dance Company“, eine klassische Truppe des Modern Dance, die zwei Programme zeigt.

In der Secession treten im Rahmen von „New Dance/New Wave“ drei europäische und drei amerikanische Gruppen auf. Steve Paxton, Susan Marshall und Company und der Stephen Petronio Company — alle aus New York — stehen Sosta Palmizi aus Italien, Studio DM aus Paris und die Laokoon Dance Group gegenüber. Ebenfalls in der Secession zeigt das Ballett der Wiener Staatsoper eine „Hommage a Rosalia Chladek“. Im Nachtprogramm ist das „Conjunto Folklorico Nacional de Cuba“ zu sehen. Österreichs Avantgarde ist durch das Tanztheater Homunculus vertreten, das im Theater Brett „Glückliche Tage“ zeigt. Bernd R. Bienert choreographiert mit den Tänzern der Wiener Staatsoper im Künstlerhaus das Dostojewski-Ballett „Der Idiot“. Im eigenen Haus zeigt die Staatsoper eine Reihe von Programmen von der traditionellen „Puppenfee“ bis zum von Ruth Berghaus choreographierten „Orpheus“.

Der Kartenvorverkauf beginnt am 23. Jänner. Karten für alle Vorstellungen außer im Theater Brett sind im Theater an der Wien erhältlich. (Schluß) gab/bs

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Fred Vavrousek, Verlags- und Herstellungsort Wien.
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zelle. Auf Recyclingpapier gedruckt!

Donnerstag, 14. Jänner 1988

Blatt 57

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Listerien in zwei österreichischen Käsesorten (58/FS: 13.1.)
- 65 Jahre Pädagogisches Institut der Stadt Wien (60)
- Vorzeitige Rückzahlung von Wohnbaudarlehen (61)
- Gemeinderatsausschuß Konsumentenschutz, Frauenfragen, Recht und Bürgerdienst konstituiert (62)

Kultur:

- 70. Geburtstag von Gottfried von Einem (59)
- „Cats“-Bilanz: 1,3 Millionen Besucher, 1.283 Vorstellungen (59)

Listerien in zwei österreichischen Käsesorten

Wien, 13.1. (RK-KOMMUNAL) In zwei in Österreich erzeugten Käsesorten wurden Listerien gefunden. Das Wiener Marktamt wurde sofort vom Gesundheitsministerium verständigt und ist schon tätig — ergänzend zur bereits eingeleiteten Rückholaktion der betroffenen Molkereien —, die entsprechenden Käseprodukte einzuziehen. (Schluß) hrs/bs

Bereits am 13. Jänner 1988
über Fernschreiber ausgesendet!

70. Geburtstag von Gottfried von Einem

Wien, 14.1. (RK-KULTUR) Der Komponist Gottfried VON EINEM wurde am 24. Jänner 1918 in Bern als Sohn des dortigen österreichischen Militärattaches geboren. Schon früh begann er zu komponieren. 1941 bis 1943 studierte er Musik in Berlin bei Boris Blacher. Praktische Erfahrungen sammelte er seit 1938 als Korrepetitor an der Berliner Staatsoper und als Assistent bei den Bayreuther Festspielen. Von Berlin übersiedelte er 1944 nach Dresden als künstlerischer Berater der Staatsoper, wo im gleichen Jahr auch sein op. 1, das Ballett „Prinzessin Turandot“ uraufgeführt wurde.

Der internationale Durchbruch gelang 1947, als seine Oper „Dantons Tod“ nach dem Schauspiel von Georg Büchner bei den Salzburger Festspielen uraufgeführt wurde. Einem wohnte nun mehrere Jahre bei Salzburg, wurde 1948 in das Direktorium der Festspiele berufen, wurde Lektor der Wiener Konzerthausgesellschaft, wo er auch seine neusten Kompositionen vorstellen konnte, und erzielte mit der Uraufführung der Oper „Der Prozeß“ nach Kafka 1953 in Salzburg abermals einen durchschlagenden Erfolg.

1953 übersiedelte Einem nach Wien, wo weitere wichtige Werke (das Ballett „Medusa“, die Oper „Der Zerrissene“) entstanden. Neben einer Reihe von Kammermusik und Liedern hatte 1971 die Oper „Der Besuch der alten Dame“ großen Erfolg. 1976 wurde die Oper „Kabale und Liebe“ uraufgeführt. Die Kantate „An die Nachgeborenen“ erklang 1975 als Festkonzert der UNO.

Neben Vokalwerken, Liedern und Streichquartetten ist es zuletzt die 1980 uraufgeführte Oper „Jesu Hochzeit“ gewesen, die Einem besonders in den Blickpunkt der Öffentlichkeit gerückt hat. Einem war auch Professor an der Wiener Musikhochschule. (Schluß) red/bs

„Cats“-Bilanz: 1,3 Millionen Besucher, 1.283 Vorstellungen

Wien, 14.1. (RK-KULTUR) Andrew Lloyd Webber's Musical „Cats“ im Theater an der Wien steuert nach wie vor auf Rekordkurs. Im Jahre 1987 registrierte man an der Wienzeile bei 276 Vorstellungen insgesamt 295.477 Besucher, das entspricht einer Auslastung von 98,85 Prozent.

Dazu kamen bei einem Gastspiel in Ostberlin 15 Vorstellungen — die ausverkauft waren — mit 18.120 Besuchern.

Vom 18. September 1983 bis 31. Dezember 1987 gab es 1.283 Vorstellungen mit 1,378.573 Besuchern. Die durchschnittliche Auslastung betrug 99,10. Prozent. (Schluß) wh/gg

65 Jahre Pädagogisches Institut der Stadt Wien

Wien, 14.1. (RK-KOMMUNAL) Eine Festveranstaltung fand Mittwoch nachmittag anlässlich des 65. Jahrestages der Wiedereröffnung und des 120jährigen Gündungsjubiläums des Pädagogischen Institutes der Stadt Wien statt. Vizebürgermeisterin Ingrid SMEJKAL präsentierte in Anwesenheit von Stadtschulratspräsident Prof. Hans MATZENAUER sowie zahlreicher Ehrengäste das Victor-Fadrus-Archiv des Pädagogischen Institutes. Victor Fadrus hat als enger Mitarbeiter Otto Glöckels die Wiener Schulreform entscheidend mitbestimmt. Eine aus den Beständen des Archivs zusammengestellte Ausstellung wird bis 29. Jänner in der Aula des Pädagogischen Institutes in Wien 7, Burggasse 14-16 gezeigt. (Schluß)
jel/bs

Vorzeitige Rückzahlung von Wohnbaudarlehen

Wien, 14.1. (RK-KOMMUNAL) Bei der Magistratsabteilung 50 (Wohnbauförderung) können Anträge auf vorzeitige begünstigte Rückzahlungen von Wohnbaudarlehen für Eigentumswohnungen und Eigenheime eingebracht werden, die nach den Wohnbauförderungen 1954 und 1968, aber vor dem 1.1.1980 gewährt bzw. zugesichert wurden. Die Aktion läuft bis Jahresende 1988.

Die Begünstigung besteht in Form eines Nachlasses, der bei einer Restlaufzeit des Darlehens von mindestens 20 Jahren 50 Prozent beträgt, bei 10 bis unter 20 Jahren 40 Prozent und bei weniger als 10 Jahren 30 Prozent des aushaftenden Betrages.

Zur Antragstellung bei der MA 50 (1082 Wien, Rathausstraße 2) sind ein Grundbuchsauszug sowie eine Bestätigung der Hausverwaltung über geleistete Zahlungen bzw. eine Bestätigung, daß keine Zahlungsrückstände bestehen, beizubringen.

Ferner ist zu beachten, daß allfällige Eigenmittlersatzdarlehen nachweislich zur Gänze zurückgezahlt worden sind, und daß allfällige Annuitätzuschüsse oder Wohnbeihilfen eingestellt werden. Zu empfehlen ist, mögliche steuerliche Begünstigungen (Sonderausgaben) mit dem Finanzamt zu klären.

Vorzeitig begünstigt rückgezahlt können auch jene Zusatzdarlehen des Landes Wien werden, die zwischen 1951 und 1968 im Anschluß an Darlehen des Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds gewährt wurden. Die Antragstellung erfolgt gemeinsam mit dem Antrag auf Rückzahlung der Bundes-Darlehen.

Die Möglichkeit einer vorzeitigen begünstigten Rückzahlung von Wohnbaudarlehen gilt **nicht** für Gemeinde-, Miet- oder Genossenschaftswohnungen. (Schluß) ah/gg

Gemeinderatsausschuß Konsumentenschutz, Frauenfragen, Recht und Bürgerdienst konstituiert

Wien, 14.1. (RK-KOMMUNAL) Der Gemeinderatsausschuß Konsumentenschutz, Frauenfragen, Recht und Bürgerdienst trat, heute, Donnerstag zu seiner ersten Sitzung zusammen. Zum Vorsitzenden dieses Gemeinderatsausschusses — die entsprechende Geschäftsgruppe wird von Stadträtin Christine SCHIRMER geleitet — wurde Gemeinderat Mag. Herbert ZIMA (SPÖ), zu seinen Stellvertretern Frau Gemeinderat Maria PAUL (SPÖ) und Gemeinderat Univ.-Prof. Dr. Manfred WELAN (ÖVP) gewählt. (Schluß) hrs/gg

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861



Ingressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Fred Vavrousek, Verlags- und Herstellungsort Wien.
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt

Freitag, 15. Jänner 1988

Blatt 63

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Neuer Leiter der 4. Psychologischen Abteilung der Baumgartner Höhe (64/FS: 14.1.)
- Terminvorschau vom 18. bis 29. Jänner 1988 (65/66)
- Neues Infoblatt: „Hand in Hand“ bei lockeren Dachziegeln (68)
- Gemeinderatsausschuß Stadtentwicklung und Stadtplanung konstituiert (69)
- Schöpfwerk: Neue Fenster statt Instandsetzung der alten (69)

Kultur:

- 100. Geburtstag von Vicki Baum (67)

Neuer Leiter der 4. Psychiatrischen Abteilung auf der Baumgartner Höhe

Stadtrat Stacher zur Psychiatriereform

Wien, 14.1. (RK-KOMMUNAL) Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER führte Donnerstag vormittag den neuen Leiter der 4. Psychiatrischen Abteilung im Psychiatrischen Krankenhaus der Stadt Wien — Baumgartner Höhe, Primarius Dr. Stephan LIBISCH, in sein Amt ein. Primarius Libisch war zuletzt ärztlicher Leiter der Psychosozialen Station Hernals und ständiger Vertreter des Chefarztes des Psychosozialen Dienstes. Er tritt die Nachfolge von Primarius Dr. Gerhard FELGER an, der seit 1973 Leiter dieser Abteilung und seit 1977 Stellvertreter des ärztlichen Direktors des Krankenhauses war und nun in den Ruhestand getreten ist.

Stadtrat Stacher erinnerte in seiner Ansprache an die Wiener Psychiatriereform, an der auch der neue Abteilungsleiter mitgearbeitet hat. Es ist noch nicht so lange her, daß Patienten oft viele Jahre in psychiatrischen Krankenhäusern verbringen mußten, obwohl es nicht unbedingt notwendig war. Durch den Aufbau einer Außenversorgung, des Psychosozialen Dienstes, können heute sehr viele Patienten ambulant betreut werden. Gerade bei psychisch Erkrankten ist die soziale Betreuung manchmal fast wichtiger als die medizinische Behandlung.

Der Gesundheitsstadtrat betonte, daß es nicht das Ziel der Psychiatriereform war, die Patienten um jeden Preis aus dem Krankenhaus zu bringen, sondern sie menschlich, sozial und medizinisch bestens zu betreuen. In Wien geht man daher den vernünftigen Mittelweg zwischen der Behandlung im Krankenhaus und der Außenversorgung. Dieser Weg wird international anerkannt — mehr als in Österreich. Er bringt nicht nur Vorteile für die Patienten, sondern auch für die Stadt Wien. Da im Psychiatrischen Krankenhaus Baumgartner Höhe weniger Patienten zu betreuen sind, werden Gebäude frei, die zu Pflegeheimen umgebaut werden können. (Schluß) sc/bs

Bereits am 14. Jänner 1988
über Fernschreiber ausgesendet!

Terminvorschau vom 18. bis 29. Jänner 1988

Wien, 15.1. (RK-KOMMUNAL) In der Zeit vom 18. bis 29. Jänner hat die „RATHAUSKORRESPONDENZ“ vorläufig folgende Termine vorgemerkt (Änderungen vorbehalten):

MONTAG, 18. JÄNNER:

9.00 Uhr, Gemeinderatsausschuß Bildung, Jugend, Familie und Soziales

10.30 Uhr, Überreichung der Skrap-Preise (StR. Dr. Pasterk, Volkstheater)

10.30 Uhr, Presseführung durch die Ausstellung „Vuk Stefanovic Karadzic“ (Volkshalle)

11.00 Uhr, Pressegespräch der ÖVP (Cafe Landtmann)

17.00 Uhr, Vertragsunterzeichnung „Abfallwirtschaftsverbund Ost-Planungs-Ges.m.b.H.“, LH-Stv. Pröll, LH-Stv. Mayr, StR. Braun (NÖ-Landesregierung)

DIENSTAG, 19. JÄNNER:

11.30 Uhr, Pressegespräch des Bürgermeisters (PID)

14.00 Uhr, Gemeinderatsausschuß Gesundheits- und Spitalswesen

14.30 Uhr, Gemeinderatsausschuß Verkehr und Energie

16.00 Uhr, Ausstellungseröffnung „Vuk Stefanovic Karadzic“ durch StR. Dr. Pasterk (Volkshalle)

MITTWOCH, 20. JÄNNER:

11.00 Uhr, Festakt anl. „25jähriges Bestehen des Militärkommandos Wien“, Vbgm. Mayr und Militärkomm. von Wien (Wappensaal, Rathaus)

17.00 Uhr, Überreichung von Urkunden an das Wiener Kontingent von UNO-Soldaten, Rotation Jänner 1988 — Syrien durch StR. Hatzl (Steinerner Saal, Rathaus)

DONNERSTAG, 21. JÄNNER:

9.00 Uhr, Tunneldurchschlag im Bauabschnitt U 3/2 „Schlachthausgasse“, StR. Hatzl (3, gegenüber Kleingasse 2)

11.30 Uhr, Pressekonferenz StR. Dr. Pasterk und Generalmusikdirektor Claudio Abbado „Wien Modern“ (Teessalon der Wiener Staatsoper, Publikumseingang Ecke Ring, Kärntner Straße)

12.00 Uhr, Enquete „Aspekte moderner Jugend- und Familienerholung“, Vbgm. Smejkal (Wappensaal, Rathaus)

FREITAG, 22. JÄNNER:

10.00 Uhr, Gemeinderatsausschuß Finanzen und Wirtschaftspolitik

MONTAG, 25. JÄNNER:

10.00 Uhr, Feier des 40jährigen Dienstjubiläums städtischer Bediensteter mit Bgm. Zilk (Wappensaal, Rathaus)

10.00 Uhr, Pressekonferenz der Wiener SPÖ (SPÖ-Klub)

11.00 Uhr, Pressekonferenz der Wiener ÖVP (Cafe Landtmann)

13.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung an Prof. Wolfgang Sawallisch durch Bgm. Zilk (Steinerner Saal, Rathaus)

DIENSTAG, 26. JÄNNER:

11.30 Uhr, Pressegespräch des Bürgermeisters (PID)

DONNERSTAG, 28. JÄNNER:

9.00 Uhr, Gemeinderatsausschuß Personal

11.00 Uhr, Pressekonferenz StR. Sallaberger „Donauraumjury“ (Messepalast)

19.00 Uhr, Pressekonferenz der Wiener Holding (Wigast)

FREITAG, 29. JÄNNER:

ab 9.00 Uhr, Wiener Gemeinderat

(Schluß) ger/gal

Forts. von Blatt 65

100. Geburtstag von Vicki Baum

Wien, 15.1. (RK-KULTUR) Die Schriftstellerin Vicki BAUM wurde am 24. Jänner 1888 in Wien geboren. Am Konservatorium wurde sie zur Harfenistin ausgebildet. Seit 1914 begann sie sich nebenbei schriftstellerisch zu betätigen. Von 1926 bis 1931 war sie Redakteurin in Berlin. 1929 wurde Baum mit ihrem Roman „stud. chem. Helene Willführ“ schlagartig berühmt. Anlässlich der Verfilmung ihres erfolgreichsten Buches „Menschen im Hotel“ (mit Greta Garbo) ging sie 1931 nach Hollywood. 1938 erwarb sie die amerikanische Staatsbürgerschaft und schrieb seit damals in englischer Sprache. Sie starb am 29. August 1960 in Hollywood.

Vicki Baum gehörte zu ihren Lebzeiten zu den erfolgreichsten Autoren der Welt. Während der Naziherrschaft waren ihre Bücher in Deutschland verboten. (Schluß) red/gg

Neues Infoblatt: „Hand in Hand“ bei lockeren Dachziegeln**Erhältlich in der Stadtinformation**

Wien, 15.1. (RK-LOKAL) Wenn bei einem Sturm (Falz-)Dachziegel locker werden, besteht die Gefahr, daß sie abstürzen und Passanten verletzen oder geparkte Autos beschädigen. Außerdem riskiert man, daß ein Windstoß Ziegel an der gegenüberliegenden Dachwand herausdrückt und größere Schäden entstehen. Mit einigem Geschick kann man einen solchen Schaden provisorisch auch selbst vom Dachboden aus reparieren, bis fachkundige Dachdecker kommen. Wie das gemacht wird, erläutert ein neues Flugblatt, das im Rahmen der Initiative der Stadt Wien „Hand in Hand“ herausgebracht wurde. Man bekommt es in der Stadtinformation (Telefon 43 89 89) und in allen Bürgerdienst-Außenstellen.

Initiative „Hand in Hand“

„Hand in Hand“, die Initiative der Stadt Wien, soll das Bewußtsein des einzelnen für die Anliegen des Nachbarn und der Gemeinschaft fördern. Dazu gehört auch, daß man nicht unbedingt die Hilfe öffentlicher Institutionen in Anspruch nimmt, wenn man sich ohne Risiko auch selbst helfen kann. Zwar wird man in erster Linie einen Dachdecker rufen, wenn Schäden an der Eindeckung auftreten. Aber bei schweren Stürmen sind Dachdecker oft innerhalb kürzester Zeit tagelang „ausgebucht“, und die Feuerwehr soll nur in echten Notfällen gerufen werden, wenn Personen gefährdet oder große Sachschäden zu befürchten sind. Selbsthilfe kann sich in einer solchen Situation bewähren. Wenn man sich eine solche Selbsthilfe zutraut, kann man sich aus dem neuen Flugblatt Tips holen, wie eine provisorische Instandsetzung erfolgen soll.

Dächer zu decken ist eine Arbeit für Spezialisten, und es wäre falsch bewiesener Mut, selbst auf die Außenseite eines Daches zu klettern. Die Eigenleistung muß beim Zurechtrücken oder vorläufigem Einfügen von Reserveziegeln ein Ende finden. Übrigens: Ein paar Quadratmeter Reserveziegel machen dem Dachdecker die Instandsetzung oft rascher möglich. (Schluß) and/gg

Schöpfwerk: Neue Fenster statt Instandsetzung der alten

39 Millionen Mehrkosten – keine Belastung der Mieter

Wien, 15.1. (RK-KOMMUNAL) In der großen städtischen Wohnhausanlage Am Schöpfwerk in Meidling müssen die Fenster, deren Wärmedämmung nicht mehr den heutigen Ansprüchen und technischen Standards entspricht, saniert werden. Das Programm, dessen Realisierung bereits im Vorjahr voll angelaufen ist, soll bis 1989 abgeschlossen sein. Aufgrund der detaillierten Ausschreibungsergebnisse entschloß man sich dabei zum Einbau völlig neuer Fenster anstelle einer — ursprünglich beabsichtigten, wie sich aber herausstellte, unwirtschaftlicheren und bauphysikalisch ungünstigeren — Instandsetzung der alten. Die Gesamtkosten der gegenwärtigen Arbeiten erhöhen sich durch diese Verbesserung allerdings von 88 Millionen Schilling auf 127 Millionen, die — ohne Belastung der Mieter — aus dem Budget bedeckt werden. Der Gemeinderatsausschuß für Wohnbau und Stadterneuerung erteilte dafür am Freitag seine Genehmigung.

Wohnbaustadtrat Rudolf EDLINGER begründete diese Maßnahme gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“ mit wirtschaftlichen, technischen und bauphysikalischen Überlegungen: „Erst die Ausschreibung der konkreten Arbeiten hat definitiv gezeigt, daß eine Sanierung der alten, unzureichenden Fenster wirtschaftlich und technisch einfach nicht mehr vertretbar gewesen wäre. Deshalb haben wir uns im Interesse der Mieter zum Einbau vollständig neuer Fenster entschlossen, die dem heutigen bauphysikalischen Standard gerecht werden. Die Mehrkosten von 39 Millionen, die diese Maßnahme gegenüber einer bloßen Instandsetzung heute erfordert, rechnen sich langfristig infolge der höheren Wärmedämmung und der längeren Lebensdauer der neuen Fenster“, betonte Edlinger. „Ein unabhängiges Fachinstitut hat in einem Gutachten die Richtigkeit dieser Entscheidung bestätigt.“ (Schluß) ger/gg

Gemeinderatsausschuß Stadtentwicklung und Stadtplanung konstituiert

Wien, 15.1. (RK-KOMMUNAL) Der Gemeinderatsausschuß Stadtentwicklung und Stadtplanung trat heute, Freitag, zu seiner ersten Sitzung zusammen. Zum Vorsitzenden dieses Gemeinderatsausschusses — die entsprechende Geschäftsgruppe wird von Stadtrat Günther SALLABERGER geleitet — wurde Gemeinderat Ing. Horst Georg RIEDLER (SPÖ), zu seinen Stellvertetern Gemeinderat Hans SEVCIK (SPÖ) und Dr. Peter MAYR (ÖVP) gewählt. (Schluß) lf/bs

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Fred Vovrousek, Verlags- und Herstellungsort Wien.
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zelle. Auf Recyclingpapier gedruckt

Montag, 18. Jänner 1988

Blatt 70

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Müllverbrennungsanlage Spittelau: Internationale Expertengruppe erläuterte Entscheidungsgründe (71/FS: 15.1.)
- Vier Millionen für den Sport (72/FS: 15.1.)
- Förderungen aus der Hochschuljubiläumsstiftung (73/FS: 16.1.)
- Wiener Energiepreise sind faire und gerechte Preise (74/FS: 16.1.)
- Sitzungen von Bezirksvertretungen (76)
- Rekordumschlag im Wiener Ölhafen (77)
- Einsatz der Umweltpolizei in aufgelassener Fabrik (79)
- Wiener ÖVP fordert Strompreissenkung um 10 Prozent (80)
- Hatzl: Busek soll seine Unterlagen vorzeigen (80)
- Neuer Leiter der Anästhesiologie in der Poliklinik (82)
- Tagung diskutiert Fortschritt im Straßenbau (83)
- Brand im Wohnzimmer (nur FS)
- Dienstag Pressegespräch des Bürgermeisters (nur FS)

Kultur:

- Eisenbahn-Ausstellung im Bezirksmuseum Brigittenau (75/FS: 17.1.)
- Konstituierung des Kulturausschusses (78)
- Karl-Skraup-Preise überreicht (78)
- Ausstellung „Vuk Stefanovic Karadzic“ in der Volkshalle (81)

Müllverbrennungsanlage Spittelau: Internationale Expertengruppe erläuterte Entscheidungsgründe

Bereits am 15. Jänner 1988
über Fernschreiber ausgesendet

Wien, 15.1. (RK-KOMMUNAL) Unter dem Vorsitz von Energiestadtrat Johann HATZL fand am Freitag bei der Heizbetriebe Wien GesmbH. (HBW) ein ausführliches Informationsgespräch statt, bei dem die Mitglieder der internationalen Expertengruppe ihre Entscheidungsgründe für die Rauchgaswäsche in der Müllverbrennungsanlage Spittelau erläuterten.

Der Teilnehmerkreis an diesem Hearing bestand aus den Mitgliedern des Gemeinderatsausschusses für Verkehr und Energie, den betroffenen Bezirksvorstehern, der Geschäftsführung und Mitgliedern des Aufsichtsrates der HBW sowie Fachleuten aus dem Bereich der Wiener Stadtwerke und verschiedener Magistratsdienststellen.

Die internationale Expertenkommission, bestehend aus ao. Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. techn. Ing. eh. Albert HACKL (Technische Universität Wien), Dipl.-Ing. Senatsrat Helmut LÖFFLER (Leiter des Luftreinhalteverfahrens der Magistratsabteilung Umweltschutz), Dr. Anton STETTLER (Bundesamt für Umweltschutz Bern), Prof. DDr. Wolfgang STRUNZ, Frans van der BRUGGHEN (Kema N.V., Niederlande), Prof. Dr. rer. nat. Jürgen WOLFRUM (Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg), ao. Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. techn. Werner WRUSS (Technische Universität Wien), legte detailliert dar, welche Gründe für die — übrigens einstimmige — Auswahl des Angebotes der Firma Simmering-Graz-Pauker AG maßgeblich waren:

- Die vorhandenen Erfahrungen bezüglich Betrieb und Abscheideleistungen (insbesondere für die umweltproblematischen Feinstäube) von Rauchgaswäschen hinter Müllverbrennungsanlagen
- die zu erwartende größere Betriebssicherheit von Waschtürmen ohne Einbauten,
- die Möglichkeit zur Integrierung eines gut durchdachten und schon in einer Demonstrationsanlage betriebenen Systems zur Behandlung von Rückständen wie Schlacke und Flugasche.

Seitens der Fachleute wurde darauf hingewiesen, daß zur Verhinderung der sogenannten „Vergiftung“ der Katalysatoren die Entstickungsanlage (DeNOx-Anlage), deren Errichtung einen der zentralen Punkte dieses Vorhabens darstellt, erst nach einem abgeschlossenen Probetrieb der Rauchgaswäsche in Betrieb genommen werden kann. Auf dem Gebiet der Rückstandsbehandlung für Schlacke, Asche und Filterkuchen bietet die von SGP entwickelte Technik wirksame Möglichkeiten im Bereich der Volumsreduktion des Filterkuchens, der Nutzung der Basizität und damit Betriebsmitteleinsparungen sowie beim Auswaschen von Schwermetallen.

Nach dem derzeitigen Stand der Dinge ist eine Inbetriebnahme der neuen Anlage im ersten Quartal 1989 zu erwarten. (Schluß) pz/bs

4 Millionen für den Sport

Wien, 15.1. (RK-KOMMUNAL) Der Gemeinderatsausschuß für Umwelt, Freizeit und Sport genehmigte am Freitag 4 Millionen Schilling an Förderungsmitteln für den Sport. Die Subventionen kommen der Wiener Landessportorganisation sowohl zur Förderung des Leistungssports als auch der Fachverbände zugute.

Anerkennung für Müllentsorgung während der Feiertage

Im Rahmen der Sitzung sprachen die Ausschußmitglieder der MA 48 ihren Dank und ihre Anerkennung für die vorbildliche Müllentsorgung während der Weihnachtsfeiertage aus. (Schluß) du/bs

Bereits am 15. Jänner 1988
über Fernschreiber ausgesendet!

Förderung aus der Hochschuljubiläumsstiftung

Wien, 16.1. (RK-KOMMUNAL/KULTUR) Die Stadt Wien vergibt auch 1988 Förderungsmittel aus der Hochschuljubiläumsstiftung für wissenschaftliche Projekte der Wiener Hochschulinstitute, aber auch für Vorhaben von wissenschaftlichen Vereinigungen, Personengemeinschaften und Einzelpersonen.

Die Förderungen werden für Forschungsaufgaben in unmittelbarem Sinn vergeben. Anträge sind bis 31. März an das Sekretariat der Hochschuljubiläumsstiftung der Stadt Wien, 1082 Wien, Friedrich-Schmidt-Platz 5, 2. Stock, zu richten. In den Anträgen sollen die Laufbahn und die Qualifikation des Bewerbers sowie die Begründung und Disposition des Vorhabens, die Arbeitsdauer, ein Kostenvoranschlag und sonstige Förderungsbeiträge anderer Stellen enthalten sein. Die Bewerber sollen ihren Sitz (Wohnsitz) in Wien haben. Die Beschlußfassung über die Zuerkennung der Mittel erfolgt durch das Kuratorium der Stiftung im November 1988. (Schluß) gab/bs

Bereits am 16. Jänner 1988
über Fernschreiber ausgesendet

Wiener Energiepreise sind faire und gerechte Preise

Wien, 16.1. (RK-KOMMUNAL) Die Wiener Energiepreise sind faire und gerechte Preise. Das stellte am Samstag Vizebürgermeister Hans MAYR zur Forderung von ÖVP-Nationalrat Josef HÖCHTL fest, die Energiepreise in den Randgebieten von Wien auf das niederösterreichische Niveau zu senken. Die Sicherheit der Stromversorgung in den niederösterreichischen Gemeinden rund um Wien ist durch das vernetzte System wesentlich höher als am „freien Land“, meint Mayr, und dies koste eben mehr.

Man dürfe aber auch die ungeheuren Umweltinvestitionen der Stadt Wien nicht vergessen. So setzen gerade die Wiener E-Werke vorbildliche Maßnahmen in Richtung Umweltschutz, wie etwa die zweite DeNox-Anlage im Kraftwerk Donaustadt oder die Kraft-Wärme-Kupplung im Kraftwerk Leopoldau, um nur einige Beispiele zu nennen. Nicht zuletzt, so Mayr, hat Wien die ursprünglich mit Jahresende befristete Senkung der Strom- und Gaspreise verlängert. (Schluß) fk/gg

Bereits am 16. Jänner 1988
über Fernschreiber ausgesendet!

Eisenbahn-Ausstellung im Bezirksmuseum Brigittenau

Wien, 17.1. (RK-KULTUR/LOKAL) Im Bezirksmuseum Brigittenau, Engerthstraße 60-74, ist vom 21. Jänner bis Ende Juni die Ausstellung „150 Jahre Eisenbahn in der Brigittenau“ zu sehen.

Die Ausstellung gibt einen Überblick über die Geschichte der Eisenbahn in der Brigittenau von den Anfängen der Nordbahn, der Nordwestbahn und der Donauuferbahn bis zu den heutigen Bahnanlagen im Bezirk. Modelle, Bilder, Pläne und alte Bahnexponate illustrieren den Spaziergang durch die Eisenbahngeschichte in der Brigittenau. Die Ausstellung, die jeweils Donnerstag, von 17 bis 19 Uhr, und Sonntag, von 10 bis 12 Uhr, geöffnet ist, wird am Donnerstag, dem 21. Jänner, um 18 Uhr, von Bezirksvorsteher Karl LACINA eröffnet. (Schluß) gab/gg

Bereits am 17. Jänner 1988
über Fernschreiber ausgesendet!

Sitzungen von Bezirksvertretungen

Bezirksvertretungssitzung Brigittenau

Wien, 18.1. (RK-BEZIRKE) Die nächste Sitzung der Brigittenauer Bezirksvertretung findet am kommenden Mittwoch, dem 20. Jänner, um 18 Uhr, im Sitzungssaal der Bezirksvorstehung, 20, Brigittaplatz 10, 2. Stock, Zimmer 223, statt.

Bezirksvertretungssitzung Ottakring

Donnerstag, den 21. Jänner, findet um 16 Uhr im Sitzungssaal der Bezirksvorstehung, 16, Richard-Wagner-Platz 19, 1. Stock, eine Sitzung der Bezirksvertretung Ottakring statt.

Bezirksvertretungssitzung Meidling

Die erste ordentliche Sitzung der Meidlinger Bezirksvertretung findet kommenden Freitag, den 22. Jänner, um 14 Uhr, im Sitzungssaal, 12, Schönbrunner Straße 259, 1. Stock, statt. Auf der Tagesordnung stehen unter anderen ein neuer Flächenwidmungs- und Bebauungsplan für ein Gebiet in Hetzendorf, die Genehmigung der Ausgaben für die Pensionistenklubs, für Straßeninstandhaltungen sowie für Reparaturen der öffentlichen Beleuchtung. (Schluß) red/gg

Rekordumschlag im Wiener Ölhafen

Trend zum Mineralöltransport auf dem Wasserweg hält an – Wiener Ölhafen sichert Umwelt und Versorgung

Wien, 18.1. (RK-KOMMUNAL/WIRTSCHAFT) Mit einem Umschlag von 1,081.202 t Mineralöl bzw. Mineralölderivaten verzeichnete der Wiener Ölhafen im Vorjahr eine Bestmarke. Insgesamt liefen 1.341 Tankschiffe den Ölhafen auf dem linken Donauufer an, um 121 mehr als im Jahre 1986. Der Trend zum Öltransport auf dem Wasserweg hält an, was auch aus Umweltgründen zu begrüßen ist. Wollte man die im Vorjahr im Wiener Ölhafen umgeschlagene Menge auf dem Schienenweg anliefern, bräuchte man rund 1.000 Eisenbahnzüge. Für den Transport auf der Straße wären gar mehr als 45.000 LKW's notwendig.

Allein die DDSG transportierte zwischen Jänner und November 1987 rund 536.000 t Öl auf der Donau nach Wien. Eine Steigerung ist zu erwarten, denn die DDSG wird ihre Tankerflotte verstärken.

Die Umschlagsentwicklung im Wiener Ölhafen in den letzten Jahren:

1978:	969.356 t
1979:	919.124 t
1980:	738.117 t
1981:	659.878 t
1982:	454.417 t
1983:	792.887 t
1984:	1,003.396 t
1985:	844.614 t
1986:	993.030 t
1987:	1,081.202 t

Mineralölprodukte bilden in fast allen Donauhäfen die mengenmäßig stärkste Transportgruppe. Dem Trend zum Wasserweg tragen immer mehr Häfen Rechnung. Krems etwa plant einen Ölhafen, Bratislava baut einen Ölhafen.

Im Bereich des Wiener Ölhafens sind derzeit 206.000 Quadratmeter an Mineralölbetriebe verpachtet, weiters stehen noch Flächen im Ausmaß von rund 57.000 Quadratmetern für die Betriebsansiedlung zur Verfügung. Das gesamte Betriebsansiedlungsgebiet befindet sich auf dem Südufer des Ölhafens, das Nordufer bleibt aus Gründen des Naturschutzes unangetastet.

Der Wiener Hafen unternimmt große Anstrengungen, vor allem jene Betriebe, die noch immer im Raum Wien an der Donau oder außerhalb des gesicherten Ölhafens Mineralöl umschlagen, in das Hafengebiet zu übersiedeln.

Ölhafen als Schutzhafen

Die knapp vor Jahresende durch einen leckgewordenen jugoslawischen Tanker bei Passau verursachte Ölkatastrophe, bei welcher die Donau auf mehr als 100 km verunreinigt wurde, zeigt, wie wichtig gut ausgerüstete Ölhäfen sind.

Der Wiener Ölhafen verfügt über eine Preßluft-Ölsperre, die es unmöglich macht, daß Öl aus dem Hafenbereich in die Hafeneinfahrt oder gar in die Donau gelangt. Als im September des vergangenen Jahres bei Wien ein Tanker leck wurde, schleppte man diesen in den Wiener Ölhafen, wo der Schaden behoben wurde. Die Verschmutzung der Donau blieb gering.

Der Wiener Ölhafen fungiert auch als Schutz- und Winterhafen für alle Schiffe, die Mineralöl befördern. (Schluß) wh/rr

Konstituierung des Kulturausschusses

Wien, 18.1. (RK-KULTUR) Der Kulturausschuß trat am Freitag, dem 15. Jänner, zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen. Zum Vorsitzenden des Ausschusses wurden GR. Dkfm. Dr. Adolf AIGNER (SPÖ) gewählt, zu stellvertretenden Vorsitzenden GR. Oswald STRANGL (SPÖ) und GR. Mag. Robert KAUER (ÖVP). (Schluß) gab/bs

Karl-Skraup-Preise überreicht

Wien, 18.1. (RK-KULTUR) Im Volkstheater fand am Montag in Anwesenheit von Kulturstadtrat Dr. Ursula PASTERK die Überreichung der Karl-Skraup-Preise für herausragende Leistungen in der Saison 1986/87 statt. Die von der Bawag gestifteten Preise gingen an Fritz HOLZER für seine Darstellungen des Josef in Turrinis „Josef und Maria“ in den Außenbezirken und des Onkel Willi in „Ruhig Bub“ von Fitzgerald Kusz, an Gerd HEINZ für die Inszenierung von Peter Barnes' „Roten Nasen“ und an Peter FÄRBER für die Darstellung des „Unsterblich“ in „Sarkophag“ von Wladimir Gubarew. (Schluß) gab/bs

Einsatz der Umweltpolizei in aufgelassener Fabrik

Wien, 18.1. (RK-LOKAL) Einen Einsatz der Umweltpolizei gab es Montag früh in einer aufgelassenen Fabrik in Rodaun, Willergasse. Anlaß dafür war eine Meldung in einer Wiener Tageszeitung gewesen, in der über eine Gefährdung von Kindern berichtet wurde. Die Umweltpolizei fand das Grundstück verschlossen vor. Es ist jedoch nicht auszuschließen, daß spielende Kinder über einen Bahndamm und durch ein Loch im Zaun auf das Gelände gelangt sein könnten. Die Umweltpolizei hat, um einer weiteren möglichen Gefährdung vorzubeugen, eine Ortsverhandlung mit den zuständigen Experten und einem Vertreter des Eigentümers für Montag mittag angesetzt. Dabei sollen die weiteren Sofortmaßnahmen festgelegt werden. (Schluß) and/bs

Wiener ÖVP fordert Strompreissenkung um 10 Prozent

Wien, 18.1. (RK-KOMMUNAL) ÖVP-Stadtrat Dr. Erhard BUSEK sprach sich am Montag in einem Pressegespräch abermals für eine Senkung des Wiener Stromtarifes um 10 Prozent aus. Der gegenwärtige Strompreis sei eindeutig überhöht, das zeige sich bei der Kritik des Rechnungshofes an den Preiskalkulationen der Elektrizitätsversorgungsunternehmen. Im Detail kritisierte Busek die Kalkulation, die unrichtig zugeordnete Positionen, Zuschüsse an die Verkehrsbetriebe, fiktive Kosten und undefinierte kalkulatorische Zuschläge enthalte. Weiters meinte Busek, daß die Betriebskosten, und hier vor allem die Energiebeschaffungskosten, in falscher Höhe verrechnet würden. Busek erinnerte an das Sinken sowohl der Rohstoffpreise wie des Dollarkurses.

Wohnbauförderung und Stadterneuerung forcieren

Die Verländerung der Wohnbauförderung bringe für Wien neue Chancen, sagte Busek. Die Volkspartei fühle sich dem Gedanken der Subjektförderung verbunden. Bei der Stadterneuerung solle man sich künftig auf jene Gebiete konzentrieren, die bereits untersucht worden sind, damit nicht wahllos und punktuell in Wien erneuert werde. Gleichzeitig sollte auch die Wohnumwelt mitgestaltet werden. (Schluß) fk/bs

Hatzl: Busek soll seine Unterlagen vorzeigen

Wien, 18.1. (RK-KOMMUNAL) „Es gibt keinen Rechnungshofbericht über die Wiener E-Werke, und deshalb ist es völlig sinnlos, auf die aus der Luft gegriffenen Argumente Dr. Erhard BUSEKs einzugehen“, sagte Montag Energiestadtrat Johann HATZL zu einer Pressekonferenz von ÖVP-Stadtrat Busek. „Im Gegensatz dazu ist mir bekannt, daß eine Prüfung des Rechnungshofes der E-Werke erst für das erste Halbjahr 1988 bevorsteht. Ich fordere Busek auf, falls er Unterlagen über die Wiener E-Werke hat, die mir nicht bekannt sind, diese mir raschest zur Verfügung zu stellen“, ergänzte Hatzl.

Wie wenig informiert Busek wirklich sei, zeige die Drohung, die Umlandgemeinden Wiens könnten einen „Vertrag“ bezüglich der Stromversorgung aufkündigen, sagte Hatzl. In Wirklichkeit sei das Versorgungsgebiet der Wiener E-Werke verfassungsrechtlich festgelegt, und es gebe keine Möglichkeit einer „Kündigung“. (Schluß) roh/gg

Ausstellung „Vuk Stefanovic Karadzic“ In der Volkshalle

Wien, 18.1. (RK-KULTUR) In der Volkshalle des Wiener Rathauses ist von 20. Jänner bis 10. Februar 1988 eine Ausstellung über den Begründer der modernen serbokroatischen Schriftsprache und Sammler südslawischer Volksdichtungen, Vuk Stefanovic KARADZIC, zu sehen. Karadzic (1787 — 1864) lebte von 1813 bis zu seinem Tod in Wien und schuf hier seine wichtigsten Werke, darunter das „Wörterbuch der serbischen Sprache“. Die Ausstellung, die vom Nationalmuseum Belgrad und Historischen Museum Serbiens in Zusammenarbeit mit dem Kulturamt der Stadt Wien gezeigt wird, ist täglich von 10 bis 18 Uhr bei freiem Eintritt geöffnet.

Rund 400 Exponate, Bücher, Briefe, Unterlagen, Bilder, ethnologisches und historisches Material dokumentieren in der Ausstellung Leben und Werk von Vuk Stefanovic Karadzic und auch politische und gesellschaftliche Umstände, die für sein Schaffen maßgeblich waren. Mit seinem Werk trug Karadzic wesentlich dazu bei, die serbische Volksdichtung und damit auch das serbische Volk in Europa bekannt zu machen. Die von ihm gesammelten Volksdichtungen wurden in verschiedene Sprachen übersetzt und unter anderem von Puschkin ins Russische übertragen. Mit Jacob Grimm und Johann Wolfgang von Goethe hatte Karadzic auch im deutschen Sprachraum namhafte Befürworter, die ihn in seinem Schaffen unterstützten. (Schluß) gab/rr

Neuer Leiter der Anästhesiologie in der Poliklinik

Amtseinführung durch Stadtrat Stacher

Wien, 18.1. (RK-KOMMUNAL) Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER führte Montag vormittag den neuen Leiter des Instituts für Anästhesiologie an der Allgemeinen Poliklinik der Stadt Wien, Univ.-Prof. Dr. Julius NEUMARK, in sein Amt ein. Von diesem Institut werden auch das Krankenhaus Floridsdorf und die Ignaz-Semmelweis-Frauenklinik der Stadt Wien mitbetreut. Professor Neumark ist seit 1972 Facharzt für Anästhesiologie und war zuletzt Oberarzt an der Klinik für Anästhesiologie und Intensivmedizin der Universität Wien. Er tritt die Nachfolge von Primarius Dr. Walter TRAUSCHKE an, der seit 1976 Institutsvorstand war und nun in den Ruhestand getreten ist.

Auch die neue Direktorin des Pflegedienstes, Oberin Luzia SCHENK, wurde in ihr Amt eingeführt. Sie ist die Nachfolgerin von Anna STÖSSER, die seit 1977 Oberin der Allgemeinen Poliklinik war und ebenfalls in Pension gegangen ist.

Strukturänderungen in den Wiener Spitälern

Stadtrat Stacher erklärte in seiner Ansprache, daß sich in den nächsten Jahren in den Wiener Spitälern wesentliche Strukturänderungen ergeben werden. In den Jahren 1990 bis 1992 sollen die Kliniken des Allgemeinen Krankenhauses in den Neubau übersiedeln. 1992 beginnt auch der Spitalsbetrieb im Sozialmedizinischen Zentrum Ost. Zu diesem Zeitpunkt muß dann die Zahl der Spitalsbetten vor allem im Westen der Stadt vermindert werden, um eine regional vernünftig organisierte Krankenhausversorgung in Wien sicherzustellen.

Strukturänderungen werden sich aber auch aus medizinischen Gründen ergeben. So werden zum Beispiel in Wien noch internistische und neurochirurgische Betten benötigt, und es müssen auch Langzeitbetten für alte Menschen geschaffen werden. Die Poliklinik wird zum Teil in das generalrenovierte Gebäude der II. Chirurgischen und der I. Universitäts-Frauenklinik, zum Teil in das Krankenhaus des Sozialmedizinischen Zentrums Ost übersiedeln.

Der Gesundheitsstadtrat wies darauf hin, daß Wien in den vergangenen Jahren die Zahl der Akutbetten verringert und dafür dringend benötigte Pflegebetten zur Verfügung gestellt hat. In Wien, Niederösterreich und im Burgenland gibt es nun — bezogen auf die Bevölkerung — weniger Spitalsbetten als im Westen und Süden Österreichs. Diese Bundesländer müßten daher ebenfalls die Zahl der Akutbetten reduzieren. (Schluß) sc/rr

Tagung diskutiert Fortschritt im Straßenbau

Wien, 18.1. (RK-KOMUNAL) Im Kurzentrum Oberlaa findet derzeit das 14. Bauseminar der „GESTRATA“, der Gesellschaft zur Pflege der Straßenbautechnik mit Asphalt, statt. Verkehrsstadtrat Johann HATZL begrüßte Montag vormittag rund 400 Tagungsteilnehmer. Diese Gesellschaft hat es sich zur Aufgabe gemacht, wissenschaftliche und technische Erkenntnisse auf dem Gebiet des Straßenbaues zu sammeln und die damit beschäftigten Firmen laufend zu informieren.

Hatzl verwies darauf, daß in einer Stadt, in der es rund 800.000 Wohnungen und 600.000 Kraftfahrzeuge gibt, auch die Straße zum Lebensraum gehöre. Dementsprechend erhoffe er sich vom Fortschritt der Technik, daß vor allem leise, umweltfreundliche, sichere und witterungsfeste Beläge weiter- bzw. entwickelt würden.

Hatzl kritisierte bei dieser Gelegenheit die ungenügende Budgetierung von Wiener Straßenbauvorhaben durch den Bund. So stehen für das vergangene Jahr noch wesentliche Beträge aus, wodurch für 1988 wichtige Erhaltungsarbeiten gefährdet seien. (Schluß) roh/bs

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur: Fred Vovrousek, Verlags- und Herstellungsort: Wien.
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zelle. Auf Recyclingpapier gedruckt.

Dienstag, 19. Jänner 1988

Blatt 84

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Novelle zum Wiener Baumschutzgesetz (85/FS: 18.1.)
- Abfallwirtschaftsverbund Ost-PlanungsgesmbH.: Vertragsunterzeichnung (86/FS: 18.1.)
- Änderung des Wiener Krankenanstaltengesetzes (87/88)
- Instandsetzung der Wiener Westausfahrt beginnt im Februar (89/90)
- Anpassung der Friedhofsgebühren (91)
- 1987: 5,9 Millionen Gästenächtigungen in Wien (92/93)
- Hatzl: Für 75 Prozent ist Wiener Tarif günstiger (94)
- „Das Wiener Wasser kommt aus den Bergen“ (95)
- Gasrohrgebrechen bei Bauarbeiten für die U 3 (nur FS: 18.1.)
- Brandstifter in der Brigittenau hat wieder zugeschlagen (nur FS: 18.1.)
- Alarmstufe III am Frachtenbahnhof (nur FS: 18.1.)
- Pkw fuhr gegen Gelenksautobus (nur FS)

Kultur:

- Vortrag: Das österreichische Theatermuseum (nur FS)

Novelle zum Wiener Baumschutzgesetz

Wien, 18.1. (RK-KOMMUNAL) Der Entwurf zur Novelle des Wiener Baumschutzgesetzes liegt in den magistratischen Bezirksämtern von heute, Montag, 18. Jänner, bis Donnerstag, 18. Februar, zur öffentlichen Einsicht auf. Die Einsichtnahme ist Montag bis Mittwoch und Freitag von 8 bis 15.30 Uhr und Donnerstag von 8 bis 17.30 Uhr möglich. Zum Gesetzentwurf können bei den magistratischen Bezirksämtern schriftliche Stellungnahmen abgegeben werden.

Die Gesetzesnovelle sieht u.a. folgende Schwerpunkte vor:

- In Zukunft sollen auch Obstbäume, die häufig in Innenhöfen, Gasthausgärten und in Alleen zu finden sind, geschützt werden. In Gartensiedlungsgebieten sind allerdings nur bestimmte Arten betroffen, z.B., Nußbäume, Edelkastanien oder Maulbeerbäume.
- Anstelle von vielen kleinen Ersatzbäumen können nun auch weniger, aber dafür größere Ersatzbäume gepflanzt werden.
- Langsam wachsende Bäume, z.B. Eiben oder Weißdorn, werden schon ab einem Umfang von 30 cm (alle anderen Bäume ab 40 cm) geschützt.
- Die Ausgleichsabgabe wird von 8.000 auf 16.000 Schilling angehoben.
- Bei Bäumen, bei denen die Verzweigung oder der Kronenansatz unter 1 m Höhe liegt, ist zur Messung der Stammumfang unmittelbar darunter maßgebend.

(Schluß) du/rr

Bereits am 18. Jänner 1988
über Fernschreiber ausgesendet!

Abfallwirtschaftsverbund Ost-PlanungsgesmbH.: Vertragsunterzeichnung

Bereits am 18. Jänner 1988
über Fernschreiber ausgesendet!

Wien, 18.1. (RK-KOMMUNAL) Den Vertrag für die Abfallwirtschaftsverbund Ost-Planungsgesellschaft mbH. unterzeichneten am Montag, dem 18. Jänner, Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Erwin PRÖLL für das Land Niederösterreich und Landeshauptmann-Stellvertreter Hans MAYR sowie Umweltstadtrat Helmut BRAUN für das Land Wien. Die Gesellschaft wird sich unter anderem mit der Frage der Sonderabfalldeponien in Niederösterreich befassen. Wichtige Aufgaben werden auch die Entwicklung von Müllvermeidungsstrategien sowie die gemeinsame Lösung des Müllproblems der beiden Länder, besonders für Abfälle aus Gewerbe und Industrie sowie Problemstoffe aus Haushalten sein.

Die Gesellschaft wurde sowohl in der Geschäftsführung als auch im Aufsichtsrat paritätisch besetzt: Der Geschäftsführer seitens des Landes Wien ist Dr. Hans VOIGT, der Geschäftsführer seitens des Landes Niederösterreich ist Dipl.-Ing. Walter POZAREK. Die Aufsichtsräte von Wiener Seite sind: Obersenatsrat Dipl.-Ing. Dr. Friedrich BRUNNER, Mag.-Rat Dr. Josef KRAMHÖLLER und Senatsrat Dipl.-Ing. Gerhard GILNREINER. Die Aufsichtsräte von seiten des Landes Niederösterreich sind: wirklicher Hofrat Dipl.-Ing. Werner KASPER, Oberrat Dr. Harald HOFMANN und Rat Dr. Peter Paul KIESSLER. (Schluß) du/gg

Änderung des Wiener Krankenanstaltengesetzes

Stacher: Erleichterung bei Aufnahme von Begleitpersonen

Wien, 19.1. (RK-KOMMUNAL) Die Änderung des Wiener Krankenanstaltengesetzes, die in der nächsten Sitzung des Wiener Landtages beschlossen werden soll, bringt eine wesentliche Verbesserung für Begleitpersonen von Patienten in städtischen Spitälern. Außerdem wird durch das Gesetz die Anzahl der in öffentlichen und privaten gemeinnützigen Krankenanstalten zur Verfügung stehenden Akutbetten mit 13.811 begrenzt. Über die geplante Novelle berichtete Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER am Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeisters.

Bisher konnten (mit Ausnahme der gesetzlichen Verpflichtung für Säuglinge bis zum 1. Jahr) Begleitpersonen von Patienten „nur in besonders berücksichtigungswürdigen Fällen“ in den Krankenanstalten aufgenommen werden. Diese Einschränkung fällt nun weg. Die Aufnahme von Begleitpersonen soll nur mehr an die Bewilligung des ärztlichen Leiters des Spitals gebunden sein, die nach Möglichkeit zu erteilen ist.

Gebühren-Neuregelung

Wie Stacher erklärte, soll als Sondergebühr für Begleitpersonen durch eine Verordnung der Landesregierung ein Entgelt festgelegt werden, „das auf die für diese Begleitpersonen zu erbringenden Leistungen Bedacht nimmt“. Vorgesehen ist ein Betrag von 300 Schilling für die Übernachtung (einschließlich Frühstück) und von 150 Schilling (plus Mehrwertsteuer) für die anderen Mahlzeiten pro Tag.

Jetzt müssen die Begleitpersonen im allgemeinen 25 Prozent der Pflegegebühren als Patienten entrichten, das sind 620 Schilling (plus Mehrwertsteuer) pro Tag, also beträchtlich mehr als nun festgelegt werden soll. Eine weitere Verbesserung ergibt sich aus der Verrechnungsweise. Derzeit muß zum Beispiel eine Mutter, die ihr Kind am Abend ins Krankenhaus begleitete und am nächsten Tag wieder auszog, die Gebührensätze für zwei Tage begleichen (also 1.240 Schilling plus Mehrwertsteuer). In Zukunft sollen nur mehr die tatsächlich erbrachten Leistungen berechnet werden (also 450 Schilling, beziehungsweise 300 Schilling für Nächtigung/Frühstück plus Mehrwertsteuer).

Mit diesen Verbesserungen will es die Stadt Wien erleichtern, daß Patienten, vor allem Kinder, von Eltern oder Verwandten in das Krankenhaus begleitet werden. Das ist in vielen Fällen aus psychologischen Gründen wertvoll und erwünscht. Im Jahr 1984 wurden in den Wiener städtischen Spitälern 1.656 Begleitpersonen aufgenommen, 1986 waren es bereits 1.914 Personen, also um knapp 16 Prozent mehr. Die Stadt Wien bemüht sich weiterhin, in ihren Spitälern die Voraussetzungen zur Unterbringung von Begleitpersonen zu schaffen.

Festlegung der Bettenzahl

Die Novelle zum Wiener Krankenanstaltengesetz legt nun entsprechend dem Bundes-Krankenanstaltengesetz die Höchstzahl der systemisierten Betten in den Wiener öffentlichen und privaten gemeinnützigen Krankenanstalten mit 13.811 fest. Ausgenommen aus dieser Zahl sind Krankenanstalten beziehungsweise Abteilungen für Psychiatrie und Neurologie. Ebenfalls ausgenommen sind die Funktionsbetten, das sind zum Beispiel Dialysebetten, Aufwachbetten nach Operationen oder Betten, die für Patienten während eines Spitalsaufenthaltes vorübergehend oder für ambulante Patienten zur Durchführung diagnostischer oder therapeutischer Maßnahmen verwendet werden.

Akutbettenzahl reduziert

Stadtrat Stacher wies darauf hin, daß mit dieser Festlegung die Stadt Wien dem Österreichischen Krankenanstaltengesetz und den Empfehlungen des Krankenanstaltenzusammenarbeitsfonds folgt, die Zahl der Akutbetten in den Spitälern zu reduzieren. Seit 1983 wurde die Zahl der Akutbetten in Wien um mehr als 500 verringert und liegt nun bereits unter der Höchstgrenze.

Das Gesetz sieht vor, daß die systemisierten Betten prozentuell nach den Funktionen (Zentral-, Schwerpunkt- und Standardversorgung) und nach den medizinischen Fachabteilungen aufgeteilt werden. Außerdem ist auch der Prozentsatz jener Betten festzulegen, die für Patienten mit dem ordentlichen Wohnsitz außerhalb Wiens vorgesehen sind. Es muß jährlich im nachhinein überprüft werden, ob diese Aufteilungen und Festlegungen der tatsächlichen Inanspruchnahme von stationären Krankenhausleistungen entsprechen. Bei Bedarfsänderungen sind die Betten neu aufzuteilen.

Die Novelle zum Wiener Krankenanstaltengesetz wird voraussichtlich Anfang April in Kraft treten. (Forts. mgl.) sc/gg

Forts. von Blatt 87

Instandsetzung der Wiener Westausfahrt beginnt im Februar

Wien, 19.1. (RK-KOMMUNAL) Wie Verkehrsstadtrat Johann HATZL Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeisters mitteilte, werden in der dritten Februarwoche die eigentlichen Bauarbeiten zur Instandsetzung der Wiener Westausfahrt beginnen. Der Start der Bauarbeiten ist für Mittwoch, den 17. Februar, festgelegt, die Dauer der Sperre beziehungsweise der Umleitung wird maximal neun Monate betragen.

Dazu Hatzl: „Jedem mit dem Straßenverkehr und den damit zusammenhängenden Baumaßnahmen Befassten ist klar, was die auch nur teilweise Sperre eines so wichtigen Straßenstückes, wie die Wiener Westausfahrt es ist, für den Verkehr bedeutet.“

Klar ist aber auch, daß — so wie der Mensch eine Phase der Erholung und sein Fahrzeug Zeit für Wartung und Reparaturen braucht — auch ein ganz besonders beanspruchtes Verkehrsbauwerk einmal repariert werden muß; nicht zuletzt im Interesse der Verkehrssicherheit.“

Appell an die Kraftfahrer

An die Verkehrsteilnehmer richtete Hatzl die große Bitte, möglichst großräumig auszuweichen. Es böten sich durchaus aufnahmefähige Fahrtrouten an, die auch dem Schwerverkehr ein zügiges Weiterkommen ermöglichen, vor allem

- die A 21 (Allander Autobahn) ab dem Knoten Steinhäusl und in weiterer Folge
- die Wiener Außenringautobahn sowie
- eine Nordumfahrung über Stockerau, dann weiter über Tulln oder Krems zurück zur Westautobahn

Daran schloß der Verkehrsstadtrat den Appell: Man solle bedenken, ob sich nicht die eine oder andere Fahrt ohne Beeinträchtigung des Zweckes mit einem öffentlichen Verkehrsmittel zurücklegen ließe. Die ÖBB würden sich bemühen, falls erforderlich, durch eine Verstärkung des Regionalverkehrs eine Entlastung der Straße in diesem Bereich zu bewirken.

Auf eines wies Hatzl besonders hin: „Das Ausweichen in die unmittelbar angrenzenden Straßenzüge stellt keine Alternative dar, kann sie auch gar nicht darstellen. Diese zum Teil engen Straßen und Gassen sind für einen starken, Tag und Nacht andauernden Verkehrsstrom völlig ungeeignet. Außer einer ständigen Belästigung der dort Wohnenden und Arbeitenden — man stelle sich einmal vor, man wäre selbst einer der Betroffenen — bringt das nichts.“

Es handle sich um eine leider unbedingt notwendige Verkehrsbeschränkung, nach deren Beendigung dafür wieder eine technisch einwandfreie und verkehrssichere Wiener Westausfahrt zur Verfügung stehen werde.

Rasche Bauführung wird angestrebt

Es wird fast durchwegs auch an den Wochenenden gearbeitet. Soweit es vom Bauablauf her möglich ist, wird unter Ausnützung der Tageshelligkeit von 6 bis 20 Uhr und fallweise länger gearbeitet. In den Nächten sind aus Sicherheits- und Lärmgründen nur vereinzelte Leistungen zur Optimierung des Bauablaufes vorgesehen. Bei guter Witterung und optimalem Bauablauf wird eine entsprechende Beschleunigung der Arbeiten und somit eine Verkürzung der mit maximal neun Monaten veranschlagten Sperre möglich sein.

Koordinierung mit einem großen Bauvorhaben der Verkehrsbetriebe

Um einen intensiven Arbeitseinsatz zu garantieren, wurden insgesamt neun Objekte mit fast 3,5 Kilometer Länge zu einer Baustelle zusammengefaßt. Zusätzlich wird im Bereich Hütteldorf in Abstimmung mit den Brückeninstandsetzungen von den Wiener Stadtwerken-Verkehrsbetriebe eine Wendegleisanlage für die U 4 (mit Stützmauern usw.) errichtet. Die Dauer dieser Arbeiten beträgt sieben Monate und fällt damit zur Gänze

in die Zeit der Instandsetzung der Westausfahrt. Wäre das nicht so abgestimmt worden, hätten schon allein Arbeitsbereich und Baustellenverkehr für dieses Vorhaben eine Fahrspur der Westausfahrt ständig blockiert.

Die Instandsetzungsarbeiten im einzelnen

Alle Objekte wurden in den Jahren 1964 bis 1966 neu gebaut. Seither erfolgt die Instandsetzung der Brückenausrüstung nach Unfällen sowie eine laufende Wartung und Überprüfung bei allen Objekten.

Es handelt sich im einzelnen um:

- Zwei KRAGTRAGWERKE von der Käthe-Dorsch-Gasse bis nach der Hütteldorfer Brücke — insgesamt 6.500 Quadratmeter Kragtragwerke und 150 Meter Stützmauern.
- Drei NIKOLAI-BRÜCKENOBJEKTE — zusammen 9.000 Quadratmeter.
- Zwei STÜTZMAUERN im Bereich Auhof — 500 Meter.
- Weiters die RETENSIONSBRÜCKE und die ROTWASSERBACHBRÜCKE im Bereich Auhof mit insgesamt 600 Quadratmeter.

Ablauf der Arbeiten

Vom November 1987 bis zum Jänner 1988 wurden die Fußgängerstege im Werk hergestellt. Ab dem 8. Februar erfolgt das Aufstellen der Fußgängerstege, außerdem die Vorbereitung der Umleitung mit Betonleitwänden etc. Ab dem 17. Februar kommt es zur Einengung der Hadikgasse in Höhe der St. Veit-Brücke auf eine Fahrspur. Ab dem 22. Februar tritt dann die Sperre der Hadikgasse ab der St. Veiter-Brücke in Kraft. Eine Zufahrt bis zur Käthe-Dorsch-Gasse wird möglich sein.

Insgesamt werden bis zum Herbst 1988 folgende Arbeiten durchgeführt:

Isolierungen	7.000 m ²
Neue Fahrbahnbeläge	20.000 m ²
Neue Leiteinrichtungen	3.500 m
Geländer	1.300 m
Randstreifen herstellen	1.000 m
Randstreifen instandsetzen	2.500 m
Fugenausbildungen	1.000 m
Neue Tragwerksplatte	6.000 m ²

Dazu kommen Randsteine, Entwässerungen, Mittelstreifen, Betonflächeninstandsetzungen etc.

Die GESAMTBAUKOSTEN für die Instandsetzung der Westausfahrt betragen rund 41 Millionen Schilling, zuzüglich rund 3 Millionen Schilling für die Fußgängerstege und die begleitenden Verkehrsmaßnahmen.

Ampelfreie Umleitung

Die Führung des gesamten Verkehrs Richtung Westautobahn erfolgt über die eigens für diesen Zweck neu gebaute St. Veiter-Brücke auf den Hietzinger Kai. Von der St. Veiter-Brücke bis zum Knoten Auhof steht in jeder Richtung nur eine Fahrspur zur Verfügung. Zur beschleunigten Verkehrsführung werden im gesamten Umleitungsbereich alle Ampeln abgeschaltet und der Querverkehr stillgelegt. Bei fast allen Kreuzungen gilt Abbiegeverbot, um die Hauptverkehrsströme nicht zu behindern.

Besondere Vorkehrungen für Fußgänger

Wegen der abgeschalteten Ampeln ist der Fußgängerverkehr nur auf einer anderen Ebene möglich. Es werden daher vor Inbetriebnahme der Umleitung provisorische Fußgängerstege errichtet:

- Vor der St. Veiter-Brücke über die Hadikgasse
- Bei der U 4-Station Ober-St. Veit über den Hietzinger Kai
- Gegenüber der Deutschordenstraße über den Hietzinger Kai
- Bei der Stampfergasse über den Hackinger Kai

Außerdem bleibt der Steg bei der U 4-Station Ober-St. Veit über den Wienfluß verläufig bestehen, und bei der Deutschordenstraße werden die Fußgänger über die Hadikgasse mittels eines Ersatzweges durch die Baustelle geschleust. (Schluß) pz/bs

Anpassung der Friedhofsgebühren

Wien, 19.1. (RK-KOMMUNAL) Dem Gemeinderatsausschuß für Verkehr und Energie liegt ein Antrag der Magistratsabteilung 43 vor, wie jedes Jahr die Friedhofsgebühren den Indexsteigerungen anzupassen. Dies gab Dienstag Stadtrat Johann HATZL bekannt. Die GRABSTELLENENTGELTE sollen um vier Prozent erhöht werden, das entspricht der Steigerung des Baukostenindex und der Erhöhung der Kosten für den Sachaufwand. Die ARBEITSENTGELTE sollen um zwei Prozent angehoben werden, was der Steigerung der Lohnkosten für das eigene Personal und der Kosten für Fremdleistungen entspricht.

Dies ist jeweils um ein Prozent weniger als bei der Tarifierung des Vorjahres. Die neuen Tarife sollen mit 1. Februar wirksam werden. Laut Vorschlag für das Jahr 1988 besteht bei den Wiener Friedhöfen lediglich ein Kostendeckungsgrad durch die Einnahmen von knapp 80 Prozent, sagte Stadtrat Hatzl.

Umfangreiche Investitionen für die Friedhöfe

Um die Wiener Friedhöfe zeitgemäß, unter Berücksichtigung der technischen Erfordernisse und des kulturellen Umfeldes verwalten zu können, sind in den nächsten Jahren umfangreiche Investitionen und Erhaltungsarbeiten notwendig.

So wird derzeit am Friedhof Stammersdorf Zentral, nachdem die Renovierung der Kapelle im Oktober 1987 abgeschlossen wurde, die Aufbahrungshalle 2 umgebaut. Die beiden Räume für Aufbahrungen in dieser Halle entsprechen nicht mehr den heutigen Anforderungen. Die Umbauarbeiten, nach denen nur mehr ein modern ausgestatteter Aufbahrungsraum zur Verfügung stehen wird, werden 3,6 Millionen Schilling kosten.

Weitere zwei Millionen Schilling wird der Umbau des Kellergeschoßes der Halle 2 kosten, wo derzeit die Bezirksleichenkammer und der Beisetzraum vorhanden sind. Hier wird ein Raum mit entsprechender Kühlung geschaffen, der beide Funktionen erfüllen kann.

Weitere wichtige Vorhaben betreffen die Einfriedungsmauern und Wasserleitungen des Zentralfriedhofes, das Kremationsgebäude in der Simmeringer Feuerhalle und die Weiterführung der Reaktivierung der ehemaligen 16 Sperrfriedhöfe. In verschiedenen Friedhöfen gibt es Erweiterungsvorhaben mit dem Ausbau neuer Gräbergruppen. Natürlich sind laufend Instandsetzungsarbeiten an allen Gebäuden und Einrichtungen der Friedhöfe sowie Wartungsarbeiten an den technischen Anlagen erforderlich, ebenso wie die Durchführung von gartentechnischen Arbeiten.

Anpassung der Preise der Städtischen Friedhofsgärtnereien

Die Städtischen Friedhofsgärtnereien haben in den letzten 15 Jahren stets Abgänge aufgewiesen. Dies ist bedingt durch eine soziale Preisgestaltung, die jedem einen erschwinglichen Grabschmuck ermöglichen soll.

Um die Verluste gering zu halten, ist mit 1. März eine Erhöhung der Preise um durchschnittlich sechs Prozent erforderlich. Ein dementsprechender Antrag liegt dem Gemeinderatsausschuß für Verkehr und Energie vor. In diesem Prozentsatz ist bereits die von der paritätischen Kommission genehmigte Erhöhung der Preise für friedhofsgärtnerische Arbeiten enthalten.

Auch mit den neuen Preisen bleibt die Städtische Friedhofsgärtnerei wesentlich unter den Preisen der privaten Friedhofsgärtner, betonte Stadtrat Hatzl. (Schluß) roh/rr

1987: 5,9 Millionen Gästenächtlungen in Wien

Bisher beste Nächtigungsfrequenz

Wien, 19.1. (RK-KOMMUNAL) Das positive Dezemberergebnis (324.000 Übernachtungen, + 7 Prozent gegenüber 12/86, + 22 Prozent gegenüber 12/85) hat dazu beigetragen, im Jahr 1987 in Wien die bisher beste Nächtigungsfrequenz zu erreichen: Nach 5,5 Millionen Übernachtungen im bisherigen Rekordjahr 1985 und einem US-bedingten Rückgang auf 5,2 Millionen 1986 wurden 1987 insgesamt 5,9 Millionen Gästeübernachtungen registriert. Damit wird 1986 um 12 Prozent, 1985 um 6 Prozent übertroffen, gab Vizebürgermeister Hans MAYR Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeisters bekannt.

Mit 1,2 Millionen Übernachtungen (+ 19 Prozent) und einem Anteil von 22 Prozent an den gewerblichen Nächtigungen sind deutsche Gäste in Wien nach wie vor unangefochtene Spitzenreiter. Die „Nummer 2“ des Wien-Tourismus, Italien, brachte 1987 624.000 Nächtigungen (+ 2 Prozent, Anteil: 11 Prozent). Wien ist auch in Österreich im Aufwärtstrend: 1987 gab es 569.000 Inländer-Übernachtungen (+ 13 Prozent, Anteil: 10 Prozent).

Nach einem Hoch aus Ungarn in den Jahren 1984-86 mußte 1987 ein Rückgang um 21 Prozent verzeichnet werden (203.000 Übernachtungen, Anteil: 4 Prozent). Hingegen entwickelten sich die Überseemärkte ausgesprochen erfreulich: die USA mit + 30 Prozent und Kanada mit + 42 Prozent gegenüber 1986. In Japan schlug sich die langjährige systematische Marketingarbeit des WFVV 1987 mit einem Plus von 36 Prozent zu Buche. Damit wurden 1987 (193.000) doppelt so viele Japaner-Nächtigungen registriert wie fünf Jahre zuvor.

Trend zur Qualität – gute Auslastung

1987 profitierten die Hotels aller Kategorien vom positiven Trend: die 5- und 4-Sterne-Betriebe mit + 12 Prozent, die Mittelklassehotels mit + 15 Prozent, die einfachen Betriebe mit + 10 Prozent. Die Auslastung der Hotels war 1987 mit 50,6 Prozent deutlich besser als 1986 (46,6 Prozent), erreichte aber infolge des Bettenzuwachses nicht ganz den Wert von 1985 (51,4 Prozent).

Den bis dato recherchierten Trends (Paris – 2 Prozent, München + 6 Prozent, Amsterdam + 9 Prozent, Zürich – 4 Prozent) zufolge dürfte Wien im vergangenen Jahr seine Position in der internationalen Konkurrenz gut gehalten bzw. weiter ausgebaut haben. 1986 hatte Wien in einem Vergleich der Ausländer-Übernachtungen europäischer Städte nach London, Paris und Rom den hervorragenden 4. Rang erreicht.

1988: Wien-Werbung von Calgary bis Tokio

Um Wiens Erfolg gegen die starke Konkurrenz im Städtetourismus auszubauen, hat der Wiener Fremdenverkehrsverband für 1988 eine Reihe von größeren Projekten vorbereitet:

- Die Wien-Salzburg-Innsbruck-Werbeaktion in den USA wird 1988 mit einem Sonderbudget von neun Millionen Schilling fortgesetzt. Als Partner werden dabei Austrian Airlines fungieren, die ab Frühjahr 1989 New York – Wien fliegen werden. Neben der Insertionskampagne werden im Herbst Präsentationen in zehn großen Städten der USA stattfinden.
- In Kanada zeigt Wien gemeinsam mit Air Canada die neue Ausstellung „Vienna in Concert“, die Wiens Musikgeschichte von Wahlther von der Vogelweide bis Falco auf 32 großflächigen Ölgemälden in einem Rundhorizont darstellt. Nach der Generalprobe bei den Olympischen Spielen in Calgary (Februar 1988) wird die Ausstellung in Toronto, Vancouver und Montreal gezeigt und wandert dann in die USA.

- In Tokio und Osaka veranstaltet der WFVV gemeinsam mit Austrian Airlines (Flug Tokio - Wien ab 1989 vorgesehen) Workshops und Präsentationen. Die 1987 bei der „Weltausstellung Historischer Städte“ in Kyoto gezeigte Wiener Altstadttausstellung geht im Herbst nach Tokio und wird danach noch weitere Städte bereisen.
- In Australien (Sydney, Melbourne, Brisbane, Adelaide) bzw. Bangkok und Taipei werden in Kooperation mit Lauda Air (Flüge Sydney - Melbourne - Wien bzw. Bangkok - Wien ab Mai 1988 geplant) Werbeveranstaltungen bzw. „Wien-Fairs“ durchgeführt.
- Während der Borsa Internazionale del Turismo („BIT“, 24. bis 28. Februar) in Mailand werden Karikaturen von „Wiener Typen“ als lebensgroße Puppen (verfertigt von Erich Sokol, Erich Eibl und Klaus Pitter) im Stadtzentrum liebevoll-ironisch an Wien erinnern. Weitere Auftritte der Puppen sind für Triest und Athen geplant, jeweils in Verbindung mit Wien-Ausstellungen.
- Im Inland wird im Sommer wieder eine Wien-Informationskampagne mit Großplakaten und Ö 3-Spots in Fremdenverkehrsorten Salzburgs, Kärntens, Tirols und Vorarlbergs durchgeführt.

Szenarien für die Zukunft: WIFO durchleuchtet Entwicklungsperspektiven

Im Auftrag der Stadtverwaltung und der Zentralsparkasse stellt das Wirtschaftsforschungsinstitut (WIFO) heuer im Frühjahr die Studie über „Längerfristige Entwicklungsperspektiven des Wiener Fremdenverkehrs“ fertig. Die Wünsche und Haltungen der Gäste von heute und eine Reihe von Szenarien für die zukünftige Entwicklung des Wien-Tourismus werden bei einer Wiener Fremdenverkehrsenquête am 6. Juni 1988 von der gesamten Tourismus-Branche diskutiert werden. (Schluß) wfv/rr

Forts. von Blatt 92

Hatzl: Für 75 Prozent ist Wiener Tarif günstiger

Wien, 19.1. (RK-KOMMUNAL) Im Pressegespräch des Bürgermeisters stellte Energiestadtrat Johann HATZL nochmals fest, daß es bezüglich der Wiener E-Werke und damit des Wiener Strompreises keinen Rechnungshofbericht gibt und die Wiener E-Werke auch vom Rechnungshof in den letzten Jahren nicht überprüft wurden. Es sei aber bekannt, daß der Rechnungshof ab dem Frühjahr dieses Jahres eine Prüfung vornehmen wird.

Behauptungen über Prüfungsergebnisse, wie von Stadtrat Busek mitgeteilt, seien daher aus der Luft gegriffen, sagte Hatzl. Bezüglich der Informationen sei festzuhalten, daß die jeweiligen Tarifrträge dem Wiener Gemeinderat vorliegen, daß aber auch die Wirtschaftspläne und die Rechnungsabschlüsse den Mitgliedern des Gemeinderatsausschusses Verkehr und Energie selbstverständlich zur Verfügung gestellt werden.

Zu den Behauptungen, Niederösterreich sei billiger bei seinem Stromtarif als Wien, hielt Hatzl fest, daß die Wiener E-Werke im Februar 1987 eine Tarifsenkung um 6 Groschen, die NEWAG nur um 5 Groschen vorgenommen haben. Erst jetzt, Mitte Jänner 1988, wurde in Niederösterreich der Arbeitspreis für die Haushalte um einen weiteren Groschen abgesenkt. Es sei daher keine weitere Verbilligung, sondern ein Nachziehen zum Wiener Stromtarif eingetreten.

Gleichzeitig wurde in Niederösterreich, so Hatzl, eine Umstellung der Grundpreisbemessung von den Tarifräumen auf elektrische Bezugsgrößen vorgenommen. Diese ergibt in der Tat, daß etwa ab 4 Tarifräume (das sind vor allem Einfamilienhäuser bzw. Großwohnungen) der Tarif im Vergleich zu den Wiener E-Werken geringfügig günstiger wird, jedoch bei den Klein- und Mittel-Haushalten, und das sind rund 75 Prozent, bleibt der Wiener Tarif günstiger, da der Wiener Grundpreis günstiger als der der EVN sei.

„Behauptungen, daß Wien im Vergleich zu Niederösterreich über einen erhöhten Stromtarif verfügt, sind daher absurd und beweisen das Unwissen des Behaupters“, sagte Hatzl. Es solle auch nicht übersehen werden, daß die Wiener E-Werke zum Unterschied von anderen, besonders Niederösterreich, ein Vielfaches mehr an Umweltmaßnahmen durchführen, so daß allein 1988 mehr als 500 Millionen Schilling zusätzliche Belastung für die Wiener E-Werke entstehen. Dennoch ist es seit 1982 zu keiner Strompreiserhöhung gekommen. Zu den Einstandspreisen stellte Hatzl abschließend fest, daß es beim Verbundstrom keine Änderung, bei den Rohölpreisen sogar eine Erhöhung gegenüber dem Zeitpunkt der letzten Strompreissenkung in Wien gegeben habe. (Schluß) roh/bs

„Das Wiener Wasser kommt aus den Bergen“

Neue Broschüre über das Wiener Wasser

Wien, 19.1. (RK-KOMMUNAL) Umweltstadtrat Helmut BRAUN stellte am Dienstag im Bürgermeister-Pressegespräch die neue Broschüre „Das Wiener Wasser kommt aus den Bergen“ vor. Die Broschüre enthält unter folgenden Kapiteln Wissenswertes über das Wiener Wasser:

- Woher unser Wasser kommt
- Wie war das mit der Trinkwasserversorgung früher
- Alles über die Pfannbauernquelle
- Wasserhärte in Wien
- Wassersparen — Hinweise und Tips
- Leitungsschäden/Frostschutz
- Neuanschlüsse
- Gesetzliche Bestimmungen.

Fast 600 Mitarbeiter der Stadt Wien sind tagtäglich im Einsatz, damit jederzeit einwandfreies Trinkwasser zur Verfügung steht. Mit der Einspeisung der Pfannbauernquelle in die I. Hochquellenleitung werden Ende dieses Jahres zusätzlich rund 25.000 Kubikmeter Wasser pro Tag nach Wien fließen.

Ein wichtiges Kapitel behandelt den Wasserverlust, z. B. durch Leitungsschäden, und stellt Sparmaßnahmen vor.

Außerdem findet man in der Broschüre wichtige Telefonnummern: bei Gebrechen an öffentlichen Leitungen Wasserleitungsbereitschaftsdienst 599 59; bei Gebrechen an Innenanlagen 56 37 30.

Die Broschüre wird zur Zeit an alle Wiener Haushalte verschickt. Außerdem ist sie bei der Stadtinformation erhältlich und liegt in Kaffeehäusern auf. (Schluß) du/rr

chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Verlag: Pressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133940, Chefredakteur Fred Vavrousek, Verlags- und Herstellungsort Wien.
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zelle. Auf Recyclingpapier gedruckt!

Mittwoch, 20. Jänner 1988

Blatt 96

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Ausstellungsprogramm der Wiener Stadt- und Landesbibliothek 1988 (97)
- „Der Linienwall“ im Bezirksmuseum Meidling (97)
- Gemeinderatsauschuß Gesundheitswesen konstituiert (98)
- Erster Familiensonntag 1988 (99)
- 25 Jahre Militärkommando Wien (100)
- Wiener FPÖ will Entpolitisierung des Wohnbaus (101)
- Edlinger: FPÖ-Vorschläge sind Diskussionsgrundlage (101)
- Familie Podstatny: Übersiedlung in Familienherberge (nur FS: 19.1.)

Ausstellungsprogramm der Wiener Stadt- und Landesbibliothek 1988

Wien, 20.1. (RK-KULTUR) Die Wiener Stadt- und Landesbibliothek zeigt im Jahr 1988 die folgenden Ausstellungen:

bis Ende Februar 1988:

„Das gab's nur einmal ... Die Schlager der 20er Jahre“.

Diese Ausstellung, die seit Ende des vergangenen Jahres läuft, erfreut sich ständigen Besuches und zeigt auch bereits internationales Echo und Anfragen, besonders aus dem deutschsprachigen Raum.

Anfang März bis Ende Juni 1988:

„Wiener Musikerkarikaturen“.

Hier soll in einer kleinen Übersicht und Auswahl der reiche Bestand der Bibliothek an Karikaturen über Musiker und ihre Werke gezeigt werden.

Anfang Juli 1988 bis Ende Oktober 1988:

„Hans Weigel. Leben und Werk zum 80. Geburtstag“.

Hier wird versucht werden, das Leben und Schaffen dieses für das Wiener Kulturleben so bedeutsamen Schriftstellers und Kritikers zu zeigen, der seit Jahrzehnten mit dieser Bibliothek engen freundschaftlichen Kontakt hält.

Anfang November 1988 bis Ende Februar 1989:

„Der Erste Weltkrieg“

Hier soll daran erinnert werden, daß das Jahr 1988 auch im Bezug auf den Ersten Weltkrieg ein Gedenk- und Besinnungsjahr sein wird. Dieser ist 1918 — also vor 70 Jahren — zu Ende gegangen und hat in seinen Folgewirkungen für Österreich und seine Menschen überaus schwerwiegende Auswirkungen gehabt.

Die Ausstellungen sind jeweils von Montag bis Donnerstag von 8 bis 18 Uhr und Freitag von 8 bis 16 Uhr auf dem Bibliotheksgang im Rathaus zu sehen.
(Schluß) gab/rr

„Der Linienwall“ im Bezirksmuseum Meidling

Wien, 20.1. (RK-LOKAL) Die vom Wiener Stadt- und Landesarchiv gestaltete Ausstellung „Der Linienwall. Von der Befestigungsanlage zum Gürtel“ ist nun bis 28. Februar jeden Sonntag von 10 bis 12 Uhr im Bezirksmuseum Meidling, 12, Koblingergasse 7, zu sehen.

Die kleine Schau über die Geschichte der Gürtelstraße wird am Donnerstag, dem 21. Jänner, um 18 Uhr, von Bezirksvorsteher Ing. Kurt NEIGER nach einführenden Worten von Dr. Wolfgang MAYER (Wiener Stadt- und Landesarchiv) eröffnet. Im Anschluß an die Eröffnung findet in der Bibliothek des Bezirksmuseums ein Dia-Vortrag statt. Louise ROUBAL spricht zum Thema „Man geht daran vorbei. Hausbilder und Denkmale“. (Schluß) am/gg

Gemeinderatsausschuß Gesundheitswesen konstituiert

Stacher setzt sich für Jungärzte ein

Wien, 20.1. (RK-KOMMUNAL) Der Gemeinderatsausschuß für Gesundheits- und Spitalswesen trat Dienstag nachmittag zu seiner ersten Sitzung zusammen. Zum Vorsitzenden des Ausschusses — die entsprechende Geschäftsgruppe wird von Stadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER geleitet — wurde Frau Gemeinderat Ilse FORSTER (SPÖ), zu ihren Stellvertretern wurden Gemeinderat Erich HUBER (SPÖ) und Gemeinderat Karl DALLER (ÖVP) gewählt.

Zu einem Beschlußantrag der SPÖ im Wiener Gemeinderat teilte Stacher mit, daß er bereits Kontakte mit dem Wissenschaftsminister, dem Gesundheitsminister und dem Präsidenten der Wiener Ärztekammer aufgenommen habe, um die Situation der Jungärzte zu verbessern. Ziel der geplanten Gespräche und Verhandlungen ist es unter anderem,

- in den anderen Bundesländern mehr Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen.
- Möglichkeiten für Lehrpraxen zu schaffen,
- zu prüfen, in welcher Form Jungärzte in ihrer Wartezeit auf einen Turnusplatz für Forschungszwecke eingesetzt werden können, und
- zu erreichen, daß eine gesamtösterreichische Vormerkliste angelegt wird (die Warteliste für die Wiener städtischen Krankenanstalten liegt bereits offen auf).

Zu einem Beschlußantrag der FPÖ, Jungärzten die Möglichkeit anzubieten, in der städtischen Krankenpflege zu arbeiten, wurde festgestellt, daß in Wien schon seit 1982 mehrere hundert Jungärzte im Pflegedienst eingesetzt wurden. Die Jungärzte arbeiten im Pflegedienst, um einerseits die Wartezeit auf einen Turnusplatz sinnvoll zu überbrücken, andererseits aber auch Engpässe auf dem Sektor des Pflegepersonals zu mildern. Derzeit können 60 Jungärzte ein Jahr lang im Pflegedienst tätig sein. In den Sommermonaten 1987 konnten weitere 75 Jungärzte im Pflegedienst arbeiten, um den während der Urlaubsmonate verringerten Personalstand auszugleichen.

Begleitende Kontrolle für das SMZ Ost

Der Gemeinderatsausschuß genehmigte einen Betrag von 5,6 Millionen Schilling für die Begleitende Kontrolle beim Bau des Krankenhauses im Sozialmedizinischen Zentrum Ost (bis 1994). Zu den Aufgaben dieser Begleitenden Kontrolle gehört es unter anderem,

- die Projektorganisation auf ihre Zweckmäßigkeit zu überprüfen,
- den zeitgerechten Einsatz von Leistungen zu überwachen,
- die Kostenermittlungen zu überprüfen, Kostenabweichungen festzustellen und die voraussichtlichen Gesamtkosten laufend hochzurechnen,
- Termin- und Kapazitätspläne zu überprüfen,
- die Vollständigkeit der Leistungsbeschreibungen, die termingerechte Ausschreibung und die formale Abwicklung der Auftragsvergaben zu kontrollieren sowie
- regelmäßige Berichte zu erstellen.

Dazu wird auch ein EDV-gestütztes, projektbegleitendes Informationssystem (Datenbank) eingerichtet und betrieben. (Schluß) sc/bs

Erster Familiensonntag 1988

Wien, 20.1. (RK-LOKAL) Der Fasching steht im Mittelpunkt einiger Veranstaltungen des 1. Familiensonntags 1988 am 24. Jänner. Faschingsfeste für Kinder und Eltern gibt es im Haus der Jugend im 5. Bezirk und im Albert-Sever-Saal in Ottakring, ein großes Folklorefest findet im Veranstaltungszentrum FRITZ statt, und Ingrid RIEGLER lädt zu einem „Bunten Nachmittag“ in das Haus der Begegnung Liesing ein. Einige weitere Programmpunkte des Familiensonntags des Landesjugendreferates:

- Die persische Gruppe Gohar Morad bittet zu „Spiel und Theater“ in den Wappen- und den Steinsaal des Rathauses,
- Historische Zaubermalerei gibt es im Jugendzentrum Rudolfsheim,
- „Trara, die Post ist da!“ heißt es im Zentrum Wienerberg,
- das Bezirksmuseum Simmering präsentiert die „Heinz Conrads-Ausstellung“.

(Schluß) jel/bs

25 Jahre Militärkommando Wien

Wien, 20.1. (RK-LOKAL) Das Militärkommando Wien feierte Mittwoch im Wiener Rathaus in einem Festakt sein 25-jähriges Bestehen. Nach der Begrüßung durch Divisionär Karl MAJCEN überreichte Landeshauptmann-Stellvertreter Hans MAYR Erinnerungsurkunden an Angehörige des Militärkommandos. Die Festansprache hielt der ehemalige Armeekommandant General i.R. Emil SPANOCCHI. (Schluß) sei/bs

Wiener FPÖ will Entpolitisierung des Wohnbaus

Wien, 20.1. (RK-KOMMUNAL/POLITIK) Eine Objektivierung bei der Vergabe von Wohnbauförderungsmitteln und eine Verbesserung der Arbeit des Wiener Stadterneuerungsfonds hat sich die Wiener FPÖ zum Ziel gesetzt. Wie FPÖ-Klubobmann GR. Dr. Erwin HIRNSCHALL heute in einer Pressekonferenz erklärte, werde die FPÖ, die nun im Wohnbauförderungsbeirat und im Kuratorium des Wiener Stadterneuerungsfonds vertreten sei, für eine Entpolitisierung und Qualitätsverbesserung des Wohnungsneubaus, eine Verbesserung der Kontrollmöglichkeiten durch die Bewohner und das Kontrollamt sowie für eine Weiterführung der Reform des Wiener Stadterneuerungsfonds eintreten.

Hirnschall zur Strompreis-Diskussion

Zur aktuellen Strompreisdiskussion erklärte Hirnschall, daß er zwar einer Prüfung des Wiener Strompreises durch das Kontrollamt zustimmen werde; entscheidend sei aber, daß nun der Wirtschaftsminister als Preisbehörde am Zug sei, um einen volkswirtschaftlich gerechtfertigten Preis zu bestimmen und österreichweit somit die Strompreise im Sinn der Kritik des Rechnungshofes zu korrigieren. (Schluß) ah/bs

Edlinger: FPÖ-Vorschläge sind Diskussionsgrundlage

Wien, 20.1. (RK-KOMMUNAL/POLITIK) Wiens Wohnbaustadtrat Rudolf EDLINGER stellte gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“ fest, daß die heutigen Vorschläge der Wiener FPÖ zur Wohnbaupolitik seit langem die ersten inhaltlichen Diskussionsbeiträge seien. Er stimme den Vorschlägen zwar nicht in allen Bereichen zu, aber man könne über vieles reden.

Im einzelnen stellte Edlinger fest, daß nicht der Eindruck erweckt werden sollte, daß die Vergabe von Wohnbauförderungsmitteln bisher unter Ausschluß jeglicher Qualitätskriterien erfolgt sei. Die geltenden Gesetze und Normen seien sehr weitgehend, und deren Einhaltung würde von der Magistratsabteilung 50 als Aufsichtsbehörde streng überwacht.

Zu begrüßen sei auch das Verlangen der Wiener FPÖ nach erweiterter Mitbestimmung im Wohnbau, was den Schluß zulasse, so Edlinger, daß die FPÖ die Forderung der SPÖ nach einer Verankerung der Mietermitbestimmung im Mietrechtsgesetz unterstützen werde.

Unberechtigt sei allerdings die Kritik an der Begutachtung von Sanierungsanträgen. 190 Ziviltechniker seien derzeit vom Stadterneuerungsfonds mit Prüftätigkeiten beauftragt. Außerdem sei seit Jänner 1987 zwingend vorgeschrieben, daß die örtliche Bauaufsicht und Planung von Sanierungen durch qualifizierte Baumeister und Ziviltechniker zu erfolgen habe, was bis dahin durch die Hausverwaltungen geschah, schloß Edlinger. (Schluß) ah/rr

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Fred Vavrousek, Verlags- und Herstellungsort Wien.
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt

Donnerstag, 21. Jänner 1988

Blatt 102

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Tage der Offenen Tür in der Fachschule für wirtschaftliche Berufe (103)
- „Fahrt zum Schnee“ auch in den Semesterferien (104)
- U 3-Tunnel im Abschnitt Schlachthausgasse fertig (105)
- Das Gesundheitswesen im Jahr 2000 (106/107)
- Hand im Videorecorder eingeklemmt (nur FS)

Kultur:

- Zeitgenössisches Musikfest „Wien Modern“ (108)
- „Widerstand in Wien“ (108)

Tage der Offenen Tür in der Fachschule für wirtschaftliche Berufe

Wien, 21.1. (RK-LOKAL) Tage der Offenen Tür gibt es am 27. und 28. Jänner in der Fachschule für wirtschaftliche Berufe in 9, Hahngasse 35.

Für interessierte Schülerinnen und Schüler, die nach Absolvierung der 8. Schulstufe eine Fachausbildung in haushaltstechnischer oder kaufmännischer Richtung in der Haushaltungsschule oder der Fachschule für wirtschaftliche Berufe anstreben, gibt es von 9 bis 14 Uhr Führungen und zahlreiche Informationen. Anmeldungen für die Führungen sind unter der Telefonnummer 34 92 96 erbeten. (Schluß) jel/bs

„Fahrt zum Schnee“ auch in den Semesterferien

Wien, 21.1. (RK-LOKAL) Auch in den Semesterferien (täglich vom 1. bis 5. Februar) bietet das Sportamt der Stadt Wien Kindern und Jugendlichen im Rahmen der Aktion „Fahrt zum Schnee“ die beliebten Skifahrten in die schönsten Skigebiete in Nähe der Bundeshauptstadt an.

Jugendliche haben einen täglichen Kostenbeitrag von 90 Schilling, Begleitpersonen von 130 Schilling zu entrichten.

Die Abfahrten erfolgen täglich mit den Bussen um 7.30 Uhr vom Rathausplatz (Rathausaufgang), die Rückkehr ist jeweils für 18 Uhr vorgesehen.

Karten für die Semesterskifahrten werden am 25. und 26. Jänner von 15 bis 19 Uhr im Sportamt, Wien 1, Ebendorferstraße 4, 1. Stock, Zimmer 104, abgegeben. Nachmeldungen sind vom 1. bis 4. Februar im Sportamt von 8 bis 11 Uhr möglich.

Nähere Auskünfte erhalten Interessierte unter der Rufnummer 42 800/2799 oder 2733.

Als Alternative: Semesterskikurs aufs Klippitzthörl

Mädchen und Burschen im Alter von 8 bis 15 Jahren aufgepaßt! Wer die kompletten Semesterferien mit Skifahren verbringen will, dem bietet das Sportamt der Stadt Wien einen tollen Skikurs auf dem Klippitzthörl im Oberen Lavanttal in Kärnten an. Ausgesuchtes Lehr- und Betreuungspersonal wird für Skiunterricht und Pistengaudi ebenso wie für die tägliche Abendgestaltung sorgen.

Im Preis von 2.350 Schilling sind die Fahrt, Unterkunft, Vollpension, Kursbeitrag, Abendgestaltungen und Skirennen inbegriffen. Die Liftkarte (6 Lifte) für die gesamte Kursdauer kostet zusätzlich 500 Schilling.

Abfahrt ist am 30. Jänner um 13 Uhr am Friedrich-Schmidt-Platz 1, Ankunft am 7. Februar um ca. 15 Uhr (Auskünfte unter Tel. 42 800/2799 bei Dipl.-Sportlehrer Skoczowsky). (Schluß) hof/gg

U 3-Tunnel im Abschnitt „Schlachthausgasse“ fertiggestellt

Wien, 21.1. (RK-KOMMUNAL) Der Bauabschnitt „Schlachthausgasse“ der U 3 im dritten Bezirk ist 600 Meter lang und wird zum Großteil in offener Bauweise errichtet. Ein 75 Meter langes Teilstück mußte wegen des Hauses Kleingasse 2, das mitten in der U-Bahn-Trasse liegt, in geschlossener Bauweise vorgetrieben werden. Die Fertigstellung dieses Tunnels wurde Donnerstag in Anwesenheit von Verkehrsstadtrat Johann HATZL, Bezirksvorsteher Rudolf BERGEN sowie zahlreicher Anrainer mit dem „Tunneldurchschlag“ gefeiert.

Trotz des kurzen Bereiches waren die Arbeiten nicht einfach. So mußte aus Sicherheitsgründen der Boden unter dem Objekt Kleingasse 2 verfestigt werden. Erst nach Abschluß der Injektionsarbeiten und dem Absenken des Grundwassers konnte mit den Vortriebsarbeiten begonnen werden. Zur Sicherung beim Ausbruch wurden Spritzbeton mit Baustahlgitter und stählerne Ausbaubögen verwendet. Nun konnten die Vortriebsarbeiten mit dem Erreichen der Schlitzwand im Zielschacht erfolgreich abgeschlossen werden.

Auch in den anderen Bereichen des Bauabschnittes sind die Arbeiten weit gediehen. Von der Leonhardgasse bis vor das Haus Kleingasse 2 wurden der „Stahlstreifenhorizont“, die Träger und Roste der Tunneldecke sowie Teile der Sohlplatten für den zweigleisigen Tunnel hergestellt. Die Unterfahung des Hauses Leonhardgasse 1 konnte abgeschlossen werden.

Im Bereich des eingleisigen Streckentunnels vor dem Haus Kleingasse 2 wurden die Tunneldecke und die Sohlplatte hergestellt. Im Bereich der Station „Schlachthausgasse“, zwischen der Kleingasse und der Würtzlerstraße, konnten ein Teil der Träger und Roste der Tunneldecke, der Sohlplatten und Tunnelwände hergestellt werden. Der Individualverkehr mußte örtlich umgeleitet werden. Um den Straßenbahnbetrieb in der Schlachthausgasse während der Bauarbeiten aufrecht zu erhalten, wurde eine eigene Straßenbahnhilfsbrücke eingebaut. Die Häuser Schlachthausgasse 24 A und Markhofgasse 2 wurden mit hydraulischen Pressen aus Stahlkonstruktionen umgelagert, um den U-Bahn-Tunnel im Bereich dieser Objekte herstellen zu können. Die Schlitzwandarbeiten konnten mit der Herstellung der restlichen Schlitzwände in der Schlachthausgasse abgeschlossen werden.

Der Streckentunnel von der Würtzlerstraße bis zur Erdbergstraße wurde mit der Herstellung der Deckenplatte, der Insolierung und der Schüttung fertiggestellt.

Die Gesamtkosten dieses Bauabschnittes betragen rund eine Milliarde Schilling. Bisher wurden schon 320 Millionen Schilling ausgegeben. Ende 1989 werden die Rohbauarbeiten in diesem Bereich beendet, die Betriebsaufnahme der U 3 von Erdberg bis zum Volkstheater wird am 31. März 1991 erfolgen. (Schluß) roh/bs

Das Gesundheitswesen Im Jahr 2000

Medizinische bzw. organisatorische Aufgaben und Probleme

Wien, 21.1. (RK-KOMMUNAL) Zivilisations- und Alterskrankheiten sowie Krankheiten infolge Umweltbelastungen werden ebenso zunehmen wie psychische und psychosomatische Störungen. Hingegen wird es — von der AIDS-Problematik abgesehen — keine neuen infektiösen Massenerkrankungen geben. Der Gesundheitserziehung bzw. -beratung wird besondere Bedeutung zukommen. Ferner werden Ärzten und Patienten neue diagnostische und therapeutische Möglichkeiten zur Verfügung stehen. Dies sind einige der wesentlichsten Ergebnisse bzw. Prognosen, die von den Teilnehmern des Projektes „Medizin und Gesundheit 2000“ bisher erstellt und von Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER Mittwoch abend in seiner „Gesundheitspolitischen Presserunde“ vorgestellt wurden.

Mehr als 1.600 Teilnehmer

Rund 1.200 Ärzte und 400 Angehörige anderer medizinischer Berufsgruppen haben sich im Rahmen dieses Projektes im Laufe des vergangenen Jahres über Einladung des Gesundheitsstadtrates in acht Arbeitskreisen bzw. 100 Arbeitsgruppen mit den zu erwartenden Entwicklungen und Veränderungen des Gesundheitswesens beschäftigt. Insgesamt wurden 10 Fragen gestellt, die sich auf die Zukunft der Medizin und des Gesundheitswesens bezogen. Eine Auswertung der Antworten auf die ersten fünf Fragen liegt nunmehr vor.

Neues medizinisches Angebot

Das „Medizinische Angebot“ wird sich, wie Stacher erklärte, bis zum Jahr 2000 wesentlich verändern. Dafür einige Prognosen als Beispiele:

- Die Zahl der Transplantationspatienten wird zunehmen.
- Die Sterblichkeitsrate bei Krebspatienten wird abnehmen.
- Steigen wird der Bedarf an Blutkonserven bzw. Thrombo- und Erythrozytenkonzentraten.
- Es wird schmerzfreiere Untersuchungs- und Behandlungsverfahren geben.
- Notwenig wird ferner eine physiko- und ergotherapeutische Basisversorgung — z.B. durch mobile Ergotherapeuten — sein.
- Zu den „forcierten“ medizinischen Gebieten werden die konservierende Zahnbehandlung, die Prävention, Prophylaxe und die Implantologie zählen.
- Bis zum Jahr 2000 muß außerdem ein flächendeckendes Notarztsystem durch Hubschrauber und Notarztwagen installiert werden. Damit ist auch die Errichtung von unfallchirurgischen Abteilungen in allen Schwerpunktkrankenhäusern Österreichs verbunden.

Differenzierung der Medizin

Auf die Frage nach einer weiteren Differenzierung der medizinischen Fächer wurde vor allem festgestellt, daß es notwendig sein wird, eine neue Gewichtung in Richtung Vorbeugung, Allgemeinmedizin, Rehabilitationsmedizin und ganzheitliches Denken zu setzen. Anstelle einer zu starken Differenzierung der bereits jetzt hochspezialisierten Fächer sollte, wie Univ.-Prof. Dr. Stacher erklärte, die Kooperation verbessert werden. So wäre es empfehlenswert, neue Integrationsfächer, wie Präventivmedizin, Umwelt-, Sozial- und Arbeitsmedizin, Rehabilitation und Geriatrie, zu forcieren.

Ärzte in die Planung einbeziehen

Über die Diskussion in den Arbeitskreisen berichteten Univ.-Prof. Dr. Friedrich KUBICEK, Vorstand der Internen Abteilung und Ärztlicher Direktor des Elisabeth-Spitals, Diplomassistentin Sylvia MERRIAUX von der Schule für den physiko-therapeutischen Dienst am Wilhelminenspital und Dr. Hannes SCHMIDL vom Anstaltenamt (Magistratsabteilung 17). Als wesentlichste Forderungen wurden dabei unter anderem der Ausbau der Rehabilitationsmöglichkeiten, die Schaffung von Gemeinschaftspraxen sowie die Einbeziehung von Ärzten bei der Planung von Wohnbau-Großprojekten genannt. (Schluß) zi/bs

Forts. von Blatt 106

Zeitgenössisches Musikfest „Wien Modern“

Wien, 21.1. (RK-KULTUR) Das Kulturamt der Stadt Wien veranstaltet vom 26. Oktober bis 21. November 1988 erstmals gemeinsam mit der Gesellschaft der Musikfreunde und der Wiener Konzerthausgesellschaft das zeitgenössische Musikfest „Wien Modern“. Kulturstadtrat Dr. Ursula PASTERK und der künstlerische Leiter des Festivals, Generalmusikdirektor Claudio ABBADO, stellten am Mittwoch gemeinsam mit den Organisatoren Dr. Thomas ANGYAN, Dr. Rainer BISCHOF und Alexander PEREIRA, das Programm der Konzertreihe vor, die dem Schaffen der Komponisten György Ligeti, Luigi Nono, Pierre Boulez, György Kurtag und Wolfgang Rihm gewidmet ist.

Kulturstadtrat Dr. Pasterk wies auf die Bedeutung dieser Initiative im Sinne einer Kulturpolitik hin, die der Internationalität Wiens und der Öffnung zum Zeitgenössischen verpflichtet ist. „Wien Modern“ sei in dieser Hinsicht als weiterer wichtiger Schritt auf dem Gebiet der Musik zu sehen.

Ansatzpunkt des diesjährigen Festivals ist das Schaffen der Komponisten der Wiener Schule und deren Ausstrahlung über Jahrzehnte hinweg. Neben den Komponistenportraits von Ligeti, Nono, Boulez, Kurtag und Rihm finden sich daher auch Werke von Schönberg, Berg und Webern im Programm der insgesamt 30 Konzerte, die im Musikvereinsgebäude, im Konzerthaus und in der Secession stattfinden. Dirigenten wie Claudio Abbado, Michael Gielen, Friedrich Cerha und Pierre Boulez und Ensembles wie die Wiener Philharmoniker, das ORF-Sinfonie-Orchester, das Chamber Orchestra of Europe, das Ensemble „die reihe“, das Ensemble modern, das Ensemble InterContemporain, das Ensemble Kontrapunkte und das Ensemble des 20. Jahrhunderts sowie viele namhafte Solisten garantieren für höchstes musikalisches Niveau bei den Ausführenden.

Die Stadt Wien trägt zur Finanzierung des Festivals 5,8 Millionen Schilling bei, der Bund eine Million. Der Großteil der Konzerte kann mit einem Generalpaß um 400 Schilling besucht werden. Für die restlichen Konzerte berechtigt der Paß zu um 20 Prozent ermäßigten Eintrittskarten. (Schluß) gab/gg

„Widerstand in Wien“

Podiumsgespräch im Rahmen der Wiener Vorlesungen

Wien, 21.1. (RK-KULTUR) Die nächste Veranstaltung im Rahmen der Wiener Vorlesungen, am Donnerstag, dem 28. Jänner, ist dem Thema „Widerstand in Wien“ gewidmet. Unter der Moderation von Minister a.D. Franz KREUZER diskutieren Sektionschef i.R. Ferdinand KÄS, Dr. Wolfgang LAUBER, die Architektin Margarete SCHÜTTE-LIHOTZKY, Univ.-Lektor Dr. Wolfgang NEUGEBAUER, Dr. Ella LINGENS und Univ.-Prof. Dr. Erika WEINZIERL.

Die Podiumsdiskussion beginnt um 19 Uhr im Stadtsenatssitzungssaal des Rathauses. (Schluß) red/rr

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861



Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Fred Vovrousek, Verlags- und Herstellungsort Wien.
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt!

Freitag, 22. Jänner 1988

Blatt 109

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Politik:

10. März: Großkundgebung auf dem Rathausplatz (113)

Kommunal/Lokal:

Neue Selbstschutzkurse beginnen in Kürze in vier Bezirken (110)

78.000 Rettungseinsätze im Jahr 1987 (111)

Enquete des Jugendamtes (112)

Terminvorschau vom 25. Jänner bis 5. Februar 1988 (115)

Brand in Wohnung (nur FS)

Kultur:

80. Geburtstag von Architekt Prof. Lippert (114)

Neue Selbstschutzkurse beginnen in Kürze in vier Bezirken

Kursprogramme in der Stadtinformation

Wien, 22.1. (RK-LOKAL) In Kürze beginnen wieder neue Selbstschutzkurse. Diesmal finden sie im 4., 11., 14. und 20. Bezirk statt. Die genauen Kursprogramme mit allen Terminen liegen in der Stadtinformation auf und können hier auch telefonisch (43 89 89) bestellt werden.

Kurse ab Anfang Februar

In einer Katastrophensituation kann es entscheidend sein, jene grundlegenden Kenntnisse zu besitzen, die Voraussetzung dafür sind, Probleme auch selbst lösen zu können. Die Stadt Wien bietet daher umfassende Informations- und Ausbildungsmöglichkeiten auf dem Gebiet des Selbstschutzes an.

Selbstschutzkurse finden im Frühjahr 1988

- im 4. Bezirk vom 9. Februar bis 24. März (Amtshaus, 4., Favoritenstraße 18),
- im 11. Bezirk vom 8. März bis 31. Mai (Zentrum Simmering, Simmeringer Hauptstraße 96 A)
- im 14. Bezirk vom 11. Februar bis 21. April (Volkshochschule Penzing, Lortzinggasse 2) und
- im 20. Bezirk vom 8. Februar bis 25. April (Volkshochschule Brigittenau, Raffaelgasse 11-13) statt.

Urkunde dokumentiert die Teilnahme am Kurs

Wer an allen Veranstaltungen einer Kursreihe in einem Bezirk teilgenommen hat, erhält darüber eine Urkunde — als sichtbares Zeichen für die Fähigkeit, mit akuten Notsituationen selbst leichter fertigwerden und anderen dabei helfen zu können. Die Bestätigung über die Teilnahme am Erste-Hilfe-Kurs gilt auch als Nachweis der Erste-Hilfe-Ausbildung für die Erlangung des Führerscheines. Der Besuch der Kurse ist kostenlos. (Schluß) and/bs

78.000 Rettungseinsätze im Jahr 1987

7 Prozent mehr als im Vorjahr

Wien, 22.1. (RK-KOMMUNAL) Die Fahrzeuge der Wiener Rettungsgemeinschaft (städtischer Rettungsdienst, Rettungseinsätze des Krankentransportdienstes, Rotes Kreuz, Arbeiter-Samariter-Bund, Johanniter-Unfallhilfe) hatten 1987 78.373 Einsätze und beförderten dabei 77.232 Personen. Gegenüber 1986 entspricht das einer Zunahme von knapp 7 Prozent bei den Einsätzen und bei den beförderten Personen. Allein die Fahrzeuge des städtischen Rettungsdienstes legten bei 58.306 Ausfahrten fast 557.000 Kilometer zurück.

Die Rettungsgemeinschaft intervenierte im vergangenen Jahr bei 43.423 akut Erkrankten, davon wurde bei 1.661 Patienten ein Herzinfarkt, bei 5.090 Patienten wurden sonstige Herzerkrankungen festgestellt. Sie betreute ferner 30.065 verletzte Personen, davon 7.019 nach Verkehrsunfällen, 4.145 nach Betriebsunfällen und 814 nach Sportunfällen. 1.773 Personen waren nach den Unfällen schwer verletzt. Bei 174 Personen lagen Verbrennungen vor, bei 1.362 Personen Vergiftungen, bei 566 Personen Selbstmordversuche. In 639 Fällen wurde die Rettung zu Psychosen gerufen. 5.662 Patienten, etwas mehr als 7 Prozent, standen unter Alkoholeinfluß.

2.832 Personen konnten nicht mehr gerettet werden. Die Todesursache war in 736 Fällen Herzinfarkt, in 38 Fällen Verkehrsunfall, in 191 Fällen Selbstmord und in 9 Fällen Drogenmißbrauch.

Die Rettungsgemeinschaft mußte 36.506 Mal in Wohnungen intervenieren. 24.700 Patienten wurden in ein Spital gebracht. Der städtische Krankentransportdienst transportierte im Jahr 1987 61.079 Patienten und legte dabei fast 769.000 Kilometer zurück.

Die Bettenzentrale vermittelte im abgelaufenen Jahr 20.730 Patienten in die Wiener Spitäler. Davon waren 16.900 Patienten älter als 60 Jahre, 1.057 Patienten sogar älter als 90 Jahre. (Schluß) sc/bs

Enquete des Jugendamtes

Aspekte zeitgemäßer Jugend- und Familienerholung

Wien, 22.1. (RK-KOMMUNAL) Eine Enquete zum Thema „Aspekte zeitgemäßer Jugend- und Familienerholung“ des Wiener Jugendamtes eröffnete Donnerstag nachmittag Vizebürgermeister Ingrid SMEJKAL.

An der Veranstaltung, die sich mit pädagogischen und sozialen Aspekten zeitgemäßer Jugenderholung befaßte, nahmen Fachleute aus dem In- und Ausland, Vertreter aus den Bundesländern und den Organisationen des Wiener Jugendhilfswerkes teil.

Smejkal wies in ihrer Begrüßungsrede auf den Bedeutungswandel der Jugend- und Familienerholung hin. Waren in wirtschaftlich schlechter gestellten Zeiten vor allem gesundheitliche Aspekte wichtig, so gewinnen nun soziale Gesichtspunkte immer mehr an Wichtigkeit, sagte Smejkal. Aus den „Kinderverschickungsaktionen“ sei ein differenziertes Freizeitangebot geworden, das an die pädagogischen Fähigkeiten der Mitarbeiter hohe Ansprüche stellte. Freizeitpädagogik im Ausbildungsbereich junger Erzieher erscheine deshalb nicht als utopische Forderung.

Die umfangreiche Arbeit der im Wiener Jugendhilfswerk vertretenen 17 Organisationen soll durch moderne Jugend- und Familienerholung die Belastung und den Stress des Großstadtlebens ausgleichen und Erholung, Erlebnis und Erziehung bieten.

In 410 Turnussen werden dabei jährlich rund 10.500 Kinder betreut. (Schluß) jel/rr

10. März: Großkundgebung auf dem Rathausplatz

Wien, 22.1. (RK-POLITIK) Die Aktivitäten der Stadt Wien zum Gedenken an das tragische Geschehen im März 1938 werden am Donnerstag, dem 10. März, ihren Höhepunkt erreichen. Am Nachmittag wird der Wiener Landtag zu einer Gedenksitzung zusammentreten, am Abend findet eine Großkundgebung auf dem Rathausplatz statt, bei der Zeitzeugen im Rahmen eines künstlerischen Programms sprechen werden. (Schluß) sti/rr

80. Geburtstag von Architekt Prof. Lippert

Wien, 22.1. (RK-KULTUR) Der Architekt Georg LIPPERT wurde am 27. Jänner 1908 in Wien geboren. Er studierte an der Technischen Hochschule und an der Akademie der Bildenden Künste bei Professor Clemens Holzmeister und ist seit 1933 als selbständiger Architekt in Wien tätig.

Gemeinsam mit Kurt Klaudy und Fritz Purr hat er eine Anzahl von bekannten Wiener Bauten geplant. So stammen von ihm der Neubau auf der Dominikanerbastei und auf dem Lueger-Platz und die große Wohnhausanlage des Hugo Breitner-Hofes in Baumgarten. Lippert hat aber auch außerhalb Österreichs einen guten Namen. Er war als Architekt in Deutschland, in der Tschechoslowakei und in Bulgarien tätig.

Als Schüler Clemens Holzmeisters ist er auch Spezialist für den Kirchenbau. Eine Reihe von Siedlungs- und Industriebauten in Wien, Niederösterreich und der Steiermark zeigen, daß er einer der meistbeschäftigten Architekten Österreichs war. Zu seinen bekanntesten Einzelobjekten zählen das Semperit-Zentrum, das Gebäude der Bundesländer-Versicherung, das Hoffmann-La-Roche-Gebäude, das Diana-Zentrum, der Opernringhof, das Hotel Prinz Eugen und das Bürohaus neben der Karlskirche.

Dipl.-Ing. Georg Lippert erhielt am 10. November 1987 das Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien. (Schluß) red/gg

Terminvorschau vom 25. Jänner bis 5. Februar 1988

Wien, 22.1. (RK-KOMMUNAL) In der Zeit vom 25. Jänner bis 5. Februar hat die „RATHAUSKORRESPONDENZ“ vorläufig folgende Termine vorge-merkt (Änderungen vorbehalten):

MONTAG, 25. JÄNNER:

10.00 Uhr, Feier des 40jährigen Dienstjubiläums städtischer Bediensteter mit Bgm. Zilk (Wappensaal, Rathaus)

10.00 Uhr, Pressekonferenz der Wiener SPÖ (SPÖ-Klub)

11.00 Uhr, Pressekonferenz der Wiener ÖVP (Cafe Landtmann)

13.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung an Prof. Wolfgang Sawallisch durch Bgm. Zilk (Steinerner Saal, Rathaus)

DIENSTAG, 26. JÄNNER:

11.30 Uhr, Pressegespräch des Bürgermeisters (PID)

DONNERSTAG, 28. JÄNNER:

9.00 Uhr, Gemeinderatsausschuß Personal

11.00 Uhr, Pressekonferenz StR. Sallaberger „Donauraumjury“ (Messepalast Halle G, Eingang Burggasse)

18.00 Uhr, Präsentation des Buches „Wien — Ein Stadtführer durch den Widerstand 1934-1945“ (Rathaus, Stadtsenatssitzungssaal)

19.00 Uhr, Bgm. und StR. Dr. Pasterk: Wiener Vorlesungen, Podiumsgespräch mit Sektionschef i.R. Ferdinand Käs, Dr. Wolfgang Lauber, Arch. Margarete Schütz-Lihotzky, Dr. Ella Lingens, Univ.-Lektor Dr. Wolfgang Neugebauer, Univ.-Prof. Dr. Erika Weinzierl über das Thema „Widerstand in Wien“ (Stadtsenatssitzungssaal, Rathaus)

19.00 Uhr, Pressekonferenz der Wiener Holding (Wigast-Gustana), (Rathauskeller, Salon Lehar)

FREITAG, 29. JÄNNER:

ab 9.00 Uhr, Wiener Gemeinderat

SAMSTAG, 30. JÄNNER:

Beginn des Semesterferienspiels

MONTAG, 1. FEBRUAR:

11.00 Uhr, Pressegespräch der ÖVP (Cafe Landtmann)

DIENSTAG, 2. FEBRUAR:

11.30 Uhr, Pressegespräch des Bürgermeisters (PID)

MITTWOCH, 3. FEBRUAR:

9.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch StR. Sallaberger an Bau-meister Dipl.-Ing. Ferdinand Schindler (Arb.-Zimmer, Sallaberger)

10.00 Uhr, Überreichung des Dekretes „Regierungsrat“ durch StR. Salla-berger an Oberamtsrat Kurt Zillinger (Arb.-Zimmer, Sallaberger)

DONNERSTAG, 4. FEBRUAR:

10.00 Uhr, Verlegung des 3.000 km Gasrohr, StR. Hatzl

19.00 Uhr, Pressekonferenz Wiener Messe (Rathauskeller)

FREITAG, 5. FEBRUAR:

10.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch Bgm. Zilk an Prof. Dr. Josef Lovecek und Reg.Rat Hildegarde Waissenberger (Arb.-Zi., Bgm.)
(Schluß) ger/bs

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Fred Vavrousek, Verlags- und Herstellungsort: Wien,
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt!

Montag, 25. Jänner 1988

Blatt 116

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Politik:

Denkmal für Spanienkämpfer (120/FS: 24.1.)

Kommunal/Lokal:

Altbürgermeister Bruno Marek feiert 88. Geburtstag (117/FS: 22.1.)

Mutter-Kind-Krisenhilfe des Jugendamtes (118/FS: 23.1.)

60. Geburtstag von Landtagspräsident Fritz Hofmann (123)

Semester-Ferienspiel 88 ab 31. Jänner (124)

„Behindert leben in der Stadt“ (125)

40 Jahre im Dienste der Stadt Wien (126)

Zilk: Gas wird per 1. April billiger (127)

ÖVP: Donauraumgestaltung ist städtebauliche Jahrhundertchance (128)

Kellerbrand (nur FS/23.1.)

Brand im 2. Bezirk (nur FS/23.1.)

Brand forderte ein Menschenleben (nur FS/24.1.)

Brandstiftung im 2. Bezirk (nur FS/24.1.)

Dienstag Pressegespräch des Bürgermeisters (nur FS)

Leitschienenreparaturen auf Nord- und Reichsbrücke (nur FS)

Brandstifter wieder unterwegs (nur FS)

Bezirke:

Sitzungen von Bezirksvertretungen (121)

Kultur:

Behinderten-Einrichtungen für Musikverein (119/FS: 24.1.)

Alte Ansichtskarten im Bezirksmuseum Donaustadt (122)

„Kardinal Innitzer und die Juden“ (122)

Altbürgermeister Bruno Marek feiert 88. Geburtstag

Wien, 22.1. (RK-KOMMUNAL) Der frühere Wiener Bürgermeister, Kommerzialrat Bruno MAREK, feiert am Samstag seinen 88. Geburtstag. Aus diesem Anlaß hat Bürgermeister Dr. Helmut ZILK dem Jubilar namens der Bundeshauptstadt Wien und seiner Bewohner ein Glückwunschsreiben übermittelt. (Schluß) red/rr

Bereits am 22. Jänner 1988
über Fernschreiber ausgesendet!

Mutter-Kind-Krisenhilfe des Jugendamtes

10 weitere Plätze im Mutter-Kind-Heim Simmering

Wien, 23.1. (RK-KOMMUNAL) Zehn weitere Plätze werden ab Februar im Mutter-Kind-Heim des Jugendamtes in Simmering, Pleischlgasse 2, zur Verfügung stehen, um vor allem jüngeren Müttern und ihren Kindern in Krisensituationen zu helfen. Insgesamt verfügt das Wiener Jugendamt derzeit über 40 Krisenunterkünfte für Mütter und Kinder.

81 Müttern und 92 Kindern konnte durch die Bereitstellung eines Raumes oder einer Kleinwohnung im Jahr 1987 geholfen werden. 43 Mütter wurden im Lauf des vergangenen Jahres aus den Krisenunterkünften entlassen, 39 davon in eine eigene Wohnung. Rund 6 Monate beträgt die durchschnittliche Aufenthaltsdauer in den Krisenunterkünften des Jugendamtes. In diesem Zeitraum ist es den Mitarbeitern der Krisenhilfe in der Regel möglich, den jungen Müttern bei der Bewältigung ihrer Probleme und der Gründung einer selbständigen Existenz zu helfen. (Schluß) jel/bs

Bereits am 23. Jänner 1988
über Fernschreiber ausgesendet!

Behinderten-Einrichtungen für Musikverein

Wien, 24.1. (RK-KULTUR) Im Zuge der Restaurierungsarbeiten im Musikvereinsgebäude sind auch die entsprechenden Vorkehrungen für die Bedürfnisse körperbehinderter Besucher eingeplant. Als letzte entsprechende Maßnahme ist die Installation des hauseigenen Lifts für Behinderten-Benützung und der Anschluß eines Notstromaggregates vorgesehen. Der Gemeinderatsausschuß für Kultur bewilligte für diese Maßnahmen einen Betrag von 600.000 Schilling, was einem Drittel der Gesamtkosten entspricht.

In der gleichen Sitzung bewilligte der Ausschuß die dritte und letzte Rate in der Höhe von 3,5 Millionen Schilling für die bereits abgeschlossene Renovierung des Goldenen Saales im Musikvereinsgebäude. Die Stadt Wien hat damit zu diesen Arbeiten 10 Millionen Schilling beigetragen. (Schluß) gab/rr

Bereits am 24. Jänner 1988
über Fernschreiber ausgesendet!

Denkmal für Spanienkämpfer

Wien, 24.1. (RK-POLITIK) Auf dem Wiener Zentralfriedhof wird ein Denkmal für die österreichischen Spanienkämpfer aufgestellt. Es wird nahe der Gedenkstätte für die Opfer der Kämpfe im Februar 1934 beim 2. Tor stehen. Das Denkmal wird im Rahmen der Veranstaltungen zum Gedenken an die Tragödie des Jahres 1938 am 19. März enthüllt werden.

Parallel dazu wird ein Denkmal der österreichischen Spanienkämpfer in Barcelona, in der Weihestätte „Steinbruchgraben“, errichtet, das Mitte April enthüllt wird.

Im spanischen Bürgerkrieg, 1936-39, kämpften viele Österreicher auf Seiten der Republik gegen den Faschismus. Mehr als 1.700 Namen sind erfaßt, es waren jedoch zweifellos weit mehr. Viele von ihnen sind gefallen. Die meisten anderen wurden in Frankreich interniert, wo viele den Nationalsozialisten in die Hände fielen. Sie kamen in Konzentrationslager oder Gefängnisse, von wo nur wenige heimkehren konnten. Die Initiative zur Aufstellung der beiden Denkmäler ging von der „Vereinigung der österreichischen Interbrigadisten und Freunde des demokratischen Spanien“ aus, der etwa zweihundert überlebende Spanienkämpfer angehören. (Schluß)
sti/rr

Bereits am 24. Jänner 1988
über Fernschreiber ausgesendet!

Sitzungen von Bezirksvertretungen

Sitzung der Bezirksvertretung Penzing

Wien, 25.1. (RK-BEZIRKE) Dienstag, den 26. Jänner, findet um 17 Uhr im Festsaal des Amtshauses Hietzing/Penzing, 13, Hietzinger Kai 1, eine Sitzung der Bezirksvertretung Penzing statt.

Sitzung der Bezirksvertretung Innere Stadt

Mittwoch, den 27. Jänner, findet um 14.30 Uhr im Festsaal des Alten Rathauses, Wipplingerstraße 8, eine Sitzung der Bezirksvertretung des 1. Bezirkes statt. Auf der Tagesordnung stehen Fragen der Flächenwidmung und aktuelle Berichte.

Sitzung der Bezirksvertretung Landstraße

Donnerstag, den 28. Jänner, findet um 16 Uhr im Festsaal der Bezirksvorstehung, 3, Karl-Borromäus-Platz 3, eine Sitzung der Bezirksvertretung Landstraße statt. Auf der Tagesordnung stehen neben Anfragen und Anträgen die nachträgliche Genehmigung von 3,6 Millionen Schilling für die Instandhaltung von Straßen sowie die Genehmigung von zwei Millionen Schilling für die öffentliche Beleuchtung.

Sitzung der Bezirksvertretung Donaustadt

Die nächste Sitzung der Donaustädter Bezirksvertretung findet am kommenden Donnerstag, dem 28. Jänner, um 15 Uhr im Saal des Hauses der Begegnung 22, Schrödingerplatz 1, statt. Auf der Tagesordnung stehen die Genehmigung der Ausgaben für Straßeninstandhaltungen sowie für die Behebung von Störungen der öffentlichen Beleuchtung, weiters die Änderung von Flächenwidmungsplänen für Gebiete in Aspern und Eßling.
(Schluß) red/rr

Alte Ansichtskarten im Bezirksmuseum Donaustadt

Wien, 25.1. (RK-KULTUR/LOKAL) Unter dem Titel „Gruß aus der Donau-
stadt“ ist im Bezirksmuseum Donaustadt bis 29. Februar eine Ausstellung
zu sehen, die den 22. Bezirk auf alten Ansichtskarten präsentiert. Das Be-
zirksmuseum auf dem Kagraner Platz 53/54 ist jeweils am Mittwoch von 17
bis 19 Uhr und an Sonn- und Feiertagen von 9.30 bis 11.30 Uhr bei freiem
Eintritt geöffnet. (Schluß) gab/gg

„Kardinal Innitzer und die Juden“

Vortrag im Historischen Museum

Wien, 25.1. (RK-KULTUR) Im Historischen Museum der Stadt Wien findet
am 27. Jänner um 19.30 Uhr ein Vortrag zum Thema „Kardinal Innitzer und
die Juden“ statt. Der von der Katholischen Aktion veranstaltete Vortrag,
der von Dr. Annemarie FENZL, der Leiterin des Diözesanarchives gehalten
wird, zählt zum Rahmenprogramm der Ausstellung „Judentum in Wien“.

Die Ausstellung ist am 27. Jänner zusätzlich zu den normalen Ausstellungs-
zeiten ab 18 Uhr geöffnet. (Schluß) gab/bs

60. Geburtstag von Landtagspräsident Fritz Hofmann

Wien, 25.1. (RK-KOMMUNAL) Der Erste Präsident des Wiener Landtags und frühere langjährige Planungsstadtrat von Wien Ing. Fritz HOFMANN feiert am kommenden Sonntag seinen 60. Geburtstag.

Fritz Hofmann wurde am 31. Jänner 1928 in Wien geboren. Er besuchte die Bundesgewerbeschule für Hochbau und trat 1947 in den Dienst der Stadt Wien, wo er im Bereich der Stadtplanung, des Wohnbaus und des Kleingartenwesens tätig war. Seine politische Tätigkeit begann Hofmann im Jahr 1945 bei den Roten Falken und der Sozialistischen Jugend. 1949 wurde er in den Bezirksvorstand der SPÖ-Floridsdorf gewählt, 1962 zum Vorsitzenden dieser Bezirksorganisation bestellt. Diese Funktion übt Ing. Hofmann seither ununterbrochen bis heute aus. Außerdem war Hofmann in den 60er Jahren Bundesobmann der Jungen Generation in der SPÖ.

1963 wurde Hofmann erstmals in den Wiener Landtag und Gemeinderat gewählt. 1969 wurde er Amtsführender Stadtrat für Stadtplanung und 1973 Amtsführender Stadtrat für Stadtgestaltung und Verkehr. Nach dem Einsturz der Reichsbrücke, am 1. August 1976, trat Hofmann von dieser Funktion zurück, obwohl eindeutig festgestellt wurde, daß weder ihn noch irgendein Organ der Stadt Wien an dieser Katastrophe ein Verschulden traf. 1978 bis 1981 war er Klubobmann der SPÖ-Fraktion im Wiener Landtag und Gemeinderat. 1981 wurde er Amtsführender Stadtrat für Straße, Verkehr und Energie. 1983 übernahm er wieder das Ressort für Stadtplanung, und 1987 wurde er zum 1. Landtagspräsidenten gewählt.

Zu den wichtigsten Anliegen, die Hofmann in seiner Zeit als Planungsstadtrat vertrat, zählen die Neugestaltung des Donauraumes, der U-Bahn-Bau, die Trendumkehr von der Stadterweiterung zur Stadterneuerung sowie die Schaffung von Fußgängerzonen und Wohnstraßen. Das von ihm initiierte Wiener Modell der Stadtplanung — unter Heranziehung interdisziplinärer Expertengruppen sowie mit einer verstärkten Bürgerbeteiligung — hat mittlerweile internationale Beachtung und Anerkennung gefunden.

Ing. Fritz Hofmann ist auch stellvertretender Obmann der Wiener SPÖ und Mitglied des Bundesparteivorstandes sowie Präsident der Volkshilfe. (Schluß) ger/bs

Semester-Ferienspiel 88 ab 31. Jänner

Winter-Ferienspiel 87/88 brach alle Rekorde

Wien, 25.1. (RK-KOMMUNAL) Am 31. Jänner beginnt das Semesterferien-spiel des Wiener Landesjugendreferates. Bis 7. Februar bieten die Organi-satoren ein reichhaltiges Programm an Spielen, Aktionen, Vorführungen, Ausflügen und Festen zum Mitmachen. Die Ferienspiel-Pässe wurden be-reits über die Wiener Pflichtschulen verteilt. Wer keinen Paß erhalten hat, wendet sich an das Wiener Ferienspiel-Telefon unter der Nummer 42 800/4100 DW.

Das Semester-Ferienspiel soll ähnlich erfolgreich werden, wie das Winter-Ferienspiel des Wiener Landesjugendreferates, das trotz der warmen Witerung und des Schneemangels — und der damit verbundenen Absagen einiger Wintersport-Freiluftveranstaltungen — alle Rekorde brach. Rund 35.000 Teilnehmer spielten beim Winter-Ferienspiel 87/88 mit, rund 35 Pro-zent Kinder mehr als im Vorjahr sandten Teilnehmerkarten ein.

Bei den Kinderdisco-Veranstaltungen mußten die Säle jeweils wegen Überfüllung gesperrt werden, die Computerkurse fanden rund dreimal so-viele Interessenten als Kursplätze vorhanden waren. Gefragt war „Zoo aktiv“ mit 357 Prozent mehr Besuchern als im Vorjahr, ebenso das „Hallensport-Mosaik“ mit 374 Prozent mehr als 1986/87.

Traditionell gut besucht waren die Veranstaltungen im Rathaus. „1,2,3,... Spielebox herbei!“ verzeichnete 2.600 und „Ich und Du...“ rund 2.050 Teil-nehmer. (Schluß) jel/rr

„Behindert leben in der Stadt“

Ergebnisse einer Enquete

Wien, 25.1. (RK-KOMMUNAL) In einem Pressegespräch wurden am Montag von SPÖ-Klubobmann Dr. Hannes SWOBODA und GR. Hans KÖNIG die Ergebnisse der Enquete „Behindert leben in der Stadt“ vorgestellt. Ziel dieser Enquete war es, Wege und Möglichkeiten zu diskutieren, die Behinderten aus ihrer zum Teil noch immer bestehenden gesellschaftlichen Isolation herauszuführen. Die SPÖ sieht dafür vor allem zwei konkrete Ansatzpunkte:

- die Schaffung von betreuten Behindertenwohnungen, vor allem in Gemeinde- und Genossenschaftsbauten;
- verstärkte Integrationsbemühungen im Rahmen von Ausbildung und Schule.

Dr. Swoboda betonte, daß sich die SPÖ verstärkt bemühen wird, zusätzlich zu den bestehenden erfolgreichen Leistungen und Sonderhilfen der Stadt Wien, eine möglichst umfassende Integration Behinderter in das gesellschaftliche Leben zu ermöglichen.

Im Rahmen des Pressegespräches übergaben Dr. Swoboda und Dr. König Unterstützungsbeträge in der Gesamthöhe von 450.000 Schilling an Behindertenorganisationen. Diese Mittel stammen aus einem vom SPÖ-Klub eingerichteten Behindertenfonds, der aus den Beiträgen sozialistischer Politiker, die in Gemeindewohnungen wohnen, finanziert wird. Die für Behindertenzwecke gespendeten Gelder stellen eine freiwillige Zusatzleistung zum Mietzins dar. (Schluß) ull/gg

40 Jahre im Dienste der Stadt Wien

Wien, 25.1. (RK-KOMMUNAL) Im Wappensaal des Wiener Rathauses fand am Montag vormittag eine Feierstunde für 137 städtische Bedienstete statt, die seit 40 Jahren im Dienst der Stadt Wien stehen. Personalstadtrat Günther SALLABERGER dankte den langjährigen Mitarbeitern für ihre Leistungen im Dienste der Wiener Bevölkerung. Sallaberger verwies darauf, daß gerade diese Beamten es gewesen seien, die maßgebend am Wiederaufbau der Stadt Wien beteiligt waren.

Der Vorsitzende der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten, Nationalratsabgeordneter Rudolf PÖDER, überbrachte die Glückwünsche der Gewerkschaft. Pöder erinnerte daran, daß die Jubilare dazu beigetragen haben, Wien, was die Bürgernähe betreffe, zu einer Musterstadt gemacht zu haben.

Bürgermeister Dr. Helmut ZILK gab einen historischen Rückblick auf die Jahre 1947 und 1948, in denen die Jubilare in den Dienst der Stadt Wien getreten waren. Durch 40 Jahre hindurch hätten sie der Stadt trotz möglicher Arbeitsplätze in der Privatindustrie während der Zeiten der Hochkonjunktur die Treue gehalten. Weiters erinnerte Zilk an die großartigen Wiederaufbauleistungen und verwies auf den guten Ruf, den die Stadtverwaltung in der ganzen Welt habe. „Diese Stadt funktioniert“, betonte der Bürgermeister, „und das ist Ihr Werk“.

An der Feierstunde nahmen die Landtagspräsidenten Ing. Fritz HOFMANN und Gertrude STIEHL, die Stadträte Christine SCHIRMER und Ing. Günther ENGELMAIER sowie Mitglieder des Gemeinderates teil. (Schluß)
fk/gg

Zilk: Gas wird per 1. April billiger

Preis um 12 Groschen pro Kubikmeter gesenkt

Wien, 25.1. (RK-KOMMUNAL) Bürgermeister Dr. Helmut ZILK kündigte heute, Montag, eine Senkung des Gaspreises per 1. April um 12 Groschen je Kubikmeter an. Der neue Tarif wird somit 4,25 Schilling pro Kubikmeter betragen. Zilk betonte, daß dies bereits die fünfte Senkung des Wiener Gaspreises seit 1986 sei. Insgesamt wurde der Tarif seit damals, so der Bürgermeister, um 27,5 Prozent reduziert. Für den neuen Tarif wird es außerdem eine Preisgarantie bis Ende diesen Jahres geben, schloß Zilk. (Schluß) red/bs

ÖVP: Donaunraumgestaltung ist städtebauliche Jahrhundertchance

Wien, 25.1. (RK-KOMMUNAL) Die Neugestaltung des Donaunraumes, die eine städtebauliche Jahrhundertchance für Wien sei, dürfe sich nicht nur auf die Gestaltung des Stauraumes oder einer eventuellen Staustufe Wien beschränken, stellten Landtagspräsident Dr. Manfred WELAN und GR. Dr. Johannes HAWLIK am Montag im Pressegespräch der ÖVP fest. Sie kritisierten, daß sich der Donaunraum-Wettbewerb zu sehr auf eine mögliche Staustufe konzentriere, und somit eine städtebauliche Chance vergeben werde. Eine Volksbefragung könne erst durchgeführt werden, wenn alle Untersuchungsergebnisse vorlägen, bzw. wenn alle Vorfragen, z.B. die der Altlasten, gelöst seien. Die Wiener ÖVP meint, daß mit einem allfälligen Beschluß über eine Staustufe noch zuzuwarten sei, bis die Ergebnisse einer Umweltverträglichkeitsprüfung vorlägen. Abschließend stellte Welan fest, daß die Donaunraumproblematik nicht auf Wien beschränkt gesehen werden sollte, vielmehr sollte der gesamte Bereich von Greifenstein bis Wolfsthal berücksichtigt werden. (Schluß) du/rr

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861



Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MR 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien. Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240. Chefredakteur Fred Vovrousek. Verlags- und Herstellungsort Wien.
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt. Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zelle. Auf Recyclingpapier gedruckt!

Dienstag, 26. Jänner 1988

Blatt 129

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

Sallaberger gegen Präjudizierung der Donauraumjury (131/FS: 25.1.)

Drei Varianten für Gestaltung der Mariahilfer Straße (132)

Hatzl zur Gaspreisdiskussion (133)

Rücktritt von Stadtrat Braun (134)

Kultur:

Ehrenmedaille in Gold für Wolfgang Sawallisch (130/FS: 25.1.)

Ehrenmedaille In Gold für Wolfgang Sawallisch

Wien, 25.1. (RK-KULTUR) Bürgermeister Dr. Helmut ZILK überreichte am Montag im Wiener Rathaus Generalmusikdirektor Wolfgang SAWALLISCH die Ehrenmedaille der Bundeshauptstadt Wien in Gold.

Wolfgang Sawallisch, der heute als Operndirektor und Generalmusikdirektor der Bayerischen Staatsoper wirkt, hat in den Jahren von 1960 bis 1970 die Wiener Symphoniker als Chefdirigent geleitet. Insgesamt hat Sawallisch rund 500 Konzerte in Wien dirigiert, und, wie Bürgermeister Zilk sagte, damit hunderttausenden Wienern Freude an der Musik geschenkt. Auch Kulturstadtrat Dr. Ursula PASTERK betonte Sawallischs Verdienste um die Musikstadt Wien, seinen Beitrag um die Weiterentwicklung der großen Traditionen der Stadt auf diesem Gebiet.

An der Feier nahmen auch Erster Landtagspräsident Ing. Fritz HOFMANN und Stadtrat Dr. Erhard BUSEK teil. (Schluß) gab/bs

Bereits am 25. Jänner 1988
über Fernschreiber ausgesendet!



Sallaberger gegen Präjudizierung der Donauraumjury

Wien, 25.1. (RK-KOMMUNAL) Es sei sehr interessant, daß die Wiener ÖVP-Mandatare Dr. Welan und Dr. Hawlik in einer Pressekonferenz jene unabhängige Jury präjudizieren wollen, die erst gestern mit ihren Arbeiten begonnen hat. Dies erklärte Stadtrat Günther SALLABERGER Montag nachmittag gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“.

Er müsse zwar die unabhängige Jury nicht vor Einflüssen von außen „schützen“, weise aber derartige Versuche eindeutig zurück, sagte Sallaberger.

Überdies scheinen die beiden ÖVP-Mandatare äußerst unzulänglich, bzw. gar nicht über jenen Informationsstand Kenntnis zu besitzen, den die Jury hat.

Entgegen den ÖVP-Feststellungen entscheide zwar die Jury derzeit nur mehr über den Teilbereich C, also die Kraftwerksprojekte, sie fungiere aber zu den bereits prämierten Wettbewerbsteilen A und B als beratendes Gremium nach Art eines Gutachterverfahrens, betonte Sallaberger.

Zur angeblichen „Kollision“ zwischen Weltausstellung und Kraftwerksprojekt sei festzustellen, daß das Kraftwerk erstens das eigentliche Stadtgebiet nicht betrifft, und es zweitens grundsätzlich möglich wäre, dieses Projekt noch vor 1995 fertigzustellen.

Unrichtig sei auch, daß wesentliche Untersuchungen nicht abgeschlossen sind. Die Untersuchungen zur Gewässergüte wurden im Auftrag der Stadt Wien durchgeführt, liegen vor und wurden der Jury vorgetragen. Es ist Sache der Jury und auch künftig mit der Umweltverträglichkeitsprüfung befaßter Gremien, allenfalls notwendige weitere Untersuchungen zu veranlassen.

Wiener entscheiden über ein Kraftwerk

Die ÖVP schein — so Sallaberger — alle bisherigen eindeutigen Aussagen vor allem des Bürgermeisters ignorieren zu wollen, der festgestellt hat, daß die Wiener Bevölkerung nach Vorliegen aller Untersuchungsergebnisse, also auch nach einer Umweltverträglichkeitsprüfung, über die Errichtung eines Kraftwerks Freudenau entscheiden wird.

Wie Sallaberger abschließend betonte, werde er dafür Sorge tragen, daß die Jury bis zu ihrer Entscheidung am Donnerstag autonom bleibt. Danach werde er für eine umfassende Information der Wiener Bevölkerung sorgen, die Zeit und Möglichkeiten genug haben müsse, um ihre Entscheidung im Sinne der Regierungserklärung des Bürgermeisters vorbereiten und treffen zu können. (Schluß) lf/gg

Bereits am 25. Jänner 1988
über Fernschreiber ausgesendet!

Drei Varianten für Gestaltung der Mariahilfer Straße

Wien, 26.1. (RK-KOMMUNAL) Die Planung für die Straßenraumgestaltung der Mariahilfer Straße zwischen Europaplatz und Ring nach der Fertigstellung der U 3 ist nunmehr in eine entscheidende Phase getreten. Planungsstadtrat Günther SALLABERGER berichtete darüber am Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeisters.

Nach einem internationalen Expertengespräch im Wiener Rathaus Anfang 1987 über die Zukunft der Mariahilfer Straße wurden im Einvernehmen mit der Wiener Handelskammer drei Architekten (teams) beauftragt, je einen Entwurf über die künftige Gestaltung der Mariahilfer Straße auszuarbeiten.

Diese drei Entwürfe liegen — gemeinsam mit einer Verkehrsstudie — nunmehr vor.

VARIANTE A

Diese von der Architektengruppe U-Bahn erstellte Variante sieht eine boulevardartige Gestaltung ähnlich der Praterstraße und der Landstraßer Hauptstraße vor.

VARIANTE B

Erstellt von Architekt G. FRICK, sieht diese Lösung gestaltungsintensivere Abschnitte in der Mariahilfer Straße mit teilweisen Überdachungen sowie „Pforten“ beim Europaplatz und am unteren Ende vor.

VARIANTE C

Diese von den Architekten A. KRISCHANITZ und L. REDL vorgelegte Variante kommt dem historischen Zustand der Mariahilfer Straße durch einen Mittelstreifen mit Baumreihen am nächsten.

Durchfahrtsmöglichkeit/Temporäre Fußgängerzonen

Alle drei Varianten sehen in beiden Fahrrichtungen Durchfahrtsmöglichkeiten durch die gesamte Mariahilfer Straße vor. Temporäre Fußgängerzonen können durch Umleitungen bei einer minimalen Belästigung der Wohnbevölkerung für Veranstaltungen kurzfristig eingerichtet werden.

Zeitplan: Beginn der Gestaltungsarbeiten Ende 1989

Stadtrat Sallaberger kündigte an, daß die Arbeiten an einer der Gestaltungsvarianten — die Interessensvertretungen sind nun eingeladen, dazu Stellung zu nehmen — im Herbst 1989 begonnen werden könnten. Großräumige Arbeiten können allerdings erst nach der Fertigstellung der U 3 und der endgültigen Entscheidung über die Straßenbahngleise in der Mariahilfer Straße erfolgen.

Problem Radweg

Die Varianten sehen selbstverständlich den von Bürgermeister Zilk angekündigten Radweg vor; wie Sallaberger in der Pressekonferenz sagte, stelle dieser Radweg allerdings ein Problem dar, das noch ausdiskutiert werden müsse.

Bei allen drei Varianten käme es bei der Errichtung eines Radweges bei den von den Anrainerbezirken geforderten beidseitigen U-Bahn-Aufgängen — die wegen der ebenfalls geforderten Rolltreppen relativ breit werden müssen — an mindestens zwei Stellen der Mariahilfer Straße zu bedenklichen Engpässen.

Sallaberger verwies auf Gespräche mit der ARGUS, die auf einen eigenen Radweg in der Mariahilfer Straße verzichten würde, wenn die — ohnehin vorgesehene — 30-km/h-Geschwindigkeitsbegrenzung das Mitfahren der Radfahrer im Verkehr ermöglicht. Eine weitere Lösungsmöglichkeit bietet sich mit einer Verlegung der Radroute in die Lindengasse an.

Sallaberger betonte, daß er selbstverständlich alles daran setzen werde, zu einer einvernehmlichen Lösung zu kommen, die die zugesagte und notwendige Radverbindung zwischen dem Ring-Rund-Radweg und dem Radweg, der bereits jetzt im 15. Bezirk zum Gürtel führt, ermöglicht. (Schluß) lf/bs/gg

Hatzl zur Gaspreisdiskussion

Wien, 26.1. (RK-KOMMUNAL) Die Behauptung von Stadtrat Dr. Busek, daß „der zuständige Stadtrat keine Möglichkeit sah, den Gaspreis zu senken, ist falsch“, sagte Energiestadtrat Johann HATZL Dienstag zu einer diesbezüglichen Aussendung der Wiener ÖVP. „Ich habe festgestellt, daß eine Senkung mit 1. Februar nicht möglich wäre, weil es bei den Einstandskosten aufgrund der geltenden Verträge drei- bis sechsmonatige Nachlaufzeiten gibt. Ich habe aber sehr wohl die Möglichkeit einer Senkung per 1. April offengelassen. Diese Tarifsenkung hat nun Bürgermeister Dr. Helmut ZILK festgelegt“.

Busek solle nicht immer Äpfel mit Birnen vergleichen, sagte Stadtrat Hatzl zu dem Vergleich mit Niederösterreich. Verschiedene Gasgesellschaften hätten unterschiedliche Strukturen. So gibt es in Wien 80 Prozent Kleinabnehmer, während in Niederösterreich das Verhältnis nahezu umgekehrt ist, was natürlich die Gasverteilung in Wien wesentlich verteuert. Busek sollte sich, so Hatzl, einmal von einem ihm nahestehenden Vertreter der Gaswirtschaft sachlich informieren lassen.

Die Einstandspreise machen bei der Kalkulation des Gastarifes rund ein Drittel aus, die restlichen zwei Drittel setzen sich aus Investitions-, Erhaltungs- und Personalkosten zusammen. In diesem Bereich hat es im Vergleich zum Jänner des Vorjahres Steigerungen um bis zu 12 Prozent gegeben, stellte Hatzl fest.

Schließlich sollte Busek, sagte Hatzl, die Presseaussendungen seines Parteifreundes, des Generaldirektors der EVN, genauer lesen. Darin werde eindeutig festgestellt, daß die Auswirkungen der rückläufigen Einstandspreise „vorgezogen“ werden. Ein solches Vorziehen sei aus politischen Motiven, wie beispielsweise vor der Tür stehenden Landtagswahlen, natürlich möglich, könne aber nicht Grundlage für sachliche Entscheidungen in Wien sein.

Mit der Garantie bis Dezember 1988 habe Bürgermeister Dr. Zilk klar gestellt, daß nicht nur in der auslaufenden Heizperiode, sondern sicher auch in der kommenden billiger geheizt werden könne, schloß Hatzl. (Schluß)
roh/bs

Rücktritt von Stadtrat Braun

Dr. Michael Häupl voraussichtlicher Nachfolger

Wien, 26.1. (RK-KOMMUNAL) Der Wiener Umweltstadtrat Helmut BRAUN hat heute, Dienstag, seinen Rücktritt erklärt. Er richtete folgendes Schreiben an Bürgermeister Dr. Helmut Zilk:

„Während meiner ehrenamtlichen Funktion als Vorsitzender des Kuratoriums der Handelsschulen und Handelsakademien des BFI (1975-1984) sind nach den bisherigen Erhebungen Unregelmäßigkeiten bei der Führung der Konten und bei Auszahlung von Beträgen aufgetreten. Ich bin mir keiner persönlichen Schuld bewußt und habe daher alle Schritte eingeleitet, um eine restlose Klärung herbeizuführen und mich von einem behaupteten Verdacht zu befreien.

Da ich die Verwaltung der Stadt Wien sowie jene Organisationen, wie ÖGB, AK und SPÖ, die mich in meine politischen Funktionen entsandt haben, aus jeder Diskussion heraushalten will, ziehe ich nach meinem Verständnis für politische Verantwortung die Konsequenz und trete als Stadtrat der Stadt Wien zurück.“

Zilk würdigt beispielhaftes Verhalten

Bürgermeister Dr. Helmut ZILK würdigte den Schritt von Stadtrat Helmut Braun als positives Beispiel, das sich von den Usancen dieses Landes vorteilhaft unterscheidet. Er, Zilk, habe allen Grund zur Annahme, daß es Braun gelingen werde, auf rechtllichem Weg eine Klärung jener Angelegenheit herbeizuführen. Dies erfordere jedoch längere Zeit. Die rasche und klare Konsequenz, die Helmut Braun gezogen habe, sei menschlich und politisch vorbildlich.

Dr. Michael Häupl soll neuer Umweltstadtrat werden

Bürgermeister Zilk kündigte an, daß er dem Wiener Ausschuß der SPÖ noch in dieser Woche Gemeinderat Dr. Michael HÄUPL als Nachfolger von Stadtrat Helmut Braun vorschlagen werde. Häupl soll sein Amt bereits am Freitag antreten.

Dr. Michael Häupl wurde am 14. September 1949 in Altengbach/Niederösterreich geboren, besuchte das Bundesrealgymnasium in Krems, studierte an der Universität Wien Biologie und Zoologie und wurde 1977 zum Dr. phil. promoviert. Seit 1975 ist Häupl wissenschaftlicher Mitarbeiter des Naturhistorischen Museums.

Häupl ist seit 1974 Mitglied der SPÖ, war von 1975 bis 1977 Bundesvorsitzender des VSStÖ, seit 1982 Landesvorsitzender der Jungen Generation und gehört seit 1983 dem Wiener Landtag und Gemeinderat an. Häupl ist Vorsitzender des Gemeinderatsausschusses für Umwelt und Sport. (Schluß) ger/gg

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Fred Vavrousek, Verlags- und Herstellungsort Wien,
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt!

Mittwoch, 27. Jänner 1988

Blatt 135

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- EBS: Mehr Sondermüll entsorgt (136)
- Umweltpolizei half bei „Erdbeben“ (137)
- Silberner Rathausmann für Franz Krejca (138)
- Ab sofort Anmeldungen für den Wiener Volkslauf möglich (139)
- Sitzungen des Wiener Landtages und des Gemeinderates (nur FS)
- Gasgebühren in der Währinger Straße (nur FS)

EBS: Mehr Sondermüll entsorgt

Wiener Anteil steigt überproportional - Wieder höhere Reinigungsleistung der Hauptkläranlage

Wien, 27.1. (RK-KOMMUNAL) Die Entsorgungsbetriebe Simmering verarbeiteten 1987 insgesamt 57.297 Tonnen Sondermüll, das ist eine Steigerung gegenüber 1986 um rund 8,4 Prozent. Überproportional stieg der Anteil der Bundeshauptstadt — nämlich + 13 Prozent —, die weit über 50 Prozent des Sonderabfalls nach Simmering lieferte.

Wie wichtig die Entsorgungsbetriebe Simmering nach wie vor für eine klaglose und umweltfreundliche Entsorgung von Sonderabfall aus dem ganzen Land sind, zeigt nachfolgende Tabelle der angelieferten Mengen:

	1987		1986	
	t	%	t	%
Wien	31.841	55,6	25.995	49,2
Niederösterreich	9.428	16,5	8.606	16,4
Oberösterreich	5.314	9,3	5.361	10,1
Steiermark	6.673	11,6	8.469	16,0
Burgenland	334	0,6	219	0,4
Kärnten	1.333	2,3	1.183	2,2
Tirol	764	1,3	1.584	3,1
Vorarlberg	377	0,6	563	1,0
Salzburg	1.233	2,2	869	1,6
Gesamt	57.297		52.849	

Beide der Sonderabfallverbrennung dienenden Drehrohröfen der Entsorgungsbetriebe Simmering sind an die Rauchgasreinigung angeschlossen.

Gesteigert wurde im Jahre 1987 auch die Reinigungsleistung der Hauptkläranlage. Sie betrug 88,61 Prozent ohne Berücksichtigung der Revisionsphase und 83,43 Prozent mit Berücksichtigung der Revisionsphase. Der vertraglich festgelegte Vorgabewert der Anlage beträgt 70 Prozent, er wird also beträchtlich überschritten. (Schluß) wh/rr

Umweltpolizei half bei „Erdbeben“

Wien, 27.1. (RK-LOKAL) Unerträglichen dauernden Erschütterungen fanden sich Bewohner eines Hauses in der Nobilegasse im 15. Bezirk ausgesetzt. Ein Schlosser hatte im Keller eine neue Maschine aufgestellt, bei deren Betrieb die Gläser in den Wohnungen zitterten. Die Umweltpolizei setzte durch, daß die Bewohner nun wieder ruhig leben können. Man erreicht die Umweltpolizei über die Stadtinformation, Telefon 43 89 89.

In dem Wohnhaus besteht schon seit vielen Jahrzehnten ein Schlossereibetrieb. Vor einigen Monaten registrierten die Mieter jedoch, daß der Betriebsinhaber eine neue Maschine angeschafft hatte, die den Hausbewohnern nicht nur dauernde Erschütterungen bescherte, sondern nach Meinung der Mieter auch zu Sprüngen in der Mauer und Leitungsschäden führte. Eine Betriebsanlagengenehmigung dafür hatte der Schlosser freilich nicht. Durch die Zusammenarbeit verschiedener städtischer Dienststellen wurde nun erreicht, daß der Betriebsinhaber seine neue Maschine auf ein Fundament stellt, das die Schwingungen auffängt. Die Gewerbebehörde verpflichtete ihn durch einen Bescheid dazu. Die Bewohner sehen wieder ruhigeren Zeiten entgegen.

Die Mitarbeiter der „Umweltpolizei-Funkstreifen“, die im Büro für Sofortmaßnahmen der Magistratsdirektion stationiert sind, können bei akuten Umweltgefährdungen innerhalb kurzer Zeit ausrücken und Sofortmaßnahmen veranlassen.

Tagsüber wendet man sich an die Umweltpolizei über die Stadtinformation (Telefon 43 89 89), nachts und an Wochenenden steht ein Notdienst zur Verfügung. Seine Telefonnummer erfährt man von einem Tonband, wenn man den Anschluß der Stadtinformation wählt. (Schluß) and/bs

Silberner Rathausmann für Franz Krejca

Wie das AKH zu Kriegsende von Kampfhandlungen verschont blieb

Wien, 27.1. (RK-KOMMUNAL) Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER überreichte diese Woche einen Silbernen Rathausmann an Franz KREJCA, der in den letzten Kriegstagen im April 1945 mitgeholfen hat, daß das Allgemeine Krankenhaus in Wien von Kampfhandlungen verschont geblieben ist.



Zu Kriegsende hatte die Waffen-SS die Absicht, das Allgemeine Krankenhaus zu einer Festung auszubauen, um den heranrückenden russischen Truppen Widerstand zu leisten. Die SS fuhr mit Rot-Kreuz-Wagen in einige Höfe des alten AKH und begann Waffenmaterial auszuladen. Franz Krejca, heute 81 Jahre alt, war damals als Kriegsverwundeter im Lazarett des Allgemeinen Krankenhauses. Als er die Waffentransporte sah, lief er sofort zum damaligen Leiter der Krankenanstalt, Univ.-Prof. Dr. Leopold SCHÖNBAUER, und informierte ihn über die gefährliche Situation. Professor Schönbauer rief alle verfügbaren Ärzte zusammen, trat den Offizieren der Waffen-SS entgegen und konnte schließlich durch großen persönlichen Einsatz erreichen, daß die Soldaten mit ihren Waffen wieder abzogen.

Im AKH befanden sich damals tausende von Menschen — Kranke, Kriegsverwundete und Flüchtlinge, die ihr Leben wahrscheinlich dem entschlossenen Auftreten Professor Schönbauers verdanken. Franz Krejca, der durch seine Aufmerksamkeit und die rasche Reaktion auf den Einzug der Waffen-SS in das AKH den rechtzeitigen Widerstand der Ärzte ermöglichte, hat sich nach dem Krieg sehr für eine Ehrung von Professor Schönbauer eingesetzt.

Professor Schönbauer wurde daher für seinen Einsatz für das AKH eine Gedenktafel gewidmet. Sie wurde im 1. Hof am 28. Jänner 1981 von Gesundheitsstadtrat Stacher enthüllt und in die Obhut der Stadt Wien übernommen. Montag wurde nun auch Franz Krejca für seine Mithilfe an der Rettungsaktion für das AKH geehrt. (Schluß) sc/rr

Ab sofort Anmeldungen für den Wiener Volkslauf möglich

Wien, 27.1. (RK-LOKAL/SPORT) Am Sonntag, dem 14. Februar, findet mit Start um 9.30 Uhr auf der Jesuitenwiese im Prater eine Volkslanglauf-Veranstaltung statt. Die Streckenlänge beträgt ca. 12 Kilometer. Unklar ist derzeit noch die Disziplin, die wetterbedingt durchgeführt werden kann. Bei entsprechender Schneelage findet ein Skilanglauf statt, anderenfalls wird gelaufen. Der Bewerb, der vom Sportamt in Zusammenarbeit mit dem Wiener Landeskiverband, organisiert wird, kommt aber auf alle Fälle zur Durchführung.

Teilnahmeberechtigt ist jedermann ab dem 11. Lebensjahr. Die Läufe werden in drei Klassen (Damen, Herren und Kinder) ausgetragen.

Nennungen sind ab sofort im Sportamt, 1010, Ebendorferstraße 4, möglich oder ab 29. Jänner in allen Wiener Zweigstellen der „Z“. Die Nennungsgebühr beträgt 40 Schilling.

(Auskünfte unter Tel. 42 800/4189 oder 2733). (Schluß) hof/rr

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Fred Vavrousek, Verlags- und Herstellungsort Wien,
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt!

Donnerstag, 28. Jänner 1988

Blatt 140

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Smejkal zum Thema Gewalt in der Familie (141)
- Auch im Februar „Sunday Morning Jazz“ auf der „Johann Strauß“ (142)
- Neuer Leiter des Instituts für Umweltmedizin (143)
- Entscheidung im Wettbewerb „Chancen für den Donauraum“ (144/145)
- Jugendzentrum Hirschstetten wird wiedereröffnet (146)
- Verkehrsbeschränkung am Kaisermühlendamm (nur FS)

Smejkal zum Thema Gewalt in der Familie

Jugendamt registriert weniger Kindesmißhandlungen

Wien, 28.1. (RK-KOMMUNAL) Die von den Wiener Bezirksjugendämtern behandelten Fälle von Kindesmißhandlung gingen 1987 gegenüber dem Vorjahr stark zurück. Diese Bilanz zog Vizebürgermeister Ingrid SMEJKAL Donnerstag gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“. Registrierte das Jugendamt 1986 noch 121 Meldungen von Kindesmißhandlungen, so waren es im Jahr 1987 um 51 bzw. 42 Prozent weniger.

Diese Entwicklung, erklärte Smejkal, müsse aufgrund der Dunkelziffer vorsichtig interpretiert werden. Man könne aber, meinte Smejkal, eine positive Trendwende annehmen, da immer mehr Familien die Hilfsangebote der Jugendämter in Anspruch nehmen. Eine steigende Zahl von Familien sei entschlossen, familiäre Konflikte oder Erziehungsprobleme ohne Gewalt zu bewältigen. Ein Problem, stellte Smejkal fest, sei der hohe Ausländeranteil bei den registrierten Mißhandlungen. Hier spiele der kulturelle Hintergrund und die manchmal schwierige soziale Situation eine große Rolle.

Die 70 Mißhandlungsfälle im Jahr 1987 wurden vor allem von Schulen (18) und Kindertagesheimen (15) registriert. Meldungen erfolgten aber auch von Hausparteien, anonym von Verwandten und Bekannten, öffentlichen Einrichtungen wie Krankenhäusern und in Einzelfällen von Minderjährigen selbst. In elf Fällen mußten betroffene Kinder in Heimen untergebracht werden.

Gewalt gegen Kinder dürfe auch von Außenstehenden nicht ignoriert werden, appellierte Smejkal, die Notrufleinrichtung des Wiener Kindertelefons „31 66 66“ in Anspruch zu nehmen. Der Notruf „31 66 66“ ist rund um die Uhr erreichbar.

Telefonische Kurzberatungen sind bei der Telefonischen Erziehungshilfe unter der Nummer 31 93 58, Montag bis Freitag von 8 bis 11 Uhr, möglich. (Schluß) jel/gg

Auch im Februar „Sunday Morning Jazz“ auf der „Johann Strauß“

Wien, 28.1. (RK-LOKAL) Die Jazzkonzerte auf dem Restaurant-Schiff „Johann Strauß“, die auch heuer wieder großen Anklang fanden, werden im Februar fortgesetzt.

Am kommenden Sonntag spielt die Traditional Swing Formation und am 7. Februar ist die Allstar Band zu hören.

Von 14. bis 28. Februar musizieren nacheinander Teddy Ehrenreich, die Red hot pots und die Storyville Jazz Band. Jeden Sonntagvormittag ab 11 Uhr gibt es „Sunday Morning Jazz“ auf der „Johann Strauß“. (Schluß)
wh/bs

Neuer Leiter des Instituts für Umweltmedizin

Amtseinführung durch Stadtrat Stacher

Wien, 28.1. (RK-KOMMUNAL) Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER führte Donnerstag vormittag den neuen Leiter des Instituts für Umweltmedizin und Umweltärzte, den Facharzt für Hygiene, Dr. Reinhard LINDNER, in sein Amt ein. Dr. Lindner studierte und arbeitete außer in Österreich in Liverpool, als Buscharzt im Spital von Dr. Albert Schweizer in Lambarene, an den Universitäten von Kalifornien und von Ibadan in Nigeria sowie für die Welt-Gesundheits-Organisation in Togo, Indonesien, Jugoslawien, Pakistan und auf den Philippinen. Seit 1982 ist er im Gesundheitsamt der Stadt Wien, zuletzt auch in der Hygienisch-bakteriologischen Untersuchungsanstalt tätig. Dr. Lindner tritt die Nachfolge von Dozent Dr. Gunnar RYVARDEN an, der seit 1977 Leiter der Untersuchungsanstalt war und nun in den Ruhestand getreten ist.

Das Institut für Umweltmedizin wurde auf Initiative von Stadtrat Stacher 1987 durch Erweiterung der schon seit 1908 bestehenden und zum Gesundheitsamt gehörenden Hygienisch-bakteriologischen Untersuchungsanstalt geschaffen. Da der Einfluß von Umweltbelastungen auf die Gesundheit des Menschen noch viel zu wenig bekannt ist, soll das Institut die Untersuchungen — gegebenenfalls auch die Forschung — auf diesem Gebiet intensivieren. Außerdem sollen hier — in Zusammenarbeit mit dem Institut für Umwelthygiene der Universität Wien — „Umweltärzte“ ausgebildet und eingesetzt werden.

Die Ziele des Instituts für Umweltmedizin sind, so Stacher:

- Ausbau der bereits in den letzten Jahren geschaffenen Methoden, um toxische Stoffe nachzuweisen.
- Ausbau der Umweltbakteriologie, Parasitologie und Virologie.
- Anpassung der chemischen Nachweismethoden auf neue Stoffe.
- Ausbau der Messungen ionisierender und nicht-ionisierender Strahlen.
- Dokumentation von Umweltschäden beim Menschen in enger Zusammenarbeit mit anderen Instituten, Kliniken und Spitälern.

(Schluß) sc/bs

Entscheidung im Wettbewerb „Chancen für den Donaauraum“

Wien, 28.1. (RK-KOMMUNAL) In dieser Woche trat die 32-köpfige, international und interdisziplinär zusammengesetzte Jury des Wettbewerbes „Chancen für den Donaauraum Wien“ zu ihrer abschließenden Sitzung zusammen. Ihr Vorsitzender, Prof. Thomas SIEVERTS, berichtete am Donnerstag in einer Pressekonferenz im Messepalast über die Ergebnisse.

Jury für Aufstau der Donau

Die Jury bekräftigte ihre bereits im März 1987 getroffene Empfehlung, die Donau in Wien aufzustauen. Die Planungen sollen weitergeführt werden, und das Projekt soll einer Umweltverträglichkeitsprüfung unterzogen werden.

Empfehlung für ein Kraftwerksprojekt

Die Jury traf in Fortsetzung ihrer Beratungen vom März 1987 nunmehr auch im Wettbewerbsteil C (Kraftwerksbereich) eine Entscheidung über ein „Siegerprojekt“. Für die eventuelle Errichtung eines Kraftwerkes Freudenau empfiehlt die Jury das Projekt von Arch. Dipl.-Ing. Albert WIMMER, Baurat h.c. Dipl.-Ing. Herwig SCHWARZ sowie der Landschaftsarchitekten Ing. Gottfried und Toni HANSJAKOB. Dieses Projekt, das eine Teilung der Donau durch eine weitere Insel im Kraftwerksbereich vorsieht, zeichnet sich — so die Jury — durch eine besonders gut gelungene Unterordnung unter die natürlich gegebene Landschaftsstruktur aus. Für die Gestaltung der Hochbauten des Kraftwerkes empfiehlt die Jury außerdem die Beiziehung zweier Studententeams aus dem Parallelwettbewerb (und zwar die Projektteams Petra SCHAULE und Joao PASSANHA aus der Meisterklasse von Prof. HOLZBAUER).

Zentralbahnhof und Weltausstellung

Die Jury beschäftigte sich auch noch mit einer ganzen Reihe weiterer Themenbereiche. So empfiehlt sie, die Realisierung eines Zentralbahnhofes am Standort Südostbahnhof weiter zu verfolgen. Zum Standort einer möglichen Weltausstellung empfiehlt die Jury, vier Möglichkeiten weiter zu untersuchen: Nordbahnhofgelände, Wagramer Straße, Messegelände sowie eine Kombination verschiedener Standorte.

Eine definitive Standortentscheidung sollte nach Meinung der Jury erst nach bzw. in Abhängigkeit von der Themenwahl getroffen werden. Ferner beschäftigte sich die Jury unter anderem mit dem Donaukanal, der als innerstädtischer Wasserlauf attraktiver und für die Bevölkerung besser nutzbar gemacht werden könnte, mit dem Handelskai, aus dem eine „interessante Stadtkante“ werden könnte, sowie mit zahlreichen weiteren Themenbereichen (alte Ortskerne, Hafenanlagen, Nationalpark u.a.).

Weitere Vorgangsweise

Planungsstadtrat Günther SALLABERGER, der an der Pressekonferenz teilnahm, bekräftigte neuerlich, daß eine Entscheidung über ein Kraftwerk in Wien erst nach Vorliegen aller relevanten Untersuchungsergebnissen unter Einbeziehung der Bevölkerung getroffen werden wird. Er würdigte das weltweit einmalige Wettbewerbsverfahren, das vor allem durch die interdisziplinäre Arbeitsweise der Teilnehmer wie auch der Vorprüfung und der Jury die unglaubliche Fülle der eingebrachten Ideen in zielführende Empfehlungen umsetzen konnte. Er erinnerte daran, daß sich an diesem Verfahren nicht nur die Experten, sondern auch sehr viele interessierte Wienerinnen und Wiener beteiligt haben. In Zukunft wird eine enge Zusammenarbeit der verschiedenen Magistratsabteilungen notwendig sein, wobei auch eine begleitende Jury vorstellbar ist.

Ausstellung der Wettbewerbsergebnisse

Ab kommenden Montag, den 1. Februar, bis 6. März, sind die Wettbewerbsergebnisse in einer Ausstellung im Wiener Messepalast, Halle P (Eingang Burggasse), zu besichtigen. Die Ausstellung ist Montag, Mittwoch, Donnerstag und Freitag von 9 bis 16 Uhr, Dienstag von 9 bis 19 Uhr und Sonntag von 9 bis 12 Uhr geöffnet (an Samstagen und Feiertagen geschlossen).
(Schluß) ger/bs

Forts. von Blatt 144

Jugendzentrum Hirschstetten wird wiedereröffnet

Verein Jugendzentren ist zehn Jahre alt

Wien, 28.1. (RK-LOKAL) Rechtzeitig vor den Semesterferien öffnet am Samstag, dem 30. Jänner, das Jugendzentrum Hirschstetten in der Pirquetgasse 7 wieder seine Pforten. Das Jugendzentrum mußte 1985 geschlossen werden, weil es dem großen Andrang nicht mehr gewachsen war. Durch den Umbau wurde es auf über 500 Quadratmeter erweitert und bietet nun Platz für rund 200 Besucher. Es verfügt über Spielräume, Gruppenräume, die sich auch für Disco-Betrieb nutzen lassen, ein Jugendcafe und eine eigene Werkstatt mit Nähmaschinen, einem Emailierofen und einer Töpferscheibe. Der Umbau kostete rund drei Millionen Schilling.

Die Eröffnung nimmt am Samstag um 14 Uhr die Voritzende des Vereines Jugendzentren, Gemeinderat Margarete DUMSER, vor. Um 15 Uhr gibt es ein Kinderprogramm und um 18 Uhr „Jonny's Disco“.

Zehn Jahre Verein Jugendzentren der Stadt Wien

Die Wiener Jugendzentren feiern heuer ein Jubiläum: Vor zehn Jahren wurden sie als eigenständiger Verein zusammengefaßt (vorher waren sie Teil des Vereins Wiener Jugendkreis). GR. Dumser wies Donnerstag bei einem Pressegespräch aus diesem Anlaß darauf hin, daß sich die Funktion der Jugendzentren im Lauf der Jahre deutlich gewandelt hat. Von reinen Freizeitzentren wurden sie zu Institutionen der Kommunikation und der sozialen Auseinandersetzung. Für die Zukunft, meinte Dumser, müssen projektorientierte soziale Arbeit, etwa mit Arbeitslosen oder Gastarbeiterkindern, sowie die „Alltagskultur“ allgemein stärker im Mittelpunkt stehen.

Mit 27 Jugendzentren, von denen 16 offen geführt werden, und die übrigen spezielle Gruppenarbeit bieten, sei eine flächendeckende Versorgung gewährleistet, meinte Dumser. (Schluß) red/bs

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Fred Vovrousek, Verlags- und Herstellungsort Wien,
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt!

Freitag, 29. Jänner 1988

Blatt 147

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Wiener Landtag (154-158)
- Wiener Gemeinderat (160ff.)
- Terminvorschau vom 1. bis 14. Februar 1988 (148/149)
- Keine Langeweile in den Semesterferien (150)
- Neue Ausgabe der Gemeinde-Zeitung erschienen (151)
- Mayr: Bei Mischek-Kredit folgt Wien dem Bund (153)
- Brückenabbrucharbeiten in der Wienerbergstraße (159)
- Fahrbahnreparatur auf der Praterhochstraße (nur FS)

Kultur:

- Wien — Ein Stadtführer durch den Widerstand (151)

Wirtschaft:

- Holdingfirma GUSTANA bietet neues Salatservice (152)

Terminvorschau vom 1. bis 14. Februar 1988

Wien, 29.1. (RK-KOMMUNAL) In der Zeit vom 1. bis 14. Februar hat die „RATHAUSKORRESPONDENZ“ vorläufig folgende Termine vorgemerkt (Änderungen vorbehalten):

MONTAG, 1. FEBRUAR:

11.00 Uhr, Pressegespräch der ÖVP (Cafe Landtmann)

DIENSTAG, 2. FEBRUAR:

11.30 Uhr, Pressegespräch des Bürgermeisters (PID)

MITTWOCH, 3. FEBRUAR:

9.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch StR. Sallaberger an Baumeister Dipl.-Ing. Ferdinand Schindler (Arb.-Zimmer, Sallaberger)

10.00 Uhr, Überreichung des Dekretes „Regierungsrat“ durch StR. Sallaberger an Oberamtsrat Kurt Zillinger (Arb.-Zimmer, Sallaberger)

18.30 Uhr, Pressekonferenz StR. Hatzl über Gaswerke, Paradis-Mandl (19, Paradisgasse 6)

DONNERSTAG, 4. FEBRUAR:

10.00 Uhr, Verlegung des 3.000sten km Gasrohr, StR. Hatzl

19.00 Uhr, Pressekonferenz Wiener Messe

FREITAG, 5. FEBRUAR:

10.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch Bgm. Zilk an Prof. Dr. Josef Lovecek und Reg. Rat Hildegard Waissenberger (Arb.-Zimmer, Bgm.)

MONTAG, 8. FEBRUAR:

10.00 Uhr, Pressekonferenz Wiener Holding, Baderweiterung Oberlaa

10.00 Uhr, Eröffnung des Mieterbetreuungslokals George-Washington-Hof (12, Unter-Meidlinger Str./Ecke Köglerstr., Ahornhof, Stiege 1, Tür 3)

11.00 Uhr, Pressekonferenz der Wiener ÖVP (Cafe Landtmann)

DIENSTAG, 9. FEBRUAR:

11.30 Uhr, Pressegespräch des Bürgermeisters (PID)

14.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch Bgm. Zilk an Komm.-Rat Dkfm. Kurt Biak, Prof. Oscar Deleglise und Prof. Dr. Georg Schreiber (Steinerner Saal I, Rathaus)

MITTWOCH, 10. FEBRUAR:

10.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch StR. Dr. Pasterk an Waltraud Haas, Ida Krottendorf, o. Hochschulprof. Maximilian Melcher und Kammerschauspielerin Gusti Wolf (Steinerner Saal I, Rathaus)

11.00 Uhr, Pressekonferenz StR. Hatzl „HBW“ (in der HBW)

DONNERSTAG, 11. FEBRUAR:

10.30 Uhr, Gemeinderatsausschuß Konsumentenschutz, Frauenfragen, Recht und Bürgerdienst

11.00 Uhr, Gemeinderatsausschuß Wohnbau und Stadterneuerung

11.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch Vbgm. Mayr an Vizepräs. Komm.-Rat Friedrich Wiesel, Dr. Robert Müller, Dior. Gerold Wächter und Friedrich Frey (Steinerne Saal I, Rathaus)

19.30 Uhr, Eröffnung des Mieterbetreuungslokals Rabenhof durch StR. Edlinger (3, Baumgasse 33-37/Stiege 34/Tür 1 und Tür 4)

FREITAG, 12. FEBRUAR:

9.00 Uhr, Gemeinderatsausschuß Stadtentwicklung und Stadterneuerung

11.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch Bgm. Zilk an Carlo Scherri (Arb.-Zimmer, Bgm.)

11.30 Uhr, Gemeinderatsausschuß Umwelt, Freizeit und Sport

SAMSTAG, 13. FEBRUAR:

9.30 Uhr, Eröffnung Mieterbetreuungslokal Svoboda-Hof durch StR. Edlinger (19, Geistingergasse 2/Stiege 1/Tür 3)

SONNTAG, 14. FEBRUAR:

9.30 Uhr, Volks(schi)langlauf a. d. Jesuitenwiese (Prater)

(Schluß) ger/gal

Forts. von Blatt 148

Keine Langeweile in den Semesterferien

**Beim Ferienspiel gibt es Pantomime,
„Hallo Nachbar“, Sport und „Müllionäre“**

Wien, 29.1. (RK-LOKAL) Bestimmt keine Langeweile haben jene Kinder, die die Semesterferien in Wien verbringen. Das 4. Semesterferien-Spiel des Wiener Landesjugendreferates bietet ein reichhaltiges und interessantes Angebot für die Woche vom 31. Jänner bis 7. Februar.

Wie kommen die Löcher in den Käse?

Das ist eine Frage, die die Aktion „Hallo Nachbar“, die diesmal im Zeichen der Schweiz steht, beantwortet. Die „Schweizer“ Veranstaltungen finden von 1. bis 5. Februar im Jugendzentrum Wienerberg, 10., Neilreichgasse 115, und im Jugendzentrum Hirschstetten statt, wo eine Uhrenskulptur gebaut wird. Eine Woche lang bietet „Hallo Nachbar“ Kindertheater, Singspiele, Filme, Tänze und Bücher aus unserem Nachbarland. Vom 1. bis 5. Februar vermittelt der Schweizer Jean-Jaques PASCAL Kindern was Pantomime bedeutet. Jeden Nachmittag sind die Ferienspieler zum Zuschauen und Mitmachen in den Wappensaal des Rathauses eingeladen.

„Müllionäre gesucht“

Um die Umweltproblematik geht es bei der Aktion „Müllionäre gesucht“. Was mit dem Wiener Müll geschieht, erfährt man bei einer Fahrt mit dem Umweltbus zum Rautenweg. Treffpunkt für diese Aktion, die vom 1. bis zum 4. Februar stattfindet, ist die Stadtinformation, jeweils um 8.30 Uhr.

Mehr als 35 interessante Programmangebote stehen den Kindern beim Semesterferienspiel zur Verfügung. Die Veranstaltungen sind fast durchwegs kostenlos. Informationen gibt es beim Ferienspiel-Telefon unter der Nummer 42 800/4100 DW. (Schluß) jei/bs

Neue Ausgabe der Gemeinde-Zeitung erschienen

Wien, 29.1. (RK-KOMMUNAL) Die erste Ausgabe dieses Jahres der „Österreichischen Gemeinde-Zeitung“, des Organs des Österreichischen Städtebundes, erschien heute, Freitag.

In einem Grundsatzartikel beschäftigt sich Univ.-Prof. DDr. Kurt GALLEN mit dem Thema Verwaltungsreform und der Frage, ob aus juristischer Sicht die Einführung von Spitzenbeamten auf Zeit, wie sie in letzter Zeit mehrmals gefordert wurde, überhaupt möglich ist.

Mit zu Unrecht empfangenen Leistungen befaßt sich Georg GAISBAUER, ehemaliger Strafreferent der Bezirkshauptmannschaft Braunau, in dem Artikel „Der Übergenuß im Beamtenrecht“.

Dr. Martin DOLP von der Umweltschutzabteilung der Tiroler Landesregierung schreibt über die „Gemeinde im Bürgerbeteiligungsverfahren“, einem Thema, das sich mit der Regierungsvorlage zur Änderung des Allgemeinen Verwaltungsverfahrensgesetzes (AVG 1950) ergeben hat.

Universitätsprofessor Dr. Gerhard VOGEL, der sich in Wien mit Umweltschutzfragen schon profiliert hat, beschäftigt sich schließlich mit dem Thema „Die Gewinnung von marktkonformen Altstoffen durch die Altstoffsammlung und -aufbereitung“.

Die Gemeinde-Zeitung ist beim Verlag „Jugend & Volk“, 1153 Wien, Anschützgasse 1, Tel. 87 25 15/90 bis 94 erhältlich. (Schluß) roh/bs

Wien - Ein Stadtführer durch den Widerstand

Wiener Vorlesungen: „Widerstand in Wien“

Wien, 29.1. (RK-KULTUR/KOMMUNAL) Landtagspräsident Ing. Fritz HOFMANN präsentierte am Donnerstag abend im Stadtsenatssitzungssaal des Wiener Rathauses das neuerschienene Buch „Wien — Ein Stadtführer durch den Widerstand“ (Böhlau-Verlag). Im Anschluß daran fand im Rahmen der Wiener Vorlesungen eine Podiumsdiskussion unter der Moderation von Minister a. D. Franz KREUZER zum Thema „Widerstand in Wien“ statt. An der Diskussion nahmen Sektionschef i. R. Ferdinand KÄS, Dr. Wolfgang LAUBER, der Autor des Buches „Wien — Ein Stadtführer durch den Widerstand“, die Architektin Margarete SCHÜTTE-LIHOTZKY, Dr. Ella LINGENS, Dr. Wolfgang NEUGEBAUER und die Historikerin Univ.-Prof. Dr. Erika WEINZIERL teil. (Schluß) fk/gg

Holdingsfirma GUSTANA bietet neues Salatservice

Wien, 29.1. (RK-WIRTSCHAFT) Ein neues Salatservice für Haushalte und Gastronomie bietet die Holdingsfirma GUSTANA an. In Zusammenarbeit mit einer deutschen Firma wird die Idee verwirklicht, Salat gewaschen und geschnitten in Frischhaltebeuteln auf den Markt zu bringen. Derzeit erzielt das Unternehmen damit bereits einen Jahresumsatz von 10 Millionen Schilling, nach dem Ausbau einer neuen Produktionsstätte in Inzersdorf rechnet man bereits im ersten Geschäftsjahr mit einer Umsatzsteigerung auf rund 20 Millionen Schilling. Die Investitionskosten der neuen Produktionsanlage liegen bei rund 14 Millionen Schilling.

1987 war für die Firmengruppe WIGAST/GUSTANA erfolgreich

Die Unternehmensgruppe WIGAST/GUSTANA verzeichnete im Geschäftsjahr 1987 in allen Geschäftsbereichen gute Betriebsergebnisse, gab WIGAST-Geschäftsführer Günther WÖSS am Donnerstag abend bei einem Pressegespräch bekannt. Der Umsatz stieg um fast 14 Prozent auf 650 Millionen Schilling. Der Mitarbeiterstand nahm um rund 35 Prozent auf 950 zu. Die Unternehmensgruppe tätigte im vergangenen Jahr 97,5 Millionen Schilling Investitionen, für heuer sind Investitionen im Gesamtausmaß von mehr als 170 Millionen Schilling geplant. (Schluß) fk/bs

Mayr: Bei Mischek-Kredit folgt Wien dem Bund

Auch Niederösterreich verzichtet

Wien, 29.1. (RK-KOMMUNAL) Im heutigen Wiener Gemeinderat soll ein Darlehen der Stadt Wien an die Firma Mischek Fertigteilbau in der Höhe von 22 Millionen Schilling in nicht rückzahlbare Zuschüsse umgewandelt werden. Dazu stellte Vizebürgermeister Hans MAYR gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“ fest, daß das Vorgehen der Stadt Wien in dieser Frage immer mit den anderen Partnern, dem Bund und dem Land Niederösterreich, abgestimmt wurde.

Die Firma Mischek kam Anfang der 80er Jahre in wirtschaftliche Schwierigkeiten — damals ging es um 1.200 Arbeitsplätze und vor allem um 1.670 Wohnungen, für die die Benützer schon wesentliche Anzahlungen geleistet hatten. In einer gemeinsamen Aktion Bund, Wien und Niederösterreich wurden Anfang der 80er Jahre im Verhältnis 50 : 36,93 : 13,07 Prozent Darlehen an die Firma Mischek gewährt. Durch diese Aktion — und das Vorgehen einiger Banken — konnten die negativen Auswirkungen für die Wohnungsbenützer und die Beschäftigten abgewendet werden.

In den folgenden Jahren wurde das Sanierungsziel bei der Firma Mischek im wesentlichen erreicht — allerdings zeigte es sich, daß die Darlehensrückzahlung nicht möglich ist. Der Bund verzichtete bereits 1984 auf die Rückzahlung des Darlehens, die Stdt Wien verlängerte den Rückzahlungszeitpunkt auf Ende 1987. Im Jahr 1986 kam es zu einem neuerlichen Ersuchen von Mischek auf Nicht-Rückzahlung. Die Stadt Wien ließ daraufhin einen Prüfbericht erstellen, der zu folgendem Ergebnis kam: Das Sanierungsziel wurde erreicht, in den nächsten 5 Jahren sind jedoch Ersatzinvestitionen von 75 Millionen notwendig, die aus Eigenfinanzierungskraft nur möglich sind, wenn die öffentlichen Darlehen nicht rückgezahlt werden müssen.

Die nun vorgeschlagene Darlehensumwandlung — die vom Bund bereits seit langem durchgeführt wurde — bewirkt eine weitgehende Beseitigung der Überschuldung und gibt der Firma eine Chance zur Erlangung der Eigenständigkeit. (Schluß) sei/bs

Wiener Landtag

Fragestunde

Wien, 29.1. (RK-KOMMUNAL) Am Freitag trat der Wiener Landtag unter dem Vorsitz von Landtagspräsidentin Gertrude STIEHL zu einer Sitzung zusammen. Auf die ERSTE ANFRAGE von LABg. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ), weshalb das Kollegium des Wiener Stadtschulrates 1987 trotz anderslautender Ankündigungen lediglich einmal zusammengetreten sei, antwortete Landeshauptmann Dr. ZILK, daß das Kollegium tatsächlich 15mal zu Sitzungen der Sektionen und Untersektionen sowie des Plenums zusammengetreten ist. Um die Arbeit auch künftig rasch voranzubringen, habe er veranlaßt, daß in der heutigen Sitzung der Landesregierung die Kollegiumsmitglieder neu bestellt werden, was aufgrund des Ergebnisses der Landtagswahl notwendig wurde.

Auf die Zusatzfrage, ob der Landeshauptmann als Präsident des Stadtschulrates dafür Sorge tragen werde, daß das Kollegium im Plenum und nicht nur in den Sektionen und Untersektionen zusammentritt, antwortete Zilk, daß im Unterschied zum Gemeinderat und seinen Ausschüssen verbindliche Beschlüsse des Stadtschulrates auch in den Sitzungen der Sektionen und Untersektionen gefaßt werden können.

Auf eine weitere Zusatzfrage, ob weiterhin personalpolitische Fragen die Themen der Sitzungen sein werden, antwortete Zilk, daß er glaube und hoffe, daß vor allem die Fragen der Entwicklung der Hauptschule und der Allgemeinbildenden Höheren Schulen sowie die Objektivierungsfrage im Mittelpunkt der Beratungen stehen werden. Die ersten Arbeiten in diese Richtung haben ihn sehr ermutigt, sagte Zilk.

LABg. Mag. KAUER (ÖVP) erkundigte sich nach der Mitwirkungsmöglichkeit der Bevölkerung am neuen Bundesamtsgebäude in der Dampfschiffstraße. StR. SALLABERGER (SPÖ) erklärte, die Bevölkerung und die Stadt Wien hätten bisher keine Möglichkeit gehabt, in das Projekt direkt einzugreifen. Die Stadt Wien habe jedoch vorgeschlagen, ein Gutachterverfahren durchzuführen. Dabei gebe es allerdings rechtliche Probleme. Die Stadt Wien werde jedenfalls versuchen, alle Möglichkeiten zu nutzen und die Mitwirkung der Bevölkerung über die Bezirksvertretung sicherzustellen.

LABg. Mag. ZIMA (SPÖ) fragte nach den Stand der Arbeiten an einem neuen Disziplinarrecht für die Beamten der Stadt Wien. StR. SALLABERGER (SPÖ) erläuterte, er könne sich vorstellen, daß sich die Gemeinderäte aus der Vorsitzführung zurückziehen. Sie könnten von Beamten übernommen werden. Dafür gebe es Vorbilder im Bundes-Disziplinarrecht. Entsprechende Verhandlungen mit der Personalvertretung laufen derzeit. Der Landtag wird sich voraussichtlich im März mit dem neuen Disziplinarrecht befassen.

LABg. Dr. STEYRER (SPÖ) fragte nach dem Stand der Auszahlung von öffentlichen Leistungen nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl. Landeshauptmann-Stellvertreter MAYR (SPÖ) antwortete, daß an 330 Gemüseproduzenten 34 Millionen Schilling nach dem Strahlenschutzgesetz und 8 Millionen nach dem Katastrophenfondsgesetz ausbezahlt wurden. Wien sei damit in Österreich beispielgebend. Für andere Erzeuger und Händler, zur Abgeltung deren Forderungen erst relativ kurz die notwendigen Verordnungen vorliegen, laufen derzeit Prüfungen. Bei der Milchwirtschaft wurden Vorauszahlungen geleistet.

Auf die FÜNFTE ANFRAGE von LABg. HAAS (SPÖ), welche Auswirkungen das Bewertungsänderungsgesetz 1987 auf die Finanzen der Stadt Wien hat, sagte LH-Stellvertreter MAYR (SPÖ), daß die derzeitige Praxis der Bestimmung der Einheitswerte von Grundstücken unbefriedigend ist. Durch den langen Zeitraum zwischen den Zeitwertbestimmungen ist es

nicht möglich, der unterschiedlichen Wertentwicklung der Grundstücke gerecht zu werden, was sowohl für die Steuerpflichtigen wie auch für die Gebietskörperschaften unbefriedigend ist. Für die Stadt Wien gibt es aus diesem Grund einen auf den Realwert der Einnahmen bezogenen Entfall, der mit rund 320 Millionen Schilling im Jahr zu beziffern ist. Wünschenswert wäre die Möglichkeit einer jährlichen Neubewertung der Grundfeststellungswerte. Eine entsprechende Änderung müßte auf Bundesgesetzebene initiiert werden.

Auf die SECHSTE ANFRAGE von LAbg. FUCHS (ÖVP), aufgrund welcher rechtlichen Grundlage die städtische Wohnhäuserverwaltung im Dezember 1987 bei der städtischen Wohnhausanlage 21, Schliemanngasse 25, auf den monatlichen Mietzins mit der Begründung der Lärmstörung wegen Instandsetzungsarbeiten verzichtet hat, sagte StR. EDLINGER (SPÖ), daß diese Grundlage mit dem Paragraphen 1.096 des ABGB gegeben ist. Die Stadt Wien wendet diesen Paragraphen auch in anderen Fällen an.

Auf die SIEBENTE ANFRAGE von LAbg. DAMPIER (SPÖ), wie er zu einer eventuellen Verlängerung der Mietzinsbefugnisse steht, sagte StR. Edlinger, daß er generell in einer einheitlichen Bundesgesetzgebung auf diesem Gebiet eine gute Lösung sieht. Sollte es zur Verlängerung kommen, so ist an die Frage der Mietzinsbildung auch die der Mietermitbestimmung als wichtiges Element anzuknüpfen. Weiters bezeichnete Edlinger den Wohnwert von Wohnungen als Zentralfrage der Mietzinsbildung und sprach sich gegen eine weitere Kostensteigerung für Mieter in Altbauten aus.

Auf die diesbezügliche ACHTE ANFRAGE von LAbg. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) sagte StR. HATZL (SPÖ), es habe über die Freigabe der Wien bisher vorenthaltenen Straßenbaumittel aus dem Budget 1987 Gespräche mit den zuständigen Bundesdienststellen gegeben, die bisher nicht sehr erfolgreich gewesen seien. Auf die Frage, ob Hatzl bereit sei, im Falle einer weiteren Vorenthaltung dieser Mittel den Rechtsweg zu beschreiten, sagte dieser, man habe die Chance, durch eine Aufstockung des Budgetanteils für 1988 eventuell eine Kompensation für 1987 zu erlangen.

Die NEUNTE ANFRAGE von LAbg. Mag. Dipl.-Ing. REGLER (ÖVP) beschäftigte sich mit den Maßnahmen zur Einhaltung von „Tempo 30“ in den dafür ausgewählten Gebieten. StR. HATZL erklärte, daß die Kompetenzen zur Überprüfung der Tempoeinhaltung im wesentlichen im Bereich der Bundespolizeidirektion lägen. Bezüglich der Beschilderung habe die Stadt Wien einen legislatischen Änderungsvorschlag an das Bundesministerium für Verkehr übermittelt, der noch nicht berücksichtigt worden sei. Die derzeitige Lösung sei unbefriedigend.

Zur ZEHNTEN ANFRAGE von LAbg. Mag. KARL (ÖVP) über den Stand der Vorbereitungsarbeiten für die Umfahrungsstraße Hetzendorf, erklärte StR. HATZL, daß derzeit die magistratsinterne Bearbeitung erfolge. Die generelle Planung sei in der Fertigstellungsphase, man könne aber wissenschaftliche Ergebnisse, z. B. über die Entlastung des betroffenen Stadtgebietes, nicht vorwegnehmen.

Novelle zum Anstaltengesetz

Ohne Debatte wurde die Novelle zum Krankenanstaltengesetz in erster und zweiter Lesung einstimmig angenommen. StR. Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER (SPÖ) verwies als Berichterstatter darauf, daß durch diese Novelle die Höchstzahl der systemisierten Betten in Wien auf 13.811 beschränkt werde. Die Novelle bringe weiters Vorteile für Begleitpersonen von Patienten in den städtischen Krankenhäusern.

Dringliche Anfrage der ÖVP

Die ÖVP-Abgeordneten Dipl. Kfm. Dr. Heinz WÖBER und Mag. Dipl.-Ing. Roderich REGLER brachten eine Dringliche Anfrage an Finanzstadtrat

Forts. von Blatt 154

Forts. auf Blatt 156

Hans MAYR (SPÖ) über die Auswirkungen einer Teilnahme Österreichs am Binnenmarkt der Europäischen Gemeinschaft auf das Land Wien ein.

Die Dringlichkeit der Anfrage begründe sich durch die Aktualität des Themas, betonte LAbg. Dr. WÖBER. Die Europäische Gemeinschaft plane bis 1992 die Vollendung des Binnenmarktes, das heißt, die Verwirklichung der vier Grundfreiheiten; Freiheit des Waren-, Personen-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehrs. Wien müsse sich darauf vorbereiten, Wien müsse aber auch innerösterreichisch entscheidend mitreden. Es gelte nun, die Auswirkungen eines EG-Beitrittes auf Wien zu untersuchen. Es nütze nichts, sagte Wöber, die Randlage von Wien und der Ostregion zu bebauern, es müsse zeitgerecht gehandelt werden.

LAbg. Dr. KABAS (FPÖ) erklärte, daß für einen Beitritt Österreichs zur Europäischen Gemeinschaft Vorbereitungen zu treffen seien, dabei allerdings schon sehr viel Zeit versäumt worden sei. Eine klare Entscheidung für einen Vollbeitritt zur EG sei von der Bundesregierung bisher nicht getroffen worden. So sei es etwa eine „Selbsttäuschung“ der ÖVP, daß die Teilnahme am Binnenmarkt der EG der Schlüssel für den Eintritt in die Gemeinschaft sei. Vielmehr sei es umgekehrt, sagte Kabas. Die SPÖ zeige zwar eine offenere Haltung, lasse aber ebenfalls Zeit verstreichen.

Weil 60 Prozent der österreichischen Exporte in den EG-Raum gehen und überdies die Bereitschaft der EG für eine Aufnahme Österreichs vorhanden sei, müsse man sich jetzt für einen Beitritt zur EG entscheiden. Dr. Kabas brachte einen entsprechenden BESCHLUSSANTRAG ein, mit dem die Landesregierung ersucht werden soll, entsprechende Gespräche mit der Bundesregierung aufzunehmen. Neben vielen Vorteilen eines EG-Beitrittes, wie etwa ein modernes Ladenöffnungskonzept oder eine Aufwertung Wiens im Ost-West-Handel, sei der Endzweck vor allem die Europa-reife Österreichs, schloß Kabas.

LAbg. Dr. SWOBODA (SPÖ) betonte, daß es wichtig sei, Vor- und Nachteile eines EG-Beitrittes genau zu prüfen. Es sei damit zu rechnen, daß die EG dazu übergehen werde, den Protektionismus zu verstärken, was vor allem die Landwirtschaft, die Nahrungsmittelproduktion und das Normungswesen beeinflussen würde. Am Bemühen, an einem großen Markt teilnehmen zu können, führe kein Weg vorbei. Auf einen Beitritt zu verzichten, könnte auch bedeuten, daß große internationale Konzerne darauf verzichten, in Österreich zu investieren und stattdessen ihr Geld in EG-Ländern ausgeben. Nachteile eines Beitritts könnten eine Einengung des Handlungsspielraums der Bundesregierung sowie Nachteile im Handel mit dem Comecon sein. Der Wettbewerb würde steigen, was wohl positiv für die Konsumenten wäre, aber zu einer Belastung für die Unternehmer würde. EG-Unternehmen würden auf den Österreichischen Markt drängen. Ähnlich seien die Auswirkungen auf regionaler Ebene, zum Beispiel Wien. Der Handlungsspielraum für Wirtschaftsförderungen, Bauwesen, Umweltschutz und Ausschreibungen würde eingeengt. Im Sog von Arbeitskräften aus den westlichen Bundesländern, die in andere Länder der EG abwandern, könnten qualifizierte Arbeitskräfte aus dem Osten des Landes nachrücken. Schwierigkeiten im Reiseverkehr mit östlichen Ländern seien nicht auszuschließen, und es bestehe auch eine Gefahr für das österreichische Bankgeheimnis. Dennoch wolle sich auch die SPÖ in den nächsten Jahren intensiv mit diesem Problemkreis befassen und dabei nicht zuletzt auch die Frage von Auswirkungen auf die Neutralität prüfen.

LAbg. Mag. Dipl.-Ing. REGLER (ÖVP) wies darauf hin, daß ein möglicher Beitritt Österreichs zur EG auch für das Land Wien große Chancen, aber auch gewisse Risiken birgt. Mit der Einführung des umfassenden Binnenmarktes im Bereich der EG im Jahr 1992 sind der freie Warenverkehr, der ungehinderte Personenverkehr, die Dienstleistungsfreiheit und die Niederlassungsfreiheit sowie der freie Kapitalverkehr im gesamten EG-Raum verbunden, sagte Regler. Das Land Wien muß bereits jetzt diesbezüglich

Forts. von Blatt 155

Forts. auf Blatt 157

Überlegungen und auch Vorkehrungen treffen, um für diese wirtschaftliche Herausforderung gerüstet zu sein und die nötige Infrastruktur bereitzustellen. Weiters sind etwa durch die geplanten Harmonisierungen am Agrarmarkt, im Lebensmittelrecht und im Steuersystem weitere Herausforderungen für die Mitgliedsstaaten zu erwarten, denen — im Falle eines Beitrittes — auch Österreich und damit Wien gewachsen sein müssen. Die nötigen Schritte seien bereits jetzt zu setzen.

Die Gründung eines EG-Ausschusses des Wiener Gemeinderates regte LAbg. NETTIG (ÖVP) an. Man müsse die Wiener Wirtschaft, aber auch die Verwaltung für den EG-Beitritt rüsten, um die große Chance steigender wirtschaftlicher Dynamik, neuer Impulse und neuer Herausforderungen zu nützen. Wien müsse mit verbesserter Infrastruktur, ausgebauten Informations- und Kommunikationssystemen, Erleichterungen für das unternehmerische Handeln und einer Entbürokratisierung für den europäischen Markt attraktiv gestaltet werden. Der EG-Beitritt bedeute für die Wiener Betriebe mehr Anpassung und mehr Konkurrenz; es müsse deshalb bessere Möglichkeiten geben, das vorhandene Innovationspotential zu nutzen und die Außenorientierung der Wiener Wirtschaft zu verstärken. Es sei eine große kommunalpolitische Aufgabe, hier wirtschaftsgerechte und tatgerechte Unterstützung zu leisten.

StR. Ing. ENGELMAYER (ÖVP) verwies darauf, daß die Freizügigkeit der Europäischen Gemeinschaft auch Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt habe. Es gehe daher darum, das Arbeitsrecht, das Sozialversicherungsrecht zu harmonisieren. Welche Folgen und welche Auswirkungen dieser freie Arbeitsmarkt auf Österreich haben werde, ist noch nicht ausdiskutiert. Aber es sei anzunehmen — Engelmayer zitierte ein Gutachten des Wirtschaftsforschungsinstitutes —, daß die Wanderung der Arbeitnehmer innerhalb der EG nicht von rechtlichen Vorschriften, sondern von Arbeitsmarktmechanismen geprägt werde. Die Ab- und Zuwanderung von Arbeitnehmern hänge damit also von der Konjunktur ab. In diesem Zusammenhang sprach sich Engelmayer „als Demokrat und Europäer“ gegen Tendenzen aus, die Ausländerfeindlichkeit und die Anti-Gastarbeiter-Parolen zu fördern.

LAbg. Dr. Ferdinand MAIER (ÖVP) brachte als neue Facette zur Diskussion über den EG-Beitritt die Chancen der Weltausstellung in Wien ein. Es gelte, die Nachteile der Randlage zu überwinden, und es sei sicherzustellen, daß die Europäische Gemeinschaft bei dieser Weltausstellung in Wien präsent sei.

Landeshauptmann-Stellvertreter MAYR (SPÖ) stellte fest, daß es grundsätzlich sehr nützlich sei, über einen Beitritt zur EG zu diskutieren. Allerdings seien die Voraussetzungen für die Behandlung als dringliche Anfrage nicht gegeben, weil sich Österreich noch nicht für einen vollen Beitritt zur EG entschieden hat. Vielmehr habe die EG derzeit eigene Probleme und zeige an einem Beitritt Österreichs wenig massives Interesse.

Mayr sagte, daß er bei der Österreichischen Landeshauptleutekonferenz auf die beträchtlichen regionalen Unterschiede hinsichtlich der Auswirkungen eines EG-Beitritts hingewiesen habe. Dieser würde das bereits bestehende wirtschaftliche Ost-West-Gefälle weiter verstärken.

Außerdem sei folgendes zu bedenken: Es würde völlige Gewerbefreiheit und damit hoher Konkurrenzdruck für die Wirtschaft entstehen, was eindeutig den bisherigen Argumenten der ÖVP-Wirtschaftsvertreter widersprechen würde, die etwa in Wien eine Einschränkung des Hotelneubaus forderten. Die vorbildliche österreichische Berufsausbildung als ein Befähigungsnachweis für die Ausübung eines Gewerbes würde in Österreich nicht für Ausländer gelten. Eine Reihe von Arbeitsverfassungsbestimmungen würde geändert. Beispielsweise müßte auch das Lohnniveau auf den EG-Standard angehoben werden. Offene Ausschreibungen würden

Forts. von Blatt 156

Forts. auf Blatt 158

Forts. von Blatt 157

auch Auftragsvergaben an ausländische Firmen ermöglichen und bisherige Wettbewerbsvorteile österreichischer Unternehmen beseitigen. Allein elf Milliarden Schilling müßte Österreich als Beitragsleistung an die EG aus der Umsatzsteuer zahlen. Drei Milliarden Schilling Steuereinnahmen würden durch den Entfall der Getränkesteuer beseitigt. Ebenfalls beseitigt werden müßten die Mineralölsteuer und verschiedene Genußmittelsteuern. Dieser hohe Steuerentfall müßte in Kauf genommen werden, um gleiche Wettbewerbsverhältnisse mit der EG zu schaffen. Weiters müßte das Reinheitsgebot für die Bierindustrie absolut eingehalten werden, die Exportförderung müßte neu geordnet, und hohe Importzölle müßten drastisch gesenkt werden. Ein Beitritt zur EG würde außerdem wettbewerbsverzerrende Subventionen verbieten. Die Ansiedlung von General Motors in Wien oder die Rettung der Ankerbrotfabrik wären unter diesen Voraussetzungen unmöglich gewesen.

Mayr sprach sich für ein Nahverhältnis zur EG aus, wies aber darauf hin, daß die zu erwartenden Schwierigkeiten nur gemeinsam bewältigt werden sollten. Mayr erwartet sich etwa die Mithilfe der ÖVP auch bei der Umnutzung von Flächen für die Weltausstellung, bei der sich die EG nach Wunsch der ÖVP präsentieren sollte. Er erwartet sich auch die Unterstützung der ÖVP bei der Streichung von Förderungen für die Wirtschaft.

In Beantwortung der dringlichen Anfrage erklärte Landeshauptmann-Stellvertreter Mayr, daß bereits Studien über die Auswirkungen eines EG-Beitrittes beim Bund vorliegen und daher keine landeseigene Studie notwendig ist. Weiters könnte ein entsprechender Maßnahmenkatalog nicht losgelöst von der gesamtwirtschaftlichen Situation erstellt werden, wobei ohnedies bereits zahlreiche Werbemaßnahmen für die österreichische Wirtschaft im Ausland erfolgen. Ferner wird die EG-Integration keine Impulse auslösen, die eine Erweiterung des Investitionsplanes der Stadt Wien notwendig machen. Weiters werden grundsätzlich alle in Frage kommenden Aussteller für eine Weltausstellung angesprochen werden. Es werde, so Mayr, keine neue Dienststelle geschaffen, die Vorkehrungen für einen möglichen EG-Beitritt treffen soll. Eine Enquete zu diesem Thema scheint derzeit nicht notwendig. Änderungen von Vorschriften im Bereich der Wiener Stadtverwaltung, etwa bei der Vergabeordnung, werden nicht früher als erforderlich erfolgen. Schließlich sind nur wenige landesgesetzliche Bereiche mit EG-Normen zu harmonisieren, sodaß bei Gesetzesvorlagen nicht entsprechende Regelungen der EG in den Erläuterungen angeführt werden.

Mayr stellte abschließend fest, daß Europa für Österreich und Wien ohne Zweifel eine Schicksalsfrage sei. Man dürfe nicht erwarten, sich die „Rosinen“ herauszusuchen zu dürfen, ohne auch die Mühen, die in mehr Leistung und Konkurrenz liegen, zu tragen. Entscheidend sei, jegliche Vorgangsweise gemeinsam zu tragen.

Die Sitzung des Wiener Landtages endete um 13.05 Uhr. (Schluß) red

Brückenabbrucharbeiten in der Wienerbergstraße

Wien, 29.1. (RK-KOMMUNAL) Nach umfangreichen Vorarbeiten wird im 12. Bezirk mit dem Abbruch der Brücke über die Pottendorferlinie — im Zuge des Ausbaues der Wienerbergstraße (B 225) — begonnen. Der Stahlbetonbogen über der Pottendorferlinie und das Stahlbetonplattentragwerk über der „Badner Bahn“ werden dabei in möglichst große Teile zerlegt und mit der Bahn abtransportiert. Dadurch kann der Lärm bei einer sonst üblichen weitergehenden Zerkleinerung für den Abtransport mittels LKW vermieden werden.

Eine gewisse Lärmerregung erscheint allerdings kaum vermeidbar: Wegen der Aufrechterhaltung des Straßenverkehrs, dem notwendigen Einhalten der betriebsfreien Zeit der „Badner Bahn“ und der Straßenbahnlinie „64“ sowie der Beachtung der wenigen Zugspausen auf der Pottendorferlinie und der Oswaldschleife der ÖBB kann ein Teil der Arbeiten nur in der Nacht durchgeführt werden.

Die angeführten Arbeiten werden in der kommenden Woche beginnen und — entsprechende Witterung vorausgesetzt — ungefähr vier Wochen dauern. Bei der südlichen Brückenhälfte sind die gleichen Maßnahmen für den Spätherbst 1988 vorgesehen. (Schluß) pz/rr

Wiener Gemeinderat

Fragestunde

Wien, 29.1. (RK-KOMMUNAL) Anschließend begann unter dem Vorsitz von GR. LUSTIG (SPÖ) die Gemeinderatssitzung mit einer Fragestunde.

GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) erkundigte sich in der ERSTEN ANFRAGE nach dem Ergebnis der Überprüfung, die hinsichtlich der Gehälter der Vorstandsdirektoren der „Gaskoks“ durchgeführt wurde. Die beiden Direktoren verdienen jeweils 4,2 Millionen Schilling jährlich. Bürgermeister Dr. ZILK erläuterte, daß Wien über die Stadtwerke nur Minderheits-Eigentümer an der Gaskoks ist. Dennoch habe nach einer Überprüfung von den Wiener Delegierten im Aufsichtsrat erreicht werden können, daß die Valorisierung der Gehälter eingestellt wurde. Wien werde für den Fall des Abschlusses neuer Verträge nach dem Auslaufen der bestehenden darauf drängen, daß eine akzeptable Gehaltsregelung gefunden wird.

In der ZWEITEN ANFRAGE fragte GR. Dr. HAWLIK (ÖVP), wann die noch offenen politischen Entscheidungen zur Sanierung von EBS und Hauptkläranlage getroffen werden. Sie seien Voraussetzung für den Abschluß der Planungsarbeiten, der entgegen den ursprünglichen Ankündigungen noch immer nicht erfolgt sei. Bürgermeister Dr. Zilk erinnerte daran, daß die Arbeiten zur Rauchgasreinigung aus Drehrohr- und Wirbelschichtöfen, für die Abwasseraufbereitung, Schlammmentwässerung und für die Pilotanlage einer späteren Erweiterung der Kläranlage bereits fertiggestellt wurden. Weitere Entscheidungen hängen eng mit der Errichtung eines Kraftwerks an der Donau weiter stromabwärts zusammen. Es bestehe kein Zeitdruck hinsichtlich der Zielvorgaben für die Kläranlagen-Erweiterung, für allfällige zusätzliche Verbrennungskapazitäten und Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Spitalsmüll. Auf eine Zusatzfrage ergänzte Zilk, es gebe keine Absicht, die Müllverbrennungsanlage Flötzersteig aufzulassen oder abzusiedeln.

Auf die DRITTE ANFRAGE von GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ), ob weiterhin die Auffassung vertrete, daß die Finanzierung einer Weltausstellung in Wien im Jahr 1996 durch private Sponsoren erfolgen müsse, sagte Bürgermeister Dr. ZILK, daß er das in dieser Form niemals gesagt habe. Er habe sich jedoch stets für ein optimales Finanzierungskonzept mit einer ebenfalls optimalen Beteiligung privater Sponsoren eingesetzt. Näheres könne man erst sagen, wenn die Themen der Ausstellung, die Aufteilung zwischen Wien und Budapest, die bauliche Gestaltung und die Nutzung nach der Ausstellung sowie weitere Fragen geklärt seien. Zilk bezifferte die bisherigen Gesamtkosten für vorbereitende Maßnahmen zur Ausstellung mit 1,8 Millionen Schilling. Im diesjährigen Budget seien 5,6 Millionen vorgesehen, wobei auch eine Begutachtung durch ein international renommiertes Institut in dieser Summe inkludiert sei.

Auf die VIERTE ANFRAGE von GR. Mag. Eva PETRIK (ÖVP), ob durch Subventionen oder Inserate geförderte Publikationen auf ihre Inhalte überprüft würden, sagte Vizebürgermeister Ingrid SMEJKAL (SPÖ), daß dies natürlich bei Eigenpublikationen oder bei Publikationen des PID der Fall sei, bei anderen Publikationen im Jugendbereich jedoch nicht gehandhabt werde. Diese würden damit ebenso behandelt wie andere Medien, etwa Tageszeitungen. Im speziellen Fall eines Schülerkalenders sei man aufgrund der Inhalte der diesjährigen Ausgabe zum Entschluß gekommen, in der Ausgabe des nächsten Jahres nicht zu inserieren.

Die FÜNFTE ANFRAGE wurde zurückgezogen.

Auf die SECHSTE ANFRAGE von GR. FREITAG (SPÖ), ob sich die aufgedeckten Unregelmäßigkeiten bei der Teletheater auf die Abrechnung des Wiener Sommers 1987 ausgewirkt hätten, sagte StR. Dr. Ursula PASTERK (SPÖ), daß dies im Moment nicht gesagt werden könne, da trotz mehrmali-

ger Urgenz noch keine Abrechnung vorliege. Bis jetzt seien der Teletheater fünf Millionen Schilling akontiert worden, 1,374 Millionen stünden bereit, um nach Vorlage der Abrechnung und nach entsprechendem Bedarf ausbezahlt zu werden. Die Abrechnungen der Teletheater seien regelmäßig vom Kontrollamt geprüft worden. Die Unregelmäßigkeiten schienen eher im Zusammenhang mit den Mörbischen Seespielen zu stehen. Grundsätzlich sei die Teletheater in der Lage, diese kulturell- und fremdenverkehrs- politisch wichtige Aktivität auch im Sommer 1988 durchzuführen, sagte Dr. Pasterk auf eine entsprechende Zusatzfrage.

Es sei richtig, daß das Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten im Dezember bereits feststehende Straßenbaumittel für Wien gekürzt habe, sagte StR. HATZL auf die SIEBENTE ANFRAGE von GR. Mag. Ruth BECHER (SPÖ). Dies betreffe eine Größenordnung von rund 84 Millionen Schilling und werde, wenn nicht eine Sicherstellung für die Beträge 1988 erfolge, terminliche Verzögerungen bei Straßenneubauten und bei der Straßenerhaltung verursachen.

Zur ACHTEN ANFRAGE von GR. Dr. Ferdinand MAIER (ÖVP) über seine Beurteilung der Diskussion um die Ladenöffnungszeiten aus der Sicht des Fremdenverkehrs sagte Vizebürgermeister MAYR (SPÖ), diese seien ein geringeres Problem als die Öffnungszeiten von Restaurations- und Gaststättenbetrieben. Diese hätten besonders um die Weihnachtszeit die ihnen offenstehenden Möglichkeiten nicht wahrgenommen. Zur Frage der Fremdenverkehrszonen und ihrer Einführung zur Weltausstellung sagte MAYR, er hege die Hoffnung, die Sozialpartner würden in den noch verbleibenden Jahren bis zur Weltausstellung Möglichkeiten zur Flexibilisierung finden.

Zur NEUNTEN ANFRAGE von GR. HUFNAGL (SPÖ) über eine Sperre von 155 Millionen Schilling beim U-Bahn-Bau sagte Vizebürgermeister MAYR, im Budgetvoranschlag 1988 des Bundes sei keine Überweisung des ausstehenden Betrages aus der Nahverkehrsmilliarde bedeckt. Dies würde eine einseitige Vertragsveränderung beim Schienenverbundvertrag und eine Verzögerung bei einem Teil der geplanten Arbeiten im U-Bahn-Bereich bedeuten. Die Arbeiten würden um etwa drei Monate länger dauern. Er hoffe jedoch, die Situation im Verhandlungswege klären zu können.

Auf die ZEHNTE ANFRAGE von GR. GINTERSDORFER (FPÖ), ob drohende weitere Kürzungen bei der Neuanschaffung von Büchern abgewendet werden können, sagte Vizebürgermeister Ingrid SMEJKAL (SPÖ), daß durch ein besseres Verleihsystem der vorhandene Buchbestand effizienter ausgenutzt werden könne. Es gehe in den städtischen Büchereien nicht nur um den Buchverleih, sondern auch um die Leseförderung und Leseerziehung. Der Bildungsauftrag könne daher erfüllt werden. Sie halte es nicht für klug, auf das Jungbürgerbuch zu verzichten. Im kommenden Jahr werde dafür die „Wien-Chronik“ vorgesehen.

Rücktritt Stadtrat Braun

Bürgermeister Dr. Helmut ZILK gab in einer kurzen Mitteilung den Rücktritt von StR. Helmut BRAUN bekannt. Als Nachfolger von Helmut Braun schlug Zilk den SPÖ-Gemeinderat Dr. Michael HÄUPL vor.

Neuer SPÖ-Gemeinderat

Der designierte Stadtrat Dr. Michael HÄUPL hat sein Gemeinderatsmandat zurückgelegt. An seiner Stelle wurde Franz RIEPL als neuer Gemeinderat angelobt.

Wahl von Stadtrat Häupl

Dr. Michael HÄUPL wurde in einer geheimen Abstimmung zum Stadtrat gewählt. Von 92 abgegebenen Stimmen entfielen 63 Ja-Stimmen auf ihn.

Forts. von Blatt 160

Forts. auf Blatt 162

In einer kurzen Sitzungsunterbrechung tagte der Stadtsenat, in dem StR. Dr. Häupl zum Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Umwelt, Freizeit und Sport vorgeschlagen wurde. In dieser Funktion wurde Dr. Häupl vom Gemeinderat einstimmig gewählt.

Mitteilung von Stadtrat Edlinger zur Stadterneuerung

StR. EDLINGER (SPÖ) nahm das dreijährige Bestehen des Wohnhaus-sanierungsgesetzes und des Wiener Stadterneuerungsfonds zum Anlaß für eine Mitteilung an den Wiener Gemeinderat. Edlinger zeigte an Hand aktueller Zahlen die positive Entwicklung der Stadterneuerung auf. So seien in den letzten drei Jahren etwa 1.500 Anträge zur Förderung von Wohnhausanierungen empfohlen worden. Diese umfassen ein Bauvolumen von nicht weniger als 10,4 Milliarden Schilling. Derzeit ist etwa ein Drittel der Projekte in Bau. Die Stadterneuerung sei damit in Wien zu einem wesentlichen Wirtschaftsfaktor geworden.

Edlinger drückte seine Zufriedenheit darüber aus, daß die Stadterneuerung in Wien in konstruktiver Zusammenarbeit aller Beteiligten erfolge. Dieses „Wiener Modell einer sanften Stadterneuerung“ sei mittlerweile international vorbildlich. Um auch künftig diese Entwicklung fortzusetzen und den sozial Schwächsten die stärkste Unterstützung zukommen zu lassen, müßten angesichts der Begrenztheit der finanziellen Mittel neue Förderungsmodelle gefunden werden. Die Rahmenbedingungen für eine qualitätsvolle Stadterneuerung würden allerdings auch durch das Steuersystem mitbestimmt. Ohne investitionsfördernde Steuermaßnahmen werde man auch in Zukunft nicht auskommen, unterstrich Edlinger. Edlinger rief dazu auf, die „Zukunftsaufgabe Stadterneuerung“ frei von parteipolitischer Polemik zu halten und die Diskussion fair und sachlich zu führen.

Mitteilung von Stadtrat Sallaberger über den Abschluß des Donauraum-Wettbewerbes

StR. SALLABERGER (SPÖ) berichtete dem Gemeinderat kurz über den Abschluß des Donauraum-Wettbewerbes. Der Einsatz der Mitarbeiter der Stadt Wien, die diesen Wettbewerb vorbereitet und betreut haben, sei von den internationalen Experten besonders gewürdigt worden, betonte Sallaberger. (Die RK berichtete am Donnerstag über das Ergebnis des Wettbewerbs, eine ausführliche Dokumentation wird vorbereitet.)

Neuer Flächenwidmungsplan in Meidling

GR. HAAS (SPÖ) beantragte einen neuen Flächenwidmungsplan im Bereich Breitenfurter Straße/Hetzendorfer Straße in Meidling.

GR. Mag. KARL (ÖVP) erklärte, seine Fraktion lehne den Entwurf ab, weil die in Aussicht genommene Bebauung zu groß sei und einen zusätzlichen Verkehrserreger bedeute, da sie an einem neuralgischen Verkehrsknoten liege, der besser als Park-and-Ride-Standort geeignet wäre und weil außerdem für diesen Bereich an der Kreuzung Breitenfurter Straße/Altmannsdorfer Straße ein Konzept für eine großzügige Kreuzungsgestaltung fehle. Mag. Karl schlug vor, die Trasse der Straßenbahnlinie „62“ an die Südbahntrasse zu verlegen sowie das Plangebiet zu teilen.

GR. GUTMANNBAUER (SPÖ) erklärte, für das Plangebiet gelte derzeit die Widmung „Geschäftsviertel“. Die Bauklasse VI erlaube eine Ausnutzung mit einer Bebauung von 50 Meter Höhe. Der Grundeigentümer habe jedoch einer Umwidmung zugestimmt, wodurch die Höhe der Bebauung 25 Meter nicht übersteigen dürfe und damit eine Angleichung an die übrige Bebauung in diesem Kreuzungsbereich erfolge. An der Schnellbahnstation sollen Garagen und Abstellplätze entstehen.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen von SPÖ und FPÖ angenommen.

Forts. von Blatt 161

Forts. auf Blatt 163

Subvention für selbstverwaltete Kommunikationszentren

GR. HANKE (SPÖ) beantragte die Förderung von selbstverwalteten Kommunikationszentren und von Gruppen im Alternativbereich sowie von alternativen Projekten in der Gesamthöhe von 4,587.000 Schilling.

GR. PROCHASKA (ÖVP) wandte sich gegen die Subventionierung des Amerlinghauses in der Höhe von 2,25 Millionen Schilling. Die bisherige Geschichte dieses Hauses beweise, daß die Subventionen hier nicht sorgfältig verwendet würden, sagte Prochaska. Seitens des Amerlinghauses sei kein Nachweis über eine diskussionswürdige Programmplanung erbracht worden, das Haus stelle jedoch eine Plattform für verschiedene Agitationsgruppen dar. Prochaska sprach sich für eine getrennte Abstimmung des Aktes aus.

GR. FAYMANN (SPÖ) legte in seinem Beitrag ein Bekenntnis zur Toleranz und Offenheit auch gegenüber alternativen Gruppen ab. Faymann sagte, es sei immer das Ziel der SPÖ gewesen, gegenüber allen Gruppen gesprächsbereit zu sein, sich mit Inhalten auch dann auseinanderzusetzen, wenn diese nicht in Einklang mit der eigenen Meinung stehen. Der Tätigkeitsbericht des Amerlinghauses weise verschiedene Initiativen und Veranstaltungen aus, die eine Subvention in der geplanten Höhe rechtfertigten.

ABSTIMMUNG: Die Subvention für das Amerlinghaus wurde nur mit den Stimmen der SPÖ angenommen, der Rest des Antrages wurde einstimmig beschlossen.

Fahrkostenersatz für Gehörlose

GR. KÖNIG (SPÖ) beantragte einen 50prozentigen Kostenersatz für Fahrausweise für Gehörlose durch das Sozialamt. Erhalten sollen diesen Fahrkostenersatz jene, deren Einkommen unter der im Wiener Behindertengesetz festgelegten Grenze liegt und die keinen sonstigen Anspruch auf Ermäßigung haben. Der Kostenaufwand beträgt rund 850.000 Schilling.

Der Beschluß eines 50prozentigen Kostenersatzes stelle die halbe Realisierung eines langjährigen Anliegens der ÖVP dar, erklärte GR. Maria RAUCH-KALLAT (ÖVP). Die Gehörlosen hätten ein großes Kommunikations- und Informationsmanko, das in ihren Verständigungsschwierigkeiten mitbegründet liege. In vielen Fällen sei es nicht möglich, zu telefonieren, weshalb zahlreiche Dinge direkt erledigt werden müssen. Rauch-Kallat wies auch auf einen Antrag der ÖVP zur Herabsetzung des Anspruchshalters für die Blindenbeihilfe hin, den ihre Fraktion im Landtag eingebracht hat.

ABSTIMMUNG: Einstimmig angenommen.

Bescheide des Gemeinderates

Vier Bereiche des Gemeinderats waren Anlaß zu einer Grundsatzdebatte über die Dauer behördlicher Verfahren und die Funktion des Gemeinderates als Berufungsinstanz. Der Berichterstatter GR. JANK (SPÖ) stellte fest, daß der zuständige Gemeinderatsausschuß die betroffenen Dienststellen einstimmig gerügt habe.

GR. Ingrid KARIOTIS (FPÖ) sprach von einem Schildbürgerstreich der Behörde und von einem Leidensweg der Bürger. Jeder, der einen Antrag stellt, habe das Recht auf eine Abwicklung des behördlichen Verfahrens in einem akzeptablen Zeitraum.

GR. Univ.-Prof. Dr. Manfred WELAN (ÖVP) meinte, neben diesen vier Fällen gebe es noch zahlreiche andere. Prof. Welan sprach von einem Mißstand in der Verwaltung. Man müsse aus solchen Fehlern lernen, und er erwarte sich, daß der Bürgermeister als Chef der Verwaltung sich bei den betroffenen Personen entschuldigen werde. Prof. Welan regte weiter an,

Forts. von Blatt 162

Forts. auf Blatt 164

diese vier Fälle in der Verwaltungsakademie als Anschauungsmaterial dafür zu benutzen, wie es nicht sein sollte.

GR. Mag. ZIMA (SPÖ), stellte grundsätzlich die Frage, ob der Gemeinderat der Aufgabe als Berufungsinstanz gerecht werden könne. Bei einigen dieser Fälle sei das Recht auf eine behördliche Entscheidung verweigert worden, das dürfe künftig nicht geschehen. Die heutige Entscheidung könne daher nur formaljuridisch betrachtet werden.

ABSTIMMUNG: Die Anträge wurden mit den Stimmen der SPÖ und FPÖ angenommen.

Wahl von Aufsichtsräten

Der nächste Tagesordnungspunkt betraf die Wahl von Aufsichtsräten in der städtischen Versicherung bzw. eines Sparkassenrates der Zentralsparkasse. GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) erklärte, daß seine Fraktion aus prinzipiellen Gründen gegen die Entsendung von Politikern in gemeindenahe Institutionen sei. Wenn Gemeindepolitiker als Aufsichtsräte der Wiener Städtischen Wechselseitigen Versicherungsanstalt oder als Mitglieder des Sparkassenrates der Zentralsparkasse und Kommerzbank Wien in Funktion treten, so müßten sich automatisch Interessenskollisionen ergeben. So hätten die bisherigen Vertreter beispielsweise gegen überhöhte Zinsen bei Wohnungsverbesserungsdarlehen oder gegen überhöhte Kfz-Haftpflichtprämien auftreten müssen. Die Politiker sollten daher auf derartige Entsendungen verzichten und fachkundige Personen ihres Vertrauens dafür delegieren. Dr. Hirnschall betonte, daß sich die Kritik nicht gegen die vorgeschlagenen Personen richtet.

GR. Dr. SWOBODA (SPÖ) erhob die Frage, was als gemeindenahe Institution zu gelten habe. Beispielsweise entsendet die FPÖ Politiker in den Wirtschaftsförderungs- und den Stadterneuerungsfonds. Dies sei sinnvoll, da es Aufgabe der Politiker sei, dort die Interessen der Stadt zu vertreten und neben betriebswirtschaftlichen auch kommunalpolitische Überlegungen einzubringen.

ABSTIMMUNG: Landtagspräsident Ing. Fritz HOFMANN und Bezirksvorsteher Albert SCHULTZ wurden mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP als Mitglieder des Aufsichtsrates der Wiener Städtischen Versicherung gewählt. Ing. Fritz HOFMANN wurde mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP als Mitglied des Sparkassenrates der Zentralsparkasse gewählt.

Ambulanzverträge

Vizebürgermeister Hans MAYR (SPÖ) beantragte den Abschluß von Verträgen mit den Sozialversicherungsträgern über die Abgeltung von Ambulanzleistungen in Spitälern der Stadt Wien. Künftig ist für die Inanspruchnahme einer Spitalsambulanz der Überweisungsschein eines praktischen Arztes oder ein Facharztschein erforderlich. Wien und die Sozialversicherung treffen in den Verträgen eine Vereinbarung, durch die Wien mehr Geld für Ambulanzleistungen erhält. Ziel sei es auch, die Patienten verstärkt dazu zu motivieren, niedergelassene Ärzte in Anspruch zu nehmen. Durch eine erwartete Senkung der Frequenz in den Ambulanzen wird auch eine Kostenreduzierung erwartet.

Gr. Karin LANDAUER (FPÖ) meinte, mit diesen Verträgen werde das Defizit in diesem Bereich weiter steigen, weil die Zahl der Ambulanzpatienten zunehmen werde. Sie fürchtet einen Trend von den Fachärzten zu den Ambulanzen. Ihrer Ansicht nach sollten Fachärzte Dienste rund um die Uhr einrichten.

GR. Dr. RASINGER (ÖVP) vertrat die Ansicht, die Ambulanzverträge seien nur eine Geldbeschaffungsaktion. Das Nebeneinander von niedergelassenen Ärzten und Ambulanzen werde fortgeschrieben. Durch die Vereinbarungen werde keine Kostendeckung erreicht, während gleichzeitig die

Forts. von Blatt 163

Forts. auf Blatt 165

Spitäler einen enormen Verwaltungsaufwand leisten müßten, der zu einem Kollaps führen könnte. Es sei zu kritisieren, daß die Ambulanz-Inanspruchnahme auch durch Facharztschein möglich sei. Die Konkurrenzfähigkeit der niedergelassenen Ärzte werde sinken, die Patienten würden wegen der vierteljährlichen Geltungsdauer der Krankenscheine an die Ambulanzen „gewöhnt“, zumal keine Rücküberweisung an niedergelassene Ärzte vorgesehen sei. Es sei eine ausgeglichene Versorgung mit niedergelassenen Ärzten notwendig. Gruppenpraxen und andere attraktive Praxisformen sollten gefördert werden — jetzt würden sie von Ärztekammer und Krankenkasse defensiv behandelt. Auch sollten die Praxiszeiten verbessert werden. Ganz allgemein gingen die Verträge zulasten der niedergelassenen Ärzte, schloß Dr. Rasinger.

GR. DINHOF (SPÖ) bekannte sich dazu, die Patienten nicht zu gängeln und ihnen die freie Wahl der ärztlichen Versorgung zu bieten. Die niedergelassenen Ärzte sollen, so Dinhof, mehr in Anspruch genommen werden, zumal sie auch räumlich leichter erreichbar sind. Verbesserungswürdig seien die Ordinationszeiten. Die Frequenz in den Ambulanzen sei ein Votum der Patienten für diese Form der Versorgung. Nicht nur die Krankenkasse, sondern auch die Ärztekammer verhindern, sagte Dinhof weiter, zusätzliche Facharzt-Kassenverträge.

GR. Dr. STEYRER (SPÖ) bezeichnete die Ambulanzverträge als wichtige Schritte einer modernen Gesundheitspolitik. Steyrer konzidierte in diesem Zusammenhang eine gewisse Konkurrenzsituation der Ärzteschaft und sprach sich für neue Formen wie etwa Gruppenpraxen aus. Generell solle der praktizierende Arzt seine zentrale Rolle im Gesundheitssystem behalten.

Vbgm. MAYR wies in seinem Schlußwort darauf hin, daß die Ambulanzen eben den Patienten jederzeit zur Verfügung stehen und damit eine wichtige Funktion für akute Krankheitsfälle erfüllen.

ABSTIMMUNG: Die Anträge wurden mit den Stimmen der SPÖ angenommen.

Ambulanzverträge AKH

GR. PFANNENSTIEL (SPÖ) beantragte eine Änderung des Gemeinderatsbeschlusses aus dem Jahr 1986 betreffend die Verrechnung bestimmter Ambulanzleistungen im AKH. Für die Zeit ab 1. Jänner 1988 werden die Einnahmen der Ambulanzen für Sonderleistungen nicht an die Kliniken verrechnet. Diese Leistungen betreffen Dialysebehandlungen sowie den Bereich der Humangenetik.

StR. Maria HAMPEL-FUCHS (ÖVP) kritisierte diesen Antrag, der „ohne Rücksprache mit den Betroffenen und in ungerechtfertigter Eile zustande gekommen sei“.

Diese Art der Einzelverrechnung, erklärte GR. SCHIEL (SPÖ), gewährleiste, daß die Investitionen der Stadt Wien in die Ambulanzen auf dem Wege der Verrechnung von Sonderleistungen wenigstens teilweise abgegolten werden. Man habe bei den Einzelleistungen in Ambulanzen mit einem Kostendeckungsgrad von rund 22 Prozent zu rechnen.

Den Ambulanzen entstünden durch diese Regelung keine Mindereinnahmen, erklärte StR. Univ.-Prof. Dr. STACHER (SPÖ). Die Dialysebehandlung sei bisher als stationäre Behandlung verrechnet worden, nun sei gesichert, daß die Stadt Wien eine Honorierung dieser an sich nur ambulanten Leistung erhalte. Die Regelung bedeute keine Ausweitung der Ambulanzen zu Ungunsten der Kliniken, unterstrich Stacher.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPÖ und FPÖ angenommen.

Forts. von Blatt 164

Forts. auf Blatt 166

Anleihe und Kreditschulden

GR. FREITAG (SPÖ) stellte den Antrag, den Magistrat zu ermächtigen, zur vorzeitigen Rückzahlung von Anleihen und Kreditschulden, zur Finanzierung des Voranschlags der Stadt Wien und des Wirtschaftsplanes der Wiener Stadtwerke und zur Deckung temporärer Liquiditätsengpässe entsprechende Finanzoperationen auf dem Kapitalmarkt durchzuführen.

GR. STRATIL (ÖVP) forderte eine Aufschlüsselung nach Hoheitsverwaltung und Stadtwerken. Der Wirtschaftsplan der Stadtwerke sei nicht korrespondierend mit dem Budgetvoranschlag. Stratil vermutete dabei eine Verlustserhöhung, um den enormen Gewinn bei Gas- und E-Werken abzubauen. Er forderte eine konsumentenfreundlichere Tarifpolitik und verwies auf den dringlichen Antrag der ÖVP, in dem eine Senkung der Strompreise um zehn Prozent rückwirkend ab 1. Jänner 1988 sowie eine Senkung der Gaspreise um zehn Prozent ab dem 1. Februar gefordert wird.

ABSTIMMUNG: Einstimmig angenommen.

Hauswandzeitung der Stadt Wien

GR. Maria PAUL (SPÖ) beantragte die Herstellung der Wiener Hauswandzeitung mit Gesamtkosten von 6,58 Millionen Schilling.

GR. Mag. KABAS (FPÖ) erklärte, daß die FPÖ der Absicht, die Hauswandzeitung der Stadt Wien in neuer Form herzustellen und zu affichieren, nicht zustimmen werde. Die FPÖ lehne dieses Medium vor allem deshalb ab, weil es bestenfalls die Hälfte der Bürger erreiche. Und diese Informationen könnten wesentlich billiger und zweckmäßiger in der Postwurfsendung „Unser Wien“ untergebracht werden.

GR. FÜRST (ÖVP) kritisierte, daß der Akt bis jetzt unvollständig sei, und führte mehrere Argumente gegen die Hauswandzeitung an. Da das Produkt nur in einer geringen Zahl von Gebäuden affichiert werden könne, dennoch sehr teuer sei, spreche sich die ÖVP grundsätzlich gegen diese Hauswandzeitung aus. Weiters kritisierte Fürst die Art der Ausschreibung und die weit höheren Kosten als bisher. Obwohl nur ein einziges Angebot eingegangen sei, wurde die Ausschreibung nicht wiederholt. Die Preisangemessenheit sei also ohne Vergleich mit anderen Angeboten festgestellt worden. Schließlich sei die Vergabe dieses Auftrages für mehrere Jahre erfolgt, obwohl sich die anbietende Firma erst nachträglich dafür interessierte.

GR. Ing. RIEDLER (SPÖ) betonte, daß der Presse- und Informationsdienst der Stadt Wien niemals in irgendeiner Weise parteipolitischen Mißbrauch mit seinen Produkten betrieben habe. Es bestehe das Bemühen, mit der Hauswandzeitung auch in private Häuser zu kommen. Bemerkenswert sei, so Riedler, daß die ÖVP im Gemeinderatsausschuß die Hauswandzeitung zunächst nicht grundsätzlich abgelehnt habe und diese auch von Bezirksvorstehern dieser Partei begrüßt werde. Tatsache sei weiters, daß der Druck, die Auslieferung und Affichierung von 23 Bezirksausgaben dieser Zeitung einen weit höheren Aufwand als bisher erfordern. Riedler stellte schließlich fest, daß die ÖNORM eine freihändige Vergabe nach Aufhebung einer erfolglosen Ausschreibung erlaube, was in diesem Fall auch geschehen sei.

ABSTIMMUNG: Der Antrag wurde mit den Stimmen der SPÖ angenommen.

Rohrnetz-Erneuerung

GR. STOCKINGER (SPÖ) beantragte 61 Millionen Schilling für die Erneuerung des Wasserrohrnetzes im 1. Bezirk. Stockinger erklärte, daß gleichzeitig Rohrauswechslungen in insgesamt 21 Wiener Bezirken beschlossen werden sollen — ein Programm, das 15 Jahre in Anspruch

Forts. von Blatt 165

Forts. auf Blatt 167

nehmen werde. Die Aufwendungen dafür betragen insgesamt rund 2,4 Milliarden Schilling.

GR. Dr. NEUBERT (ÖVP) sagte, dies entspreche einer alten Forderung der ÖVP. Hätte man sie schon damals, 1977, aufgegriffen, dann wären die Kosten der Instandsetzung durch vermiedene Wasserverluste kompensiert worden. Die nun vor der Einleitung stehende Pfannbauernquelle entspreche der halben Wassermenge, die in Wien versickert. Auch seien die Versickerungsverluste bei der 1. Hochquellenleitung beachtlich. Die 2. Hochquellenleitung sei ebenfalls sanierungsbedürftig. Das würde jedoch mehrere Wochen in Anspruch nehmen und sei nicht möglich, weil die 3. Wiener Wasserleitung noch immer nicht in Betrieb sei. In einem ANTRAG verlangte Neubert, daß die Instandsetzung und Erneuerung von Wasser- und Kanalrohren jeweils gleichzeitig in den einzelnen Gebieten erfolgen müsse. Die Bezirksvorsteher sollten in die Aufgrabungskoordination einbezogen werden. Bei allen Aufgrabungen soll in Zukunft noch besser koordiniert werden, um auf diese Weise die Bauzeit zu verkürzen.

GR. REITER (SPÖ) erklärte, Wien werde in einem Jahr die einzige Millionenstadt der Welt sein, die in Normalzeiten zur Gänze mit Quellwasser versorgt wird. Für Rohrausbau und -instandsetzung würden laufend beträchtliche Mittel ausgegeben. Hohe Wasserverluste kommen durch alte Graugußrohre und deren Tausende Verbindungen aus der Zeit vor dem 1. Weltkrieg zustande. Diese Rohre sollen jetzt ausgetauscht werden.

GR. STOCKINGER fügte in seinem Schlußwort hinzu, daß Wien bereits seit 15 Jahren die Wasserverluste erfolgreich bekämpft. Er unterstrich die Wichtigkeit der Mitwirkung der Bezirksvorsteher an der Koordinierung.

ABSTIMMUNG: Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Instandsetzung der städtischen Wohnhausanlage Am Schöpfwerk

GR. LUSTIG (SPÖ) beantragte die Erhöhung des Sachkredites für die Instandsetzung der städtischen Wohnhausanlage Am Schöpfwerk um 39 auf nunmehr insgesamt 127 Millionen Schilling.

GR. FUCHS (ÖVP) wertete die erhöhten Kosten als Beweis für die Konzeptlosigkeit der Renovierungsarbeiten. Es habe keine Untersuchungen vor der Renovierung gegeben, die begleitende Kontrolle lasse zu wünschen übrig. Die Folgen seien verärgerte Mieter und erhöhte Kosten für den Steuerzahler. Fuchs forderte in diesem Zusammenhang im Sinne eines Antrages, den die ÖVP bereits vor einigen Monaten gestellt hat, ein Konzept für die Beseitigung von Bauschäden an städtischen Wohnhausanlagen.

GR. FAYMANN (SPÖ) entgegnete, daß Am Schöpfwerk vor allem die beste Lösung für die Mieter gesucht und gefunden wurde. Dies sei der Fenstertausch, der sich auch als wirtschaftlich günstige Lösung erwiesen habe. Es gebe keine Kosten für die Mieter, eine rasche Abwicklung der Arbeiten sei durch eine funktionierende begleitende Kontrolle gewährleistet. Auf die Bauschäden beziehend wies Faymann darauf hin, daß sich der Stand der Technik in den letzten Jahren und Jahrzehnten international gravierend verändert habe.

ABSTIMMUNG: Einstimmig angenommen.

Friedhofstarife

GR. DAMPIER (SPÖ) beantragte die Erhöhung der Tarife für Bestattungsanlagen und der Preise der städtischen Friedhofsgärtnereien.

GR. ZEIHSEL (FPÖ) kritisierte, daß trotz der vom Steuerzahler subventionierten Dumpingpreise die städtischen Friedhofsgärtnereien nicht mit wettbewerbsgerechten Angeboten aufwarten könnten.

Forts. von Blatt 166

Forts. auf Blatt 168

Das Preisniveau bei den Bestattungsentgelten sei sehr gut kalkuliert, sagte GR. HAUBENBURGER (ÖVP). Mit Ausnahmen seien die Preise ohnehin nicht sehr sozial, weshalb seine Fraktion die Tarifierhöhung ablehne. Die städtischen Friedhofsgärtnereien schreiben trotz alljährlicher Preiserhöhungen Verluste in einer Größenordnung von rund 20 Millionen Schilling. GR. Hauburger stellte einen ANTRAG auf Privatisierung der städtischen Friedhofsgärtnereien.

Die städtische Friedhofsverwaltung, argumentierte GR. Josefa TOMSIK (SPÖ), habe auch die Aufgabe, Grünanlagen, Ehren-, Kriegsopfer- und Widmungsgräber zu betreuen. Tomsik wies in diesem Zusammenhang auf die Sanierung und Reaktivierung der Sperrfriedhöfe sowie auf den Um- und Neubau von Aufbahrungshallen hin. Zu den Friedhofsgärtnereien sagte Tomsik, sie lägen 30 bis 60 Prozent unter dem Preisangebot privater Firmen.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen von SPÖ und FPÖ angenommen.

Zuschuß für die Mischek-Fertigbau AG

GR. FREITAG (SPÖ) stellte den Antrag, das 1982 der Firma Mischek Fertigbau AG und der WBG WohnbaugesmbH. gewährte Darlehen in nicht-rückzahlbare Zuschüsse umzuwandeln. Es handelt sich um 22 Millionen an die Firma Mischek und 5,5 Millionen an die WBG.

Er könne nicht akzeptieren, daß der Steuerzahler für die Spekulationsverluste eines Unternehmens aufkomme, betonte GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ).

Die Lösung sei unbefriedigend, sagte GR. Dkfm. Dr. WÖBER (ÖVP). Der Akt enthalte außerdem eine Fülle von Ungereimtheiten. Der Finanzstadtrat habe den Gemeinderat vor vollendete Tatsachen gestellt, das Ganze sei ein Fall für das Kontrollamt.

Bei der Darlehensgewährung sei es darum gegangen, Schaden von den Wohnungswerbern und von den Mitarbeitern abzuwehren, betonte GR. Ing. SVOBODA (SPÖ). Sowohl der Bund als auch das Land Niederösterreich hätten das Darlehen ebenfalls in einen nicht rückzahlbaren Zuschuß umgewandelt. Er betrachte das als einen Beitrag zu einer aktiven Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPÖ angenommen.

Debatte über Mitteilung zur Stadterneuerung

GR. Brunhilde FUCHS (SPÖ) begründete ihren Antrag auf eine Besprechung der Mitteilung von Stadtrat Edlinger damit, daß vor allem die Frage der Finanzierung des Wohnbaus und der Stadterneuerung als Grundlage für die Entwicklung und Sicherung der Wohnungspolitik zu diskutieren sei.

ABSTIMMUNG: Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

StR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) erklärte, daß nach einer Phase der Verpolitisation des Wohnbaus und der Stadterneuerung nun ein Umdenken und positive Schritte erkennbar sind. Er begrüße die Absicht, das Kuratorium des Stadterneuerungsfonds mit Interessensvertreter zu besetzen. Weitere Schritte sollten in einer Berichtspflicht des Fonds gegenüber dem Gemeinderat und in klaren Unvereinbarkeitsbestimmungen für die Geschäftsführer des Fonds bestehen. Die FPÖ verstehe darüber hinaus unter liberaler Wohnungspolitik mehr Subjektförderung und ein Zurückdrängen der Macht von Bauträgergesellschaften. Pawkowicz sprach sich gegen eine Zuteilung von Wohnbauförderungsmitteln nach dem Parteienproporz und für eine Möglichkeit der Prüfung von Wohnbaugesellschaften durch das Kontrollamt der Stadt Wien aus.

Forts. von Blatt 167

Forts. auf Blatt 169

GR. Dr. PETRIK (ÖVP) gab einen Rückblick über die Entwicklung der Stadterneuerung in Wien. Als erste Phase bezeichnete er jene der Gesetzesfindung mit Wohnbauförderungsgesetzen und Stadterneuerungsverordnungen, in der es auch um eine Koppelung zwischen baulichen Notwendigkeiten und wirtschaftlichen Möglichkeiten ging. In der zweiten Phase, der Organisationsphase, wurde das Instrumentarium für eine Realisierung der Stadterneuerung außerhalb der Strukturen der Stadtverwaltung entwickelt. Der mühevollen Weg sei erfolgreich beschritten worden, es sei gelungen, administrative, organisatorische und finanzielle Gefüge zu finden, Impulse für die Wirtschaft, private Hauseigentümer und Mieter auszulösen. Die Finanzierung stoße nach Angabe des Wohnbaustadtrates an Grenzen, und es sei verantwortungsbewußt, rechtzeitig darauf hinzuweisen. Für die Zukunft müsse man Prioritätensetzungen überlegen. Die Verlängerung der Wohnbauförderung bedeute für Wien ebenso eine enorme Verantwortung wie eine Jahrhundertchance. Erstmals haben die Länder die Möglichkeit, auf ihre spezifischen Probleme Rücksicht zu nehmen. Neu diskutiert werden müsse die Frage der Stadterneuerungsgebiete, wo die Form der Gebietsbetreuung überdacht werden sollte.

GR. KAMMERER (SPÖ) sagte, daß bereits 1987 ein Rekordjahr für die Stadterneuerung gewesen ist. 1988 sind Wohnhaussanierungen möglich, bei denen ein Bauvolumen von drei Milliarden Schilling bewegt wird und 5.000 Arbeitsplätze gesichert werden. Weiters sind auch Verbesserungsarbeiten an Wohnbauten und die Arbeiten im Bereich der Altstadterhaltung der Stadterneuerung zuzurechnen, sagte Kammerer. Über die unmittelbare Stadterneuerung hinaus führte Kammerer die Verbesserung der Wohnumgebung, die Infrastrukturmaßnahmen für den Verkehr und für mehr Grün in der Stadt als wesentliche Aufgaben an, die im Sinne der Stadterneuerung bereits große Erfolge gebracht haben und weiter zu verfolgen sind.

Der Bodenbereitstellungs- und Stadterneuerungsfonds habe seit seinem Bestehen Wohnhaussanierungen mit einem Gesamtwert von 10,4 Milliarden Schilling zur Durchführung empfohlen, sagte StR. EDLINGER (SPÖ). Administrative Probleme wurden beseitigt, die notwendigen Prüfverfahren verkürzt. Problematisch entwickle sich aber zunehmend das derzeitige Förderungssystem. Angesichts der Kürzung der Förderungsmittel müßten im Rahmen der Steuerreform zumindest zusätzliche investitionsfördernde Anreize bestehen bleiben. Edlinger wies auch darauf hin, daß zur Förderung der Wohnhaussanierung alle nur möglichen geistigen und fachlichen Ressourcen genützt werden müßten. So seien 1987 von den 450 Wohnhaussanierungen 190 durch freie Architekten und Zivilingenieure geprüft worden. StR. Edlinger dankte für die Bereitschaft aller Fraktionen, an der künftigen Entwicklung der Stadterneuerung mitzuarbeiten.

Dringlicher Antrag der ÖVP

Die ÖVP-Gemeinderäte STRATIL und NETTIG brachten einen dringlichen Antrag ein, den Wiener Strompreis rückwirkend ab 1. Jänner 1988 um 10 Prozent zu senken. Auch der Gaspreis soll ab 1. Februar um 10 Prozent niedriger, und die Strom- und Gaspreiskalkulationen sollen offengelegt werden.

In seiner Begründung des Dringlichen Antrages betonte GR. Stratil (ÖVP), es müsse verhindert werden, daß die Tarifschere zwischen Wien und Niederösterreich noch weiter auseinandergehe. Die Gaspreissenkung müsse noch während der heurigen Heizperiode verwirklicht werden. Außerdem liege es im Interesse der Konsumenten und einer transparenten Tarifpolitik, die Kalkulationsunterlagen offen auf den Tisch zu legen.

Dem Antrag wurde die Dringlichkeit mit Mehrheit zuerkannt.

Den Wiener Energiekunden werde von drei Seiten übel mitgespielt, sagte

Forts. von Blatt 168

Forts. auf Blatt 170

Forts. von Blatt 169

GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ): von den Stadtwerken, vom Wirtschaftsminister und von der Bundes-ÖVP, die eine zusätzliche Energiesteuer fordere. Die Kalkulation der Stadtwerke sei ein Geheimvorgang, der von den Konsumenten nicht durchschaubar sei. Für Wien und Niederösterreich gelten die gleichen Einstandspreise, ein verschiedener Tarif sei daher abzulehnen. Schwere Vorwürfe erhob Dr. Hirnschall gegen Wirtschaftsminister Graf. Die amtliche Preisbehörde verhalte sich passiv, sei unfähig, eigene Kalkulationen durchzuführen. Wirtschaftsminister Graf müßte von amtswegen tätig werden. Den Vorschlag von ÖVP-Generalsekretär KUCKACKA, eine Energiesteuer einzuführen, bezeichnete Dr. Hirnschall als ein „Bundes-ÖVP-Torpedo“. Die Wiener ÖVP trete für eine saubere Preiskalkulation und für eine Weitergabe von Preisvorteilen an.

GR. STRATIL (ÖVP) verlangte eine Offenlegung der Kalkulationsunterlagen für die Preisgestaltung. Die Weigerung der Verantwortlichen bringe diese in das Zwielficht, etwas verbergen zu wollen. Nach Meinung von Stratil hätte sich die kalkulatorische Abwertung der Rohstoffreserven auf den Preis auswirken müssen. In Niederösterreich könnten Bezieher kleiner Einkommen von günstigen Kleinstabnehmertarifen profitieren. In Wien fehlt dieser soziale Aspekt. Die Preissenkungen sollten nicht zuletzt deshalb ehestens erfolgen, weil im ersten Quartal jeweils 43 Prozent des Jahresbedarfs von den Konsumenten verbraucht würden.

GR. Ing. HUBER (SPÖ) wies darauf hin, daß im Bereich der Wiener Stadtwerke in den letzten Jahren bedeutende Kosten zu verkraften waren. Dies waren Kosten durch steigende Primärenergiepreise, aber auch Kosten durch den Ankauf von zunehmend größeren Mengen qualitativ hochwertiger Primärenergie. Zudem habe es in den vergangenen Jahren drei Preissteigerungen beim Verbundstrom gegeben, der in Wien einen Anteil an der Versorgung von über 40 Prozent hat. Der Umstand, daß allein 1987 400 Millionen Schilling für Umweltinvestitionen im Bereich der Wiener Stadtwerke ausgegeben wurden, erschwerte die Situation auf dem Verbraucherpreissektor. Dennoch seien die Wiener Stadtwerke mit ihren Leistungen nicht teurer als beispielsweise die Niederösterreichischen Energieversorgungsunternehmen. Um den Wiener Stadtwerken weiterhin ein ordentliches Wirtschaften zu ermöglichen, sollte der Gemeinderat die notwendigen finanziellen Voraussetzungen schaffen, schloß Huber.

Stadtrat HATZL (SPÖ) sagte, daß die Senkung der Strompreise in Niederösterreich in Wirklichkeit ein Nachziehen bezüglich der Wiener Tarife bedeutet. Generell habe die Strukturänderung der Verrechnung in Niederösterreich dem größeren Teil der Bezieher eine Verteuerung gebracht. Trotz des großen Kontingents an billigem Donaustrom liege das niederösterreichische Preisgefüge nicht unter dem Wiens. Zu den Einstandspreisen für Gas sagte Hatzl, daß es je nach Vertrag sehr wohl unterschiedliche Preise gebe und daß auch andere Bedingungen wie die Erhaltung des Gasrohrnetzes verschiedene Kosten verursachen. Generell hätte er nichts gegen einen einheitlichen Gas- und Strompreis für ganz Österreich einzuwenden, schloß Hatzl, die derzeitige Politik, die Wien in Energiefragen betreibt, ist jedoch sicherlich die richtige.

Die Sitzung schloß um 23.45 Uhr. (Schluß) red



60984 81800

